



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Auswirkungen des demographischen Wandels auf die
Daseinsvorsorge am Beispiel der LEADER Region
Kamptal“

verfasst von / submitted by

Alexandra Prinz, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Raumforschung und Raumordnung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Axel Priebes

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

Dipl. Geogr. Dr. Peter Görgl

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, Dezember 2020

Danksagung

Mein Dank gebührt meinem Betreuer Herrn Dr. Peter Görgl, der mir immer konstruktives Feedback sowie hilfreiche Anregungen gegeben hat.

Außerdem möchte ich mich bei meinen InterviewpartnerInnen bedanken, dass sie sich Zeit für meine Fragen genommen haben.

Besonders möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, die mich während des Studiums in allen Phasen immer uneingeschränkt unterstützt haben. Danke Mama für deine emotionale und moralische Unterstützung!

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Großeltern für Ihre Unterstützung!

Ein besonderer Dank gilt außerdem meiner Schwester Andrea, die mir beim Korrekturlesen der Masterarbeit eine große Hilfe war.

Abstract

An increasing lifespan, changed birth rates, a pluralisation of lifestyle including heterogenization and individualisation of the general public – these are the main characteristics of demographic change. But what consequences does that pose on the services of general interest? This master's thesis takes a look at the LEADER Region Kamptal and discusses the question if – and to what extent the region is affected by demographic change. How does it influence the provision of public services, such as local supplies, care for the elderly, childcare, medical care and public transport?

Due to the LEADER Region Kamptal consisting of 27 rural municipalities, demographic development and distribution of public service institutions throughout the region are quite heterogeneous. Therefore, in addition to statistical analyses of the population and the facilities of public services, expert interviews were conducted in order to inquire about the challenges the region must face as well as what measures had already been taken to respond to demographic change. Based on the results practical recommendations for the county Lower Austria, regional policy, communities and the general public were deduced, concerning changes in care management, the heterogeneous development of and within the communities, migration balance as well as the changes of lifestyles and living space requirements.

Kurzfassung

Steigende Lebenserwartung, geänderte Geburtenraten, die Pluralisierung der Lebensstile inklusive einer Heterogenisierung und Individualisierung der Bevölkerung sind Attribute, die den demographischen Wandel ausmachen. Diese Masterarbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob und in welcher Weise die LEADER Region Kamptal vom demographischen Wandel betroffen ist und welche Wechselwirkungen dieser auf die Daseinsvorsorge in den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr hat. Die LEADER Region Kamptal setzt sich aus 27 Gemeinden zusammen, welche sowohl bei der Bevölkerungsentwicklung als auch bei der Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge ein sehr heterogenes Bild aufweisen. Neben einer statistischen Analyse der Bevölkerungszahlen und -struktur und des Bestands an Einrichtungen der Daseinsvorsorge wurden ExpertInneninterviews geführt, um herauszufinden, welche Herausforderungen der demographische Wandel in der Region mit sich bringt und welche Maßnahmen bereits getroffen wurden. Darauf aufbauend wurden praxisbezogene Handlungsempfehlungen, wie auf die Veränderungen reagiert werden soll, erstellt, die das Land Niederösterreich, die Regionalpolitik, die Gemeinden sowie die Bevölkerung umsetzen können. Bezug wurde dabei auf die Veränderungen in der Pflege, die heterogene Entwicklung der Region, Abwanderung sowie auf die Veränderung der Lebensstile und der Wohnraumanforderungen genommen.

Inhaltsverzeichnis

Eidesstattliche Erklärung	i
Danksagung	iii
Abstract	iv
Kurzfassung	v
Inhaltsverzeichnis	vii
1. Einleitung.....	1
1.1. Problemaufriss	1
1.2. Methodik	3
2. Theorie	5
2.1. Demographischer Wandel.....	5
2.1.1. Schrumpfung	6
2.1.2. Alterung	6
2.1.3. Singularisierung, Individualisierung und Heterogenisierung	7
2.2. Demographischer Wandel vs. wirtschaftlicher Wandel	9
2.3. Daseinsvorsorge	9
2.4. Auswirkungen des demographischen Wandels mit besonderem Bezug auf die Daseinsvorsorge und die Raumordnung	12
2.4.1. Quantitative Auswirkungen	12
2.4.2. Qualitative Auswirkungen.....	13
2.5. Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge in der Raumordnung	16
2.5.1. Zentrale Orte	16
2.5.2. Regional Governance	21
2.5.3. Interkommunale Kooperation.....	24
3. Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge in Österreich bzw. Niederösterreich	28
3.1. Demographische Veränderung in Österreich mit Fokus auf NÖ	28
3.2. Prognosen.....	32
3.3. Daseinsvorsorge in Österreich mit Fokus auf Niederösterreich	37
3.3.1. Nahversorgung	38
3.3.2. Kinderbetreuung.....	39
3.3.3. Betreuung für Alte	41
3.3.4. Ärztliche Versorgung	43
3.3.5. Öffentlicher Verkehr	44
3.4. Demographischer Wandel in der Raumordnung in Österreich	46

3.4.1.	Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge im ÖREK	46
3.4.2.	Demographischer Wandel im Niederösterreichischen Landesentwicklungskonzept ...	47
4.	Analyse der LEADER Region Kamptal	50
	Exkurs LEADER	50
4.1.	LEADER Region Kamptal	52
4.2.	Bevölkerungsanalyse der Region	55
4.2.1.	Bevölkerungsbewegung	55
4.2.2.	Altersverteilung	60
4.2.3.	Haushalte	62
4.2.4.	Personen ausländischer Herkunft	63
4.2.5.	Erwerbstätige und Arbeitsplätze in der LEADER Region Kamptal	64
4.3.	Bestandsanalyse der Daseinsvorsorge in der LEADER Region Kamptal	66
4.4.	Stärken und Schwächen der LEADER Region	70
4.5.	Einteilung der LEADER Region Kamptal in unterschiedliche Raumtypen	71
4.6.	Berücksichtigung des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge in der lokalen Entwicklungsstrategie der LEADER Region	73
5.	Wechselwirkungen des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge in der LEADER Region Kamptal	76
5.1.	Auswirkungen der demographischen Veränderung auf die LEADER Region Kamptal	76
5.2.	Getätigte Maßnahmen in der Region in Bezug zum demographischen Wandel	85
5.2.1.	Maßnahmen überörtliche Raumordnung	85
5.2.2.	Maßnahmen örtliche Raumordnung	85
5.2.3.	Kooperationen	87
5.3.	Projekte in der LEADER Region Kamptal	89
6.	Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der demographischen Veränderung	92
6.1.	Regionalpolitische Herangehensweisen	92
6.1.1.	Gegensteuerungsmaßnahmen	92
6.1.2.	Anpassungsstrategien	92
6.1.3.	Öffentlichkeitsarbeit	93
6.2.	Hauptregionsstrategie 2024 Waldviertel	93
6.3.	Handlungsempfehlungen für die LEADER Region Kamptal	95
6.3.1.	Empfehlungen für den Umgang mit der heterogenen Entwicklung der Region	95
6.3.2.	Empfehlungen im Umgang mit der Alterung und dem Anstieg des Pflegebedarfs	99
6.3.3.	Empfehlungen für den Umgang mit Abwanderung, der Pluralisierung der Lebensstile und der Veränderung der Wohnraumanforderungen	106

7. Zusammenfassung und Fazit	115
Abkürzungsverzeichnis	119
Quellenverzeichnis	120
Abbildungsverzeichnis	129
Tabellenverzeichnis	129
Anhang.....	I
Interviewleitfäden	I

1. Einleitung

1.1. Problemaufriss

Für die kommende LEADER-Förderperiode 2021-2028 hat die LEADER Region Kamptal die Aufgabe eine neue Regionsstrategie zu erstellen. Daher ist für die Region eine Bevölkerungsanalyse wichtig. Die LEADER Region Kamptal besteht aus 27 Gemeinden, die jeweils sehr heterogene Bevölkerungsentwicklungen vorweisen. Es ist zu überprüfen, ob und in welcher Weise die Region vom demographischen Wandel betroffen ist und welche Wechselwirkungen dieser auf die Daseinsvorsorge im Bereich der Nahversorgung, der Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, der ärztlichen Versorgung und des öffentlichen Verkehrs hat. Es sollen praxisbezogene Handlungsempfehlungen, wie auf die Veränderungen reagiert werden soll, erstellt werden, die das Land, die Regionalpolitik, die Gemeinden oder Organisationen sowie die Bevölkerung umsetzen können. Dabei sollen auch internationale Best-Practice Beispiele herangezogen werden.

Der demographische Wandel definiert sich als die Änderung von Zahl und Struktur der Bevölkerung. Die Geburtenraten sinken unter das Bestandserhaltungsniveau, während zusätzlich die Lebenserwartung steigt und somit auch der Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Des Weiteren kommt es zu einer Pluralisierung der Lebensstile sowie zu einer Individualisierung der Gesellschaft. Überdies wird mit dem demographischen Wandel auch die Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung assoziiert. (vgl. DE LANGE et al 2014: 169; vgl. GANS 2011: 89) Die Gemeinden sind für die Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge zuständig. Bei dieser handelt es sich um die „flächendeckende Versorgung mit bestimmten, von den politisch Verantwortlichen subjektiv als lebensnotwendig eingestuften Gütern und Dienstleistungen zu allgemein tragbaren (= sozial verträglichen) Preisen“ (KNORR 2005: 35). Da sich die Nachfrage in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge verändert und das Angebot angepasst werden muss, sind die Gemeinden vom demographischen Wandel besonders betroffen. Durch die demographische Entwicklung verändern sich aber auch die finanziellen Ressourcen der Gemeinden, wodurch die Handlungsmöglichkeiten wiederum eingeschränkt werden. (vgl. SCHIPFER 2005: 15) Der demographische Wandel wird nicht nur auf Bundesländerebene, sondern auch auf kleinräumiger regionaler und lokaler Ebene sehr heterogen verlaufen und jeweils divergente Auswirkungen mit sich bringen. Dies führt zu einem Nebeneinander von Gemeinden mit zunehmender, stagnierender oder schrumpfender

Bevölkerungszahl. Während beispielsweise kleinräumige Zentren mit wachsender Bevölkerung und verdichtender und gebündelter Infrastruktur vom demographischen Wandel profitieren können, sind periphere Regionen und Gemeinden oftmals benachteiligt. (vgl. MÜHLBÖCK et al 2008: 13)

Die Forschungsfrage für diese Thesis lautet daher:

„Welche Auswirkungen hat der demographische Wandel auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der LEADER Region Kamptal?“

Um diese Forschungsfrage beantworten zu können, lassen sich folgende untergeordnete Forschungsfragen ableiten:

- *Wie hat sich die Bevölkerungsstruktur der Gemeinden der LEADER Region Kamptal in den letzten Jahren entwickelt, wie sieht sie jetzt aus und wie sind die Prognosen?*
- *Wie ist der Status Quo der Leistungen der Daseinsvorsorge im Bereich der Nahversorgung, dem öffentlichen Verkehr, der Kinder- und Altenbetreuung und der ärztlichen Versorgung in der Region und wie verteilen sich diese?*
- *Welche Zusammenhänge und Wechselwirkungen lassen sich zwischen der demographischen Entwicklung und der Daseinsvorsorge (mit besonderem Fokus auf die Nahversorgung, den öffentlichen Verkehr, die Kinder- und Altenbetreuung und ärztliche Versorgung) innerhalb der LEADER Region Kamptal ableiten und welche möglichen Konsequenzen könnten diese in der Zukunft mit sich bringen?*
- *Welche Strategien und Aktionen können auf überörtlicher Ebene der Raumordnung sowie auf regionaler und kommunaler Ebene und der Zivilgesellschaft empfohlen werden, um den BürgerInnen der LEADER Region auch in Zukunft gleichwertige Lebensbedingungen im Bereich der Daseinsvorsorge gewährleisten zu können?*

1.2. Methodik

Die Masterarbeit setzt sich aus einem theoretischen sowie einem empirischen Teil zusammen. Für die theoretische Einbettung der Thematik wurde eine Literaturrecherche durchgeführt. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden unterschiedliche Methoden herangezogen. Um die Veränderung und Prognosen der Bevölkerungsstruktur zu analysieren, wurden statistische Daten ausgewertet und graphisch aufbereitet. Weiters wurde eine quantitative Auswertung von Strukturdaten bezüglich des Ist-Bestands an Daseinsvorsorge in der Region durchgeführt, um einen Überblick über die räumliche Verteilung des Angebots und der Einrichtungen zu erhalten.

Um mehr über die Region, über die Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels sowie bereits umgesetzte oder geplante Lösungsansätze in der LEADER Region Kamptal herauszufinden, wurden zwischen Ende März und Anfang Juni 2019 sieben Interviews mit acht ExpertInnen durchgeführt (vgl. Tabelle 1). Alle Interviews, bis auf das Interview mit Herrn Mag. Johann Müllner, welches telefonisch stattfand, wurden persönlich vor Ort bei den ExpertInnen geführt. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde darauf geachtet, dass die verschiedenen räumlichen Ebenen abgedeckt werden und so wurde ein Experte auf der überörtlichen Landesebene, eine Expertin und ein Experte auf regionaler Ebene sowie eine Expertin und zwei Experten auf örtlicher Gemeindeebene befragt. Weiters wurden von einer sozialen Einrichtung ein Regionalleiter sowie eine Stationsleiterin der Pflegestation der Caritas gemeinsam interviewt. Leider gab es von Seiten des Bürgermeisters aus Allentsteig keine Rückmeldung auf meine Anfrage für ein Interview.

Die Interviews wurden problemzentriert geführt. Bei dieser Form des Interviews wird der Fokus auf ein bestimmtes Problem sowie dessen Teilaspekte gelegt, wobei Problem hier aber nicht negativ konnotiert ist (vgl. MEIER KRUKER et al 2005: 65). Vor dem Interview soll die Problemstellung analysiert und relevante Aspekte herausgearbeitet werden. Die daraus resultierenden Fragen werden schließlich in einem Interviewleitfaden zusammengefasst (vgl. MAYRING 2016: 67). Für die Befragungen wurden daher Leitfäden erstellt, welche an die verschiedenen räumlichen Ebenen bzw. Bereiche, in denen die ExpertInnen tätig sind, angepasst wurden. Die Interviews wurden daher teilstandardisiert (vgl. MEIER KRUKER et al 2005: 64) und mit offenen Fragen geführt, damit die Befragten möglichst frei zu Wort kommen, aber das Gespräch trotzdem auf ein bestimmtes Thema gerichtet wird. Die Interviews wurden digital aufgezeichnet und transkribiert. Danach wurden wichtige Aussagen zu den verschiedenen Themenbereichen

markiert und die daraus gewonnenen Informationen den Forschungsfragen und den verschiedenen Themenbereichen zugeordnet (vgl. MEIER KRUKER et al 2005:76).

InterviewpartnerInnen				
Nr.	Überörtliche Ebene		Ort	Datum
11	Mag. Dominik Dittrich	Amt der NÖ Landesregierung , Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik – Leiter überörtliche Raumplanung	NÖ Landesregierung	12.4.2019
	Regionale Ebene			
12	DI Josef Strummer	NÖ.Regional.GmbH , Büroleiter Waldviertel, Bereichsleiter Demographischer Wandel	Working Space Gars am Kamp	5.4.2019
13	Danja Mlinaritsch	LEADER Region Kamptal , LEADER Managerin	Café Schneiders Langenlois	22.5.2019
	Örtliche Ebene			
14	Ludmilla Etzenberger	Bürgermeisterin Gföhl	Gemeindeamt Gföhl	23.4.2019
15	Ing. Michael Strommer	Bürgermeister Schönberg am Kamp	Gemeindeamt Schönberg/Kamp	6.6.2019
16	Ing. Johann Müllner	Vizebürgermeister Pölla	telefonisch	7.6.2019
	Soziale Einrichtungen			
17	Franz Dorn	Caritas St. Pölten , Regionalleiter Sozialstationen Zentralraum	Sozialstation Gföhl	23.4.2019
17	Waltraud Stummer, DGKP	Caritas Sozialstation Gföhl , Einsatzleiterin	Sozialstation Gföhl	23.4.2019

Tabelle 1 InterviewpartnerInnen

2. Theorie

In diesem Kapitel wird auf die theoretischen Grundlagen zum demographischen Wandel und der Daseinsvorsorge, auf die Herausforderungen, die die Bevölkerungsveränderungen mit sich bringen, sowie auf Konzepte der Raumordnung eingegangen.

2.1. Demographischer Wandel

Eine Grundlage, um die Prozesse des demographischen Wandels zu verstehen, sind die drei Variablen der demographischen Grundgleichung. Diese Variablen sind Geburten, Sterbefälle und Migration. Die demographische Grundgleichung ermöglicht es die Dynamik der Bevölkerung zu erfassen, wodurch sich Aussagen bezüglich der Entwicklung der Bevölkerungszahlen sowie der Bevölkerungsstruktur ableiten lassen. Die Grundgleichung berechnet die Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt (P_{t1}) indem die Bevölkerung zu einem vorherigen Zeitpunkt (P_{t0}) mit den Geburten (B) abzüglich der Sterbefälle (D) sowie mit den Zuwanderungen (I) abzüglich der Abwanderungen (E) in dem jeweiligen Zeitraum addiert wird. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 23, 65)

Die Grundgleichung lautet daher: $P_{t1} = P_{t0} + (B - D) + (I - E)$ (ebd.)

Das Zusammenspiel der Fertilität, also der Fruchtbarkeit, und der Mortalität, der Sterblichkeit, wird als natürliche Bevölkerungsbewegung definiert. Die Migration bezeichnet die Wanderungen in einem Raum. Durch die Verlagerungen des Wohnsitzes verändern sich auch die Struktur und Dynamik einer Bevölkerung. Bei Wanderungen innerhalb eines Staates aber über eine administrative Grenze hinweg spricht man von Binnenwanderungen und Zu- bzw. Abwanderung. Bei Wanderungen innerhalb von Gemeinden spricht man von Umzug. Sobald eine internationale Grenze überschritten wird, handelt es sich um Immigration bzw. Emigration. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 23f, 137)

Der demographische Wandel behandelt verschiedene Prozesse, die auf unterschiedlichen Maßstabsebenen sowohl zu Schrumpfung oder Wachstum als auch zu einer soziökonomischen und kulturellen Komplexität führen können (vgl. ebd.: 64f). Die Altersstruktur der Bevölkerung verschiebt sich aufgrund der höheren Lebenserwartung und dem Rückgang der Geburtenanzahl zugunsten der Personen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Neben der Altersstruktur verändert sich aufgrund von Wanderungsprozessen auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, welche vielfältiger wird. Weiters werden die Lebensweisen individueller und die

Lebensstile differenzierter. Dadurch verändert sich auch die Nachfrage an Dienstleistungen, der Wohnungsmarkt oder der Bereich der Integration. Auch die Haushalts- und Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahren geändert. Beispielsweise kam es zu einem Anstieg kinderloser Ehepaare, Alleinerziehender und von Einpersonenhaushalten, wobei man von diesem Trend als Singularisierung sprechen kann. (vgl. PRIEBES 2013: 257)

2.1.1. Schrumpfung

Von Schrumpfung kann man sowohl auf demographischer Ebene von einem Prozess des Bevölkerungsverlusts als auch auf wirtschaftlicher Ebene von einem Prozess des wirtschaftlichen Abbaus sprechen. Demographische und wirtschaftliche Schrumpfung treten oft zusammen auf. Abwanderung von unternehmensorientierten Dienstleistern und Deindustrialisierung setzen oftmals einen Bevölkerungsschwund in Gang. Der Einzelhandel und andere Unternehmen des dritten Sektors folgen bei sehr starker Schrumpfung der Schließung bzw. Abwanderung, was wiederum zu einem weiteren Bevölkerungsrückgang führen kann. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 68).

Die demographische Schrumpfung entsteht meist aus einer Kombination von Abwanderung, also einem negativen Wanderungssaldo über eine längere Periode hinweg, sowie aus einer negativen Geburtenbilanz. Der Rückgang der Geburtenrate ist der selektiven Abwanderung junger Menschen, die ihrer Familienplanung anderswo nachgehen, sowie einem generellen Rückgang der Geburten bei Frauen im gebärfähigen Alter zuzuschreiben. In Deutschland spielt die selektive Abwanderung nur eine untergeordnete Rolle bezüglich des Geburtenrückgangs. Der Geburtenrückgang wird eher durch das veränderte generative Verhalten als Hauptfaktor für die Schrumpfung der Bevölkerung begründet (vgl. ebd.: 69).

2.1.2. Alterung

Die Alterung der Gesellschaft begründet sich durch den Anstieg der Lebenserwartung sowie den Rückgang der Geburtenzahlen. Daher steigt der Anteil an älteren Personen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen. (vgl. PRIEBES 2013: 257) Alterung ist vor allem in ländlichen Gebieten ausgeprägter als in Städten und Ballungsräumen. Dies kann zum einen durch die vermehrte Abwanderung jüngerer Personen aus ländlichen Gegenden begründet werden. Andererseits konzentriert sich die Zuwanderung der jüngeren Bevölkerung und von AusländerInnen vorwiegend auf Städte, woraus sich dort eine höhere Geburtenrate und damit ein niedrigerer

Altersdurchschnitt ergibt. Zusätzlich trägt die steigende Lebenserwartung zu einem höheren Altersquotient in ländlichen Regionen bei. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 71ff)

Ab dem 60. bzw. 65. Lebensjahr wird von „älterer Bevölkerung“ gesprochen. Diese Abgrenzung erfolgt aufgrund soziökonomischer Gesichtspunkte, da das Altern oftmals mit dem Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand in Kontext gestellt wird. Aus diesem Umbruch lassen sich persönliche sowie gesamtgesellschaftliche Konsequenzen ableiten wie die Veränderung des Konsum- und Freizeitverhaltens oder der Inanspruchnahme von Kranken- und Pensionsversicherung. Alter kann je nach Lebensstilen und Konsumverhalten noch weiter differenziert werden. Beispielsweise kann in der Altersgruppe zwischen 55 und 70 bzw. 75 von „jungen Alten“ und bei den Personen ab dem 85. oder 90. Lebensjahr von „Hochbetagten“ gesprochen werden. Je nach Fragestellung und Disziplin wird aber die Kategorie des Alters in der Wissenschaft jeweils unterschiedlich definiert. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 73)

Inwiefern die Pflegebedürftigkeit mit steigender Lebenserwartung ebenfalls später eintritt, wird im medizinischen Bereich unterschiedlich eingeschätzt. Nichtsdestotrotz wird das Potenzial der Pflegebedürftigkeit, welche im Alter zwischen 75 und 80 Jahren markant zunimmt, steigen. (vgl. PRIEBES 2013: 257)

2.1.3. Singularisierung, Individualisierung und Heterogenisierung

Unter Singularisierung versteht man das Alleinleben in unterschiedlich ausgeprägter Form aufgrund einer vermehrten Individualisierung der Gesellschaft. Individualisierung erklärt Ulrich BECK 1986 in seiner These als individuelle Lebensentwürfe, die nicht mehr den traditionellen Klassen- oder Schichtenstrukturen zuordenbar sind, welche wiederum zu unterschiedlichen Lebensläufen der Gesellschaft führen. Auch die sozialen Beziehungen entwickeln sich differenzierter, demnach auch heterogener und orientieren sich weniger an familialen Strukturen. Individualisierung ist also der gesellschaftliche Prozess, in dem die individuellen Lebensweisen eigenständiger gestaltet werden. Bei der Singularisierung hingegen spricht man vom Alleinleben als Lebensform, also von einer eigenständigen Haushaltsführung einer Einzelperson. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 77f)

Gründe für die Singularisierung sind unter anderem die Präferenzen vor allem bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen als „Singles“ allein zu leben. Weiters hat sich die Stigmatisierung Alleinlebender vermindert. Durch die spätere Heirat wird die selbständige Haushaltsführung zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung verlängert, wobei es auch

oftmals zu anderen Formen des Zusammenlebens kommt. Höhere Scheidungsraten im Kontext des sozialen Wandels und der Emanzipierung führen auch zum Alleinleben vor allem von mittleren und älteren Altersgruppen. Einpersonenhaushalte werden weiters aufgrund der Steigerung der Lebenserwartung häufig von älteren Personen geführt. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 82f)

Mit der Singularisierung geht auch der Prozess der Heterogenisierung der Bevölkerung einher. Heterogenisierung kann sich hier einerseits auf die Effekte der Zuwanderung sowie andererseits auf die Pluralisierung der Haushalts- und Familienstrukturen berufen. Die Gesellschaft wird also bunter – nicht nur aufgrund einer vielfältigeren ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern auch durch Alterung, einem Wandel der Werte, Einstellungen und Handlungsmuster sowie einer Kombination dieser Prozesse des demographischen Wandels. (vgl. ebd.: 83f)

Des Weiteren kann Migration die Altersstruktur der Bevölkerung und somit auch die Mortalität und Fertilität beeinflussen. Überdies wirkt sie soziodemographisch, da durch Zuwanderung anderer Bevölkerungsgruppen neue Lebensweisen oder Handlungsmuster hinzukommen, die wiederum die Komponenten der demographischen Grundgleichung beeinflussen können. Wanderungen können daher die Geburtenzahl in Gebieten vermindern oder erhöhen, die Zu- oder Abnahme der Mortalität beeinflussen und somit die Bevölkerungszahl kurz- oder langfristig verändern. (vgl. ebd.: 66)

Durch all diese Prozesse kann es daher zu einem kleinräumigen Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gebieten kommen. Gebiete, die sich sowohl mit Alterung als auch Abwanderung befassen müssen, sind von Schrumpfungsprozessen besonders betroffen. (vgl. PRIEBS 2013: 257f)

2.2. Demographischer Wandel vs. wirtschaftlicher Wandel

Neben der demographischen Entwicklung gibt es für die Gemeinden auch noch andere Herausforderungen, die sich gegenseitig beeinflussen. Globalisierung, technologische Innovation und veränderte Verteilerfunktionen von Waren und Dienstleistungen können zu Arbeitsplatzverlusten in traditionellen Branchen führen. Vor allem in größeren Städten und in den Ballungsräumen entstehen neue Beschäftigungsmöglichkeiten im technologischen Bereich sowie im Dienstleistungssektor. So verändern sich auch die Standortansprüche und -präferenzen von Unternehmen, wodurch parallel zur Bevölkerungsentwicklung die Siedlungsstrukturen und das Infrastruktursystem angepasst werden müssen. Dadurch gibt es Wechselwirkungen zwischen dem wirtschaftlichen Wandel und dem demographischen Wandel. (vgl. SCHWARTING 2008: 72)

2.3. Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge lässt sich durch die Faktoren der Daseinsgrundfunktionen ableiten. „Die Daseinsgrundfunktionen sind jene grundlegenden menschlichen Daseinsäußerungen und Aktivitäten, die von allen Bevölkerungsgruppen ausgeübt werden und raumwirksam ausgeprägt sind“ (FAVRY et al 2006: 28)

Gewöhnlich kann man zwischen sieben Daseinsgrundfunktionen unterscheiden. Diese sind: Bildung, Ver- und Entsorgung, Arbeit, Erholung, Wohnung, Verkehr und Kommunikation. Diese Daseinsgrundfunktionen räumlich zu organisieren ist eine bedeutende Aufgabe der Raumordnung und Raumplanung. Der Daseinsvorsorge werden dann diese Güter und Leistungen der Daseinsgrundfunktionen zugewiesen, wenn sie für das Gemeinwohl beitragen oder im Interesse der Allgemeinheit liegen. (vgl. ebd.: 28f)

„Als Leistungen der Daseinsvorsorge oder gemeinwohlorientierte Leistungen werden [seitens der EU-Kommission] marktbezogene oder nichtmarktbezogene Tätigkeiten verstanden, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Behörden mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden. Diese Leistungen werden auch als ‚Dienstleistungen von allgemeinem Interesse‘ bezeichnet“ (FAVRY et al 2006: 29)

Bei der Daseinsvorsorge handelt es sich also um die flächendeckende Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen zu sozial verträglichen Preisen (vgl. KNORR 2005:

35). Die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge muss zu speziellen Bedingungen erfolgen, damit die Nutzung von der Zahlungsfähigkeit, dem Wohnort sowie der Mobilität des Individuums unabhängig ist (vgl. RIED 2016: 6).

Dabei umfasst die Daseinsvorsorge die Versorgung der Bevölkerung mit wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Infrastrukturleistungen (vgl. PÜRKY 2009: 399). Traditionell fällt die Zuständigkeit unter die öffentliche Hand, aktuell kommt es aber auch vermehrt zur Liberalisierung und Privatisierung (vgl. DANIELZYK 2013: 2). Ursprünglich wurden die öffentlichen Güter auf Basis des Grundsatzes der Nicht-Rivalität und Nicht-Ausschließbarkeit vom Staat bereitgestellt. Die Bereitstellung durch die öffentliche Hand kann direkt durch öffentliche Einrichtungen, durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen, die sich im Eigentum oder in Kontrolle der öffentlichen Hand befinden, sowie durch private Unternehmen, welche durch die öffentliche Hand in Auftrag gegeben wurden, als auch durch eine öffentliche Ausschreibung oder durch Direktvergabe erfolgen. Die Finanzierung erfolgt dabei durch allgemeine Steuern oder zweckgebundene Steuern, leistungsbezogene Gebühren oder es handelt sich um staatlich festgelegte Preise. Neuere Formen der Bereitstellung von öffentlichen Gütern bzw. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind zB der Universaldienst, welcher sich auf einen Bestand von Gemeinwohlauflagen bezieht, wodurch gewährleistet werden soll, dass die Dienstleistungen in der selben Qualität unabhängig vom geographischen Standort zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen. Dazu zählen bspw. die Telekommunikation, das Postwesen oder die Versorgung mit Elektrizität. (vgl. FAVRY et al 2006:39)

Die Aufgaben, die sich durch die Gemeinwohlverpflichtungen der Leistungen der Daseinsvorsorge ableiten lassen, sind die Generierung und Verbesserung der gesellschaftlichen Entwicklungspotenzialen sowie die gerechte Verteilung von Leistungen und Gütern (vgl. ebd.: 30).

Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen eine große Bandbreite an Lebensbedürfnissen abdecken. Deshalb leiten sich einerseits aus Angebotssicht und andererseits aus Nachfragesicht unterschiedliche Erfordernisse in Bezug auf die räumliche Zugänglichkeit sowie zeitliche Erreichbarkeit ab. Daher muss „der Beitrag der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zur Funktionsfähigkeit von Räumen nicht auf einheitliche Raumabgrenzungen, sondern auf Funktionsräume bezogen werden [...], die auf die Eigenschaften der Leistungen abgestimmt sind“. (FAVRY et al 2006: 31)

Mobile und stationäre Leistungen der Daseinsvorsorge

Bei den verschiedenen Leistungen der Daseinsvorsorge kann zwischen mobilen und stationären Leistungen unterschieden werden. Bei mobilen Leistungen handelt es sich um Leistungen, die nicht am Verbrauchsort erstellt werden, sondern entweder durch bauliche Einrichtungen, die die Güter oder Leistungen zu- bzw. abtransportieren, oder durch mobile Dienste zu den NutzerInnen kommen. Zu diesen mobilen Diensten zählen beispielsweise Leistungen der Ver- und Entsorgung, Energiedienstleistungen, Verkehrsinfrastruktur, Dienste der Post und Telekommunikation oder mobile soziale Dienste. (vgl. FAVRY et al 2006: 31)

Stationäre Leistungen am Verbrauchsort beinhalten Leistungen, die denselben Produktions- als auch Verbrauchsort haben. Als Beispiele können Hausbrunnen oder die Stromerzeugung durch Fotovoltaik genannt werden. (vgl. ebd.)

Bei den stationären Leistungen am Produktions- und Distributionsort handelt es sich um Leistungen, die die NutzerInnen entweder direkt am Produktions- bzw. Distributionsort nutzen, oder diese dafür zu einem Verbrauchsort bringen, wie bspw. der Wohnung oder einem Betrieb. Bei diesen Leistungen sind die räumliche und zeitliche Erreichbarkeit eine wichtige Frage. Es handelt sich meist um Güter, die räumlich konzentriert produziert werden und dann an unterschiedlich zerstreuten Orten verbraucht werden. Je nach Erreichbarkeit der Leistungen und der dazu benötigten Zeit, um diese zu erreichen, kann unterschieden werden zwischen Gütern und Leistungen

- des täglichen
- des periodischen
- des unregelmäßigen

Bedarfs. (vgl. ebd.)

Bei Gütern und Leistungen des täglichen Bedarfs handelt es sich hauptsächlich um die Nahversorgung. Der tolerable Zeitaufwand, um diese Leistungen zu erhalten, ist geringer als bei Gütern und Leistungen des periodischen Bedarfs. Die räumliche und zeitliche Erreichbarkeit setzt sich aus der Verkehrsinfrastruktur sowie aus den Verkehrsmitteln, die den NutzerInnen zur Verfügung stehen, zusammen. Die räumliche Funktionsfähigkeit ergibt sich aus dem Mobilitätspotenzial der BewohnerInnen eines Raumes. Die räumliche Erreichbarkeit unterscheidet sich demnach stark davon, ob ein Kraftfahrzeug zur Verfügung steht, um zum Arbeitsplatz oder anderen Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge zu gelangen oder ob diese Strecken

mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zurückgelegt werden. Für die Leistungen des täglichen Bedarfs ist somit ein Zeitaufwand von 15-30 Minuten zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder einem Kraftfahrzeug zumutbar. Bei Gütern des unregelmäßigen Bedarfs sind hierfür maximal 60 Minuten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder einem Kraftfahrzeug vorgesehen. (vgl. FAVRY et al 2006: 31)

2.4. Auswirkungen des demographischen Wandels mit besonderem Bezug auf die Daseinsvorsorge und die Raumordnung

Die demographischen Veränderungen bringen unterschiedliche Auswirkungen mit sich, die sowohl die öffentliche als auch private Infrastruktur und damit auch die Raumordnung betreffen (vgl. PRIEBES 2013: 258). Aufgrund der räumlichen Disparität wird sich der demographische Wandel von Gemeinde zu Gemeinde und je nach Region in unterschiedlicher Intensität auf die Daseinsvorsorge auswirken (vgl. PROSKE 2010: 59).

2.4.1. Quantitative Auswirkungen

Bevölkerungsrückgänge und somit die negative Geburtenbilanz und Abwanderung in Ballungsräume werden vor allem für die ländlichen Räume auch in Zukunft eine große Herausforderung sein (vgl. ÖROK 2018: 33). Denn die Lebensqualität der Bevölkerung ist besonders in peripheren ländlichen Gemeinden mit einer geringen Bevölkerungsdichte gefährdet, wenn diese stärker von Abwanderung und Alterung betroffen sind. Diese Faktoren führen dazu, dass die Tragfähigkeitsgrenzen der sozialen, kulturellen und technischen Infrastrukturen und fernerhin auch der privaten Dienstleistungen unterschritten werden und damit einen Angebotsverlust bewirkt. In Folge dessen wird der Zugang zum verfügbaren Angebot aufgrund der größeren Distanzen zwischen den Standorten erschwert. Dies führt wiederum zu einem entsprechend höheren Verkehrsaufkommen. (vgl. AINZ et al 2013: 84f)

Schrumpfung und Alterung beeinflussen weiters die öffentlichen und versicherungswirtschaftlichen Finanzhaushalte (vgl. WEHRHAHN 2016: 68). Die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur stehen unter einem hohen Anpassungsdruck während zugleich die Gemeinden aufgrund geringerer Einwohnerzahlen weniger Steuern einnehmen und finanzielle Mittel zugewiesen bekommen (vgl. GROWE 2008: 23). Weiters steigen beispielsweise bei den Sozialversicherungen die Ausgaben, während die Zahl der Beitragspflichtigen sinkt (vgl. MÜLLER 2006: 86).

Aber nicht nur in ländlichen Gebieten, sondern auch in dicht besiedelten Regionen wird sich der demographische Wandel bzw. die Alterung auswirken. Auch hier werden Anpassungen der Infrastruktur aufgrund der Verschiebung der Altersstruktur notwendig sein. (vgl. AINZ et al 2013: 85) Bei wachsenden Bevölkerungszahlen werden Wohnraum und Bauland in Zukunft auf den zunehmenden Bedarf angepasst werden müssen. Zusätzlich hat die Veränderung der Haushaltsgrößen einen erheblichen Einfluss auf die Nachfrage nach Wohnungen und Bauland. Auch bei stabiler oder abnehmender Bevölkerungszahl kann der Bedarf an Wohnungen trotz kleiner werdender Haushaltsgrößen zunehmen. (vgl. ÖROK 2018: 35) Außerdem sind im Zuge der Singularisierung in den letzten Jahren viel mehr Einpersonenhaushalte entstanden. Dies hat Konsequenzen sowohl für die Wirtschaft als auch für den Immobiliensektor und die öffentlichen Planungsinstitutionen, da diese mit mehr Haushalten bei teilweise weniger Bevölkerung reagieren müssen. (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 82)

Auch auf die Wirtschaft hat die demographische Veränderung einen Einfluss, denn diese profitiert von Standorten mit genügend gut ausgebildeten Arbeitskräften. Vor allem außerhalb von Ballungsräumen wird aber ein akuter Mangel an qualifizierten Fachkräften prognostiziert, der durch die schwindende Anzahl an Personen im erwerbsfähigen Alter ausgelöst wird. Es besteht daher das Risiko, dass Unternehmen mit ihrem Firmenstandort in die Stadt oder ins Stadtumland umziehen und somit auch Arbeitsplätze verlagert werden. Dies kann wiederum eine Abwanderung der Bevölkerung weiter vorantreiben. (vgl. ÖROK 2018: 34)

2.4.2. Qualitative Auswirkungen

Durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur kann einerseits die Nachfrage nach jugendorientierten Infrastrukturangeboten abnehmen und andererseits die Nachfrage nach dem Infrastrukturangebot für die ältere Bevölkerung zunehmen (vgl. PROSKE 2010: 47). Beispielsweise kann es durch den Rückgang der Kinderzahlen zur Schließung von Schulstandorten kommen. Auch die Nachfrage nach Pflegeeinrichtungen wird beeinflusst. Denn trotz steigender Lebenserwartung und somit auch einer Steigerung der gesunden Lebensphase nimmt die Menge an Personen ohne Angehörige und dadurch auch der Bedarf an Pflegediensten zu. (vgl. PRIEBES 2013: 258f) In Zukunft wird die Anzahl der Personen die betreuungs- oder pflegebedürftig sind weiterhin ansteigen und die Pflegebedürfnisse werden immer differenzierter werden. Um diesen steigenden Bedarf decken zu können, sind die traditionellen Formen der stationären und mobilen Pflege nicht mehr ausreichend, weshalb es alternative Formen braucht. Derzeit wird

der Großteil, nämlich über drei Viertel aller Personen, die betreuungs- oder pflegebedürftig sind, von pflegenden Angehörigen, der Familie und vor allem von Frauen versorgt. (vgl. BMASK 2015: 24)

Für die heutige „50+-Generation“ – die Generation des Babybooms – sollte mit dem Bestreben, lange aktiv bleiben zu können, der Ausbau und Erhalt der Versorgungs- und Freizeitinfrastruktur im Vordergrund stehen (vgl. Wehrhahn et al 2016: 76). Denn älter heißt nicht gleichzeitig auch kränker und pflegebedürftiger. Durch die älter werdende Bevölkerung können auch neue Wirtschaftszweige entstehen, wie die „Silver Economy“ oder die Pflege für Hochbetagte, was wiederum Beschäftigung generiert. Außerdem kann dem Ehrenamt größere Beachtung geschenkt werden. (vgl. ÖROK 2018: 35)

Weiters verändert sich das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung und somit müssen sich auch die Verkehrsstrukturen verändern (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 68). Ältere Menschen haben in Bezug auf die Mobilität andere Ansprüche und Bedürfnisse als junge. Da die Personengruppe der SeniorInnen die am stärksten wachsende Gruppe ist, werden diese künftig das Verkehrsgeschehen bedeutend mitentscheiden. Vor allem die Zahl der hochbetagten Menschen über 80 Jahren, welche die kleinste Verkehrsleistung haben und die am wenigsten mobile Personengruppe ist, wird in Zukunft stark ansteigen. Eine Herausforderung wird es daher sein, die Mobilität dieser Personengruppe aufrecht zu halten und ihnen somit die Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. (vgl. KLEIN-HITPAß 2008: 32)

Auch die Haushaltsstrukturen verändern sich, weshalb wohnungswirtschaftlich reagiert werden muss (vgl. WEHRHAHN et al 2016: 68). Da sich die Haushaltsgrößen verkleinern und sich die in einem Haushalt lebende Anzahl an Personen reduziert, kann in manchen Regionen die „quartiersbezogene Versorgungsinfrastruktur“ wie beispielsweise die Nahversorgung oftmals nicht bewahrt werden. (vgl. PRIEBS 2013: 258)

In Regionen mit Bevölkerungsverlust ist, aufgrund der Leerstandsquote in anderen Siedlungsgebieten, das Ausweisen von neuen Wohnbauland- und Gewerbeflächen kaum tragbar. Dadurch ergibt sich aber ein Teufelskreis von weiteren Leerständen, dem Verlust von Attraktivität der Gemeinden sowie weitere Abwanderung. Die Nachfrage nach Neubauten wird es aber auch in Zukunft trotz des Rückgangs der Bevölkerungszahlen geben. Begründet werden kann dies durch die höheren Anforderungen an Qualität, Ausstattung sowie des Energiestandards des Hauses. Weiters kommt es aufgrund der Pluralisierung der Lebensstile zu unterschiedlichen

Wohnungswünschen, was einen Bedarf an Neubauten bzw. den Ersatz von älteren Gebäuden bewirkt. Ein großes Angebot an Neubauten gilt aber nicht als Patentlösung für die Herausforderungen der demographischen Veränderung. Daher ist es notwendig, eine umfangreiche Auswahl an Wohnungen zu erstellen und bei der Planung von neuen Wohngebieten die Entwicklungs- und Folgekosten einzuberechnen. (vgl. PRIEBS 2013: 259f)

Weiters benötigen die veränderte Bevölkerungsstruktur und somit auch die geänderten Bedürfnisse der Bevölkerung eine Anpassung der Infrastruktur. Aber nicht nur der demographische Wandel, auch andere Prozesse wie der gesellschaftliche Wandel, der Wertewandel oder die wirtschaftliche und technologische Veränderung beeinflussen die Ansprüche der Bevölkerung an die Infrastruktur. Bei der technischen Infrastruktur, wie die Ver- und Entsorgung, sind die Auswirkungen relativ unabhängig von der demographischen Entwicklung. Einen stärkeren Anpassungsbedarf haben hingegen die Bereiche der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Infrastruktur, der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur sowie der Verkehrsinfrastruktur. Die Tragfähigkeit sowie die Finanzierbarkeit der Infrastruktur sind hier die Problemstellungen. Die Entwicklung ist in diesen Bereichen lokal und regional unterschiedlich, weshalb auch die Anpassungsvorgänge in verschiedene Richtungen gehen müssen. (vgl. AINZ et al 2013: 83f)

In der Vergangenheit gab es bereits eine Veränderung der Infrastrukturausstattung. Schon seit 1995 sind privatwirtschaftliche Dienste wie Bäckereien oder kleinere Lebensmittelhändler zurück gegangen, sowie öffentliche und halböffentliche Leistungen wie die Post, Polizeiinspektionen etc. geschmälert worden. Gleichzeitig sind aber auch die Grundversorgungsdienste wie Drogerien, Fachärzte, Kindergärten oder Banken in mehr Gemeinden aufzufinden. Der Einzelhandel hat sowohl bei der Anzahl der Geschäfte aber auch bei der Verkaufsfläche stark zugenommen. Beim Lebensmittelhandel ist eine Konzentration auf weniger Standorte und die Verlagerung dieser an die Orts- und Stadtränder zu erkennen. In Hinsicht auf die demographische Entwicklung ist dieser Trend diskussionsbedürftig, da vor allem für ältere Personen sowie Menschen ohne PKW diese Standorte schlecht zu erreichen sind. (vgl. ebd.: 85f)

2.5. Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge in der Raumordnung

Die Raumordnung kann ohne Kenntnisse der Demographie nicht auskommen, denn die Planung muss die Regelmäßigkeiten der gesellschaftlichen und demographischen Strukturen, wie sich diese verändern und welche Bedürfnisse daraus konkludiert werden können, berücksichtigen. (vgl. FABMANN 2003: 63)

Die Demographie macht hierbei auf unterschiedliche Richtungen aufmerksam welche in zwei unterschiedliche Muster gegliedert werden können: Raumordnung ist entweder auf die wachsende Bevölkerung in den Ballungsgebieten oder auf eine alternde und abnehmende Bevölkerung an den Agglomerationsrändern auszulegen. Der Normalfall in der Raumordnung ist eine Zunahme der Bevölkerungszahl, weshalb hier Instrumente wie Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Raumordnungsprogramme sowie Entwicklungsprogramme oder Zentrale Orte Konzepte erstellt wurden. Diese Instrumente funktionieren vor allem dann, wenn das Wachstum nicht zu schnell erfolgt. Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich jedoch rapider als die Planung, weshalb Änderungen von Plänen oder Gesetzen länger dauern und bis zur Umsetzung oftmals neue Probleme zu lösen sind. Der Bevölkerungsrückgang ist die meist nicht vorhergesehene Ausnahme. Die Instrumente sind hauptsächlich auf ein „Mehr“ ausgelegt, obwohl die Demographie zeigt, dass es in vielen Räumen in Österreich und Europa zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl kommt. Dieser Rückgang stellt die Raumordnung vor andere Herausforderungen als das Bevölkerungswachstum. Er erfordert Rückwidmungen oder Rückbauten sowie Nachnutzungslösungen. Hierbei fehlt es oftmals noch an allgemeingültigen Modellen und Konzepten. In Räumen mit Bevölkerungsrückgang muss die Raumordnung nicht schützen, sondern vor allem fördern, damit die Bevölkerung gehalten werden kann. (vgl. FABMANN 2003: 63f)

Im Folgenden wird auf drei Raumordnungsinstrumente, welche im Umgang mit dem demographischen Wandel und zum Erhalt der Daseinsvorsorge angewendet werden können, eingegangen. Diese sind das Zentrale Orte Konzept, Regionale Governance und Interkommunale Kooperationen.

2.5.1. Zentrale Orte

Den zentralen Orte Konzepten der Landes- und Regionalplanungen liegt eine komplexe wissenschaftliche Theorie von Walter Christaller zugrunde, welcher 1933 seine Dissertation

über „Die zentralen Orte in Süddeutschland“ veröffentlichte. In Denkmustern der Neoklassik handelt es sich bei der Theorie im Wesentlichen um eine Theorie der optimalen Standorte des tertiären Sektors, respektive um die Handels- und Dienstleistungsfunktionen, die auf die Endnachfrage bezogen sind. Ziel war es, Gesetzmäßigkeiten über Größe, Zahl und räumliche Verbreitung von Siedlungen mit „städtischen“ Funktionen abzuleiten. 1940 wurde die Theorie von August Lösch überarbeitet, wo die allgemeinen ökonomischen Grundlagen der Zentralen-Orte-Theorie klarer herausgearbeitet wurden und in einen Rahmen der neoklassischen Raumwirtschaftstheorie eingebaut wurden. (vgl. BLOTEVOGEL 2002: 11)

In der Theorie wird von einer idealtypischen Annahme der Bevölkerungsverteilung sowie der Nachfrage- und Produktionsbedingungen ausgegangen, weshalb Güter des produzierenden Gewerbes und Dienstleistungen eine bestimmte Reichweite haben und daher eine entsprechende Zentralität aufweisen. Abgeleitet wird der Rang eines zentralen Ortes aus den Gütern und Diensten mit der größten Reichweite. Man kann also sagen „je höher die Zentralität der Güter und Dienste, desto höher der Rang und desto größer die Einzugs- und Versorgungsgebiete eines zentralen Ortes.“ (GIFFINGER et al 2004: 23)

Durch dieses Modell von Christaller optimiert sich sowohl aus der Sicht der Anbietenden als auch der Nachfragenden die räumliche Anordnung der Versorgungsstandorte. Der Anbietende kann die Marktpotenziale maximal ausschöpfen, da die maximale Anzahl von Anbietern in einem so dicht wie möglich geknüpften Standortnetz das Marktgebiet nutzen kann. Die Güter und Dienste werden für die KonsumentInnen hingegen so dezentral wie möglich angeboten, weshalb es zu einem Minimum in der Summe aller Versorgungsfahrten führt. (vgl. BLOTEVOGEL 2002: 13)

Ursprünglich war die Theorie der zentralen Orte keine raumordnungspolitische Theorie. Sowohl Christallers als auch Löschs Intention war es, die empirisch beobachtbare Realität durch die Aufstellung von raumwirtschaftlichen Gesetzen zu erklären. Das Raummodell galt als normatives Idealmodell. Es wird daher zwischen der Zentralen-Orte-Theorie und dem Zentrale-Orte Konzept unterschieden. Zum einen, weil die Übertragung des Zentralen-Orte Modells in die Realität aus methodischen Gründen unzulässig ist und ihre Gültigkeit nur aus der theoretischen Ebene gegeben ist. Zum anderen, weil sich der regionalökonomischen Theorie-Diskurs und der praxisorientierte raumordnungspolitische Diskurs immer stärker auseinanderentwickelten. (vgl. BLOTEVOGEL 2002: 12f)

Zentrale Orte Konzept

Um die räumlichen und siedlungsstrukturellen Entwicklungen gestalten zu können, wurden Zentrale-Orte-Konzepte in die raumordnungspolitische Praxis implementiert. Auf Landesebene wurde dieses Konzept verschiedenartig angewendet. Dennoch hatten alle das Ziel ein Instrument zu definieren, mit dem das Angebot von öffentlichen und privaten Einrichtungen arrangiert werden kann. (vgl. GIFFINGER et al 2004: 21)

PRIEBS (2013: 121f, 206) sieht das Zentrale-Orte-System „als Instrument zur Schaffung ausgeglichener Raumstrukturen bzw. gleichwertiger Lebensbedingungen“. Orte, die als Zentraler Ort anzusehen sind, haben daher eine „Entwicklungs- und Sicherungsfunktion“ und sind speziell in strukturschwächeren Räumen wichtig. In Deutschland werden beispielsweise durch die Landes- und Regionalplanung Grund-, Mittel und Oberzentren festgelegt. (vgl. ebd.)

Im ländlichen Raum sind, abgesehen von mittleren und kleinen Städten, für die Grundzentren bzw. Kleinzentren auch größere Dörfer von Bedeutung. Die Qualität der Infrastrukturausstattung wird gemeinsam von der öffentlichen Hand als auch von privaten Dienstleistern bestimmt. Durch die Konzentration von Angebot und Nachfrage kann die Qualität der Dienste besser erhöht werden als dies bei einem verstreuten Angebot der Fall wäre. Am Handel orientieren sich oftmals andere Bereiche, wie die Angebote der medizinischen Versorgung, der Pflegedienste, der Bildung, der Kultur und andere Dienstleistungen, weshalb er eine Leitfunktion einnimmt. Die Bevölkerung des Ortes sowie der umliegenden Gemeinden unterschiedlicher Größen sichern dabei die notwendige Nachfrage. (vgl. PRIEBS 2013: 206f)

Das Zusammenfassen von Einrichtungen in zentrale Orte bekommt, begründet durch die abnehmende Nachfrage aber einer tendenziellen Entwicklung der immer größer werdenden Handels- und Dienstleistungseinheiten, einen besonderen Wert. Öffentliche Angebote und private Einrichtungen können sich gegenseitig stützen, die Nachfrage auf diese Standorte lenken und so die dadurch entstehenden Synergiepotenziale ausnutzen. Der Effekt der zentralen Orte wird durch die Ausrichtung der Verbindungen des öffentlichen Verkehrs in diese Orte bestärkt, damit die Personen aus den umliegenden Gemeinden die Einrichtungen der zentralen Orte auch wirklich nutzen können. (vgl. PRIEBS 2013: 207)

Zentrale Orte in Österreich

In Österreich wurden, aufbauend auf die Zentrale-Orte-Theorie, Zentralitätskonzepte entwickelt, welche ein Zentrale-Orte-System mit Hilfe eines deskriptiv-analytischen Ansatzes

identifizieren sollten. Die Städte Österreichs wurden von BOBEK und FESL 1973 nach einheitlichen Kriterien beschrieben und wurden nach der Häufigkeit von ausgewählten öffentlichen und privaten Diensten in zentrale Orte unterschiedlicher Ränge klassifiziert. Daraus ergab sich eine zehnstufige Hierarchie, wobei die Bundeshauptstadt Wien die Stufe 10, die Landeshauptstädte die Stufen 9 und 8 und die Viertelhauptstädte die Stufe 7 erhielten. In die Stufen 6 bis 4 wurden Städte mittlerer Zentralität eingeteilt und die unteren drei Stufen erhielten Kleinstädte mit niedriger Zentralität. Aufbauend auf diese Klassifikation der Städte und Gemeinden war eine wichtige Grundlage für die raumordnungspolitische Diskussion in Österreich geschaffen, woraus Zentrale-Orte Konzepte erstellt wurden. Die Umsetzung der Konzepte erfolgte dann in den Raumordnungskonzepten der Länder, da die Raumplanung ja in den Kompetenzbereich der Bundesländer fällt. Im Burgenland, in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg sowie in der Steiermark wurden Zentrale-Orte-Konzepte für das gesamte Landesgebiet, in Kärnten nur in regionale Entwicklungsprogrammen implementiert. In Vorarlberg und in Wien wurden hingegen keine zentralen Orte ausgewiesen. Insgesamt wurden 330 Städte und Gemeinden in Österreich als zentrale Orte aufgezeigt, wobei die Zahl zwischen den Bundesländern sehr unterschiedlich hoch ist. Beispielsweise wurden in Niederösterreich 140 Städte und Gemeinden ausgewiesen, in Oberösterreich hingegen nur 19. (vgl. GIFFINGER et al 2004: 23ff)

Zentrale Orte im Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖREK)

Im ÖREK 2011 wurde die Stützung des Netzes der Klein- und Mittelzentren als Ziel gesetzt und fällt unter den Bereich der dezentralen Konzentration. Es wird angestrebt „das Netz von historisch alten, ökonomisch gut entwickelten und demografisch stabilen Klein- und Mittelzentren als Träger der Daseinsvorsorge für die ländlichen Räume zu stützen, denn sie verteilen urbane Standortqualitäten in die Fläche und sichern der Bevölkerung die Teilhabe am vielfältigen gesellschaftlichen Leben“ (ÖROK 2011: 19). Durch die Bündelung in zentralen Orten, die mit dem ÖPNV gut erreichbar sind, kann eine „möglichst gleichwertige Versorgung möglichst vieler Menschen mit Einrichtungen, Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge“ vor allem in dünn besiedelten Gegenden unterstützt werden (vgl. ebd.)

Zentrale Orte in Niederösterreich

Das Niederösterreichische Raumordnungsprogramm definiert einen zentralen Ort als: „das baulich zusammenhängende Siedlungsgebiet, das innerhalb einer Gemeinde die Funktion des Hauptortes erfüllt und im besonderen Maße Standort zentraler Einrichtungen ist, die in der

Regel nicht nur die Bevölkerung der eigenen Gemeinde, sondern auch die Bevölkerung der Umlandgemeinden versorgen“ (NÖ ROG Abs.1 § 1).

In Niederösterreich gab es ein eigenes Zentrale-Orte Raumordnungsprogramm welches 1973 verordnet und 2017 außer Kraft gesetzt wurde. Das Ziel dieses Programmes war: „Die Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, alle Arten von zentralen Einrichtungen innerhalb zumutbarer Entfernung und mit einem zumutbaren Aufwand an Zeit und Kosten in Anspruch nehmen zu können.“ (BKA 1992:1) Hierfür sollten zentrale Einrichtungen in geeigneten zentralen Orten zur Verfügung gestellt werden. Je nach Bedeutung, Reichweite und erforderlicher Benutzer- und Kundenzahl bzw. Häufigkeit der Nutzung der zentralen Einrichtungen wurden diese in 6 Stufen gegliedert, in der die Stufe 1 die niedrigste und die Stufe 6 die höchste Stufe der Versorgungsebene waren. Ab der dritten Stufe sollten die Zentralen Orte neben der Versorgungsfunktion auch die Aufgaben von regionalen Entwicklungszentren sowohl auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene übernehmen. Zentrale Orte sollten weiters ein Verkehrsmittelpunkt seines Einzugsbereiches sein und untereinander durch leistungsfähige Verkehrswege verbunden werden. Vor allem bei zentralen Orten der Stufe 3 bis 6 sollte es eine ausreichende Anzahl und Vielfalt an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen geben. (vgl. BKA 1992: 1)

Zentrale Einrichtungen stellen sowohl öffentliche als auch private Institutionen dar, die der Bevölkerung Güter und Dienstleistungen bereitstellen (vgl. BKA 1992: 2). In einem zentralen Ort der Stufe 1 sollten Einrichtungen für die Grundversorgung der Bevölkerung vorhanden sein, wie „Gemeindeamt, Gendarmerieposten, Kindergarten, 4klassige Volksschule, Praxis eines praktischen Arztes, Praxis eines Zahnbehandlers, Postamt, Freiluftbad, Spiel- und Sportplatzanlagen, Turnhalle.“ (BKA 1992: 2) Dafür soll der Ort in seinem zentralörtlichen Gesamtbereich mindestens 5000 und innerhalb seines baulich zusammenhängenden Siedlungsgebietes mindestens 1000 Einwohner haben. Der zentrale Ort der Stufe 2 soll neben den Einrichtungen der Stufe 1 diese in einer größeren Zahl und Vielfalt anbieten. Bei der Stufe 3 soll der zentrale Ort weiters höherrangige Schul- und Gesundheitseinrichtungen, höherrangige Verwaltungseinrichtungen sowie Erholungs- und Freizeiteinrichtungen aufweisen. Die Ausstattung wächst mit den nächsten Stufen an, wobei Orte der Stufe 5 gegenüber der Stufe 4 über Güter verfügen, welche seltener nachgefragt werden. Der Zentrale Ort der Stufe 6 hingegen ist die vollausgestattete Landeshauptstadt St. Pölten. (vgl. BKA 1992: 2ff) Zugeordnet wurden die Orte durch

drei Merkmalsdimensionen: stufenbildende Einrichtungen, die Bevölkerungszahl des Gesamtbereichs sowie die Entfernung zum nächsten zentralen Ort. (vgl. FABMANN 2004: 17)

Das Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm wies damals schon moderne Züge auf, denn es berücksichtigte bereits die Prinzipien der dezentralen Konzentration. Es wurde weiters als strategisches Leitbild erstellt, welches als Richtwert für andere (sektorale) Raumordnungsprogramme dienen sollte. Besondere entwicklungspolitische Bedeutung wurde den zentralen Orten der mittleren Stufe – den regionalen Zentren – zugeschrieben. Weiters galt als zentraler Ort nicht die politische Einheit der Gemeinde, sondern der jeweilige Hauptort einer Gemeinde. (vgl. RICHTER 2003: 148)

2.5.2. Regional Governance

Governance beschreibt in der Politikwissenschaft, dass politische Entscheidungen immer häufiger in Kooperation zwischen staatlichen, öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren ohne einem klar abgegrenzten hierarchischen Entscheidungszentrum erzielt werden (vgl. BÖCHER 2016: 61). Governance bezieht sich dabei darauf, wie soziale Beziehungen oder Interaktionen koordiniert werden. Bei Regionen stellt sich hierbei die Herausforderung, wie sie ihre Strukturen und Prozesse gestalten, damit sie ihren Funktionen und Aufgaben gerecht werden. Sobald es gelingt, bestimmte Koordinationsmechanismen zu institutionalisieren, gilt Governance als erfolgreich. Traditionellerweise wird zwischen den Koordinationsmechanismen Wettbewerb und Hierarchie unterschieden, bei Governance hingegen erfolgt die Koordination durch Netzwerke und Partnerschaften. (vgl. PÜTZ 2004: 28)

Regional Governance ist dementsprechend die Governance in der Regionalpolitik. Die normative Regional Governance beschreibt, wie regionalpolitische Empfehlungen auf Basis der Governance-Konzepte skizziert werden können. (vgl. BÖCHER 2016: 61f)

Laut BÖCHER (2016: 63ff) kann Regional Governance in vier Hauptaspekte gegliedert werden:

- *Regionale Selbststeuerung*, wodurch die Regionen mehr politische Kompetenzen und Aufwertung für ihre eigene Entwicklung erhalten.
- *Intersektorale Kooperation durch regionale Partnerschaften*, bei denen über die unterschiedlichen Sektoren hinweg, gemeinsam regionalpolitische Konzepte erstellt werden

sollen. Durch diese Strategien sollen Synergien der verschiedenen Bereiche erreicht werden und zu Win-Win Situationen führen.

- *Ablösen des Territorialprinzips durch das Funktionalprinzip*, indem neue Räume gebildet werden. Nicht mehr nur die administrativen Grenzen sollen eine Region bilden, stattdessen sollen Räume eine Region bilden, die ähnliche Funktionen haben.
- *Hierarchische Anreizsteuerung durch verschiedene Instrumente*, wie beispielsweise durch regionale Förderprogramme oder Regionenwettbewerbe. (vgl. ebd.)

Aufgrund der Heterogenität des ländlichen Raumes in Bezug auf das Landschaftsbild, der Bevölkerungsstruktur, der vorhandenen Infrastruktur aber auch der unterschiedlichen demographischen Entwicklung ist eine Regionalpolitik in Richtung der Regionalisierung sowie einer Etablierung von Regional-Governance-Strukturen erstrebenswert. (vgl. BÖCHER 2016: 67)

Mögliche Elemente, die auf die ländliche Entwicklungspolitik nach Prinzipien der Regional Governance ausgerichtet sind, sind beispielsweise:

- Beteiligung der relevanten Akteure einer ländlichen Region an Entscheidungen regionaler Entwicklungsschritte
- Etablierung eines „regionalen Dialog- und Entscheidungsforums“ durch regionale Partnerschaften
- Aufbau von Kooperationen und Netzwerken, welche akteurs- und sektorenübergreifend handeln
- Formulierung spezifischer regionaler Entwicklungskonzepte aufbauend auf eine Stärken-Schwächen Analyse der Region
- Errichtung eines Regionalmanagements als „Steuerungs- und Organisationsakteur der ländlichen Entwicklung“

(vgl. BÖCHER 2016: 67)

Auch im Bereich der Daseinsvorsorge spielt Regional Governance eine Rolle, da hier viele verschiedene, auf unterschiedliche Weise miteinander verflochtene AkteurInnen beteiligt sind. Hierzu zählen bspw. Gebietskörperschaften auf allen räumlichen Ebenen, Gemeindeverbände, private und öffentliche Unternehmen – sowohl Einzelunternehmer als auch Großkonzerne, Interessensvertretungen sowie lokale Initiativen. Die Leistungserbringung ist sektoral

organisiert und die AkteurInnen sind in ihr eigenes Umfeld eingebunden und verfolgen die Ziele ihrer jeweiligen Institution. Es bedarf daher zentraler AkteurInnen für den ländlichen Raum, die die Koordination und Bündelung der sektoralen Politiken übernehmen. Dazu zählen in Österreich Einrichtungen wie Regionalmanagements, das LEADER Programm, Beteiligungsprozesse der Lokalen Agenda 21 oder auch Dorferneuerungsprojekte. (vgl. FAVRY et al. 2006: 50f)

Laut dem 15. Raumordnungsbericht der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) gewinnen die Regionen als Handlungsebene auch aus europäischer Perspektive immer mehr an Bedeutung. Die regionalen Governance-Systeme der Bundesländer werden an die sich kontinuierlich ändernden Herausforderungen der Regionalentwicklung angepasst. Die ordnungspolitischen Planungsdokumente auf Landesebene beinhalten entweder entwicklungspolitische Strategien oder werden durch leitbildartige Entwicklungsstrategien ergänzt. Die territoriale Entwicklung orientiert sich an der Entwicklung von sektorenübergreifenden und regionalen Lösungen und soll als Impuls für die Regionalisierung der Sektoralpolitik dienen. Es wird über die wirtschaftsorientierte Regionalentwicklung hinausgegangen und auf Themen der territorialen Entwicklung eingegangen. Weiters werden bspw. die Herausforderungen des demographischen Wandels und Klimawandels sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen aufgearbeitet. Außerdem wird auf die Bedeutung der Abwanderungsprozesse aus der Region sowie auf Themenbereich wie Migration oder Integration oder auf soziale Dienstleistungen und die Organisation der Daseinsvorsorge Bezug genommen. Somit werden immer mehr territoriale und gesellschaftliche Themenfelder und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen in die Regionalentwicklung aufgenommen und die Herausforderungen den unterschiedlichen Raumtypen zugewiesen. (vgl. ÖROK 2018: 50, 89ff)

Regional Governance in Niederösterreich

In Niederösterreich wurde bezugnehmend auf Regional Governance beispielsweise die NÖ.Regional.GmbH eingeführt. Die GmbH löste die zuvor vorhandene Struktur bestehend aus mehreren Vereinen und Organisationen ab. Weiters wurden die Kompetenzen der Dorf- und Stadterneuerung sowie die Regionalmanagements in einer Organisation zusammengefasst. (vgl. ÖROK 2018: 50) Die Eigentümer der GmbH sind zu 51% das Land Niederösterreich, zu 19% die NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Gemeinschaft der Dörfer und Städte sowie mit jeweils 6% die fünf Hauptregionsverbände (Waldviertel, Weinviertel, Industrieviertel, Mostviertel und NÖ-Mitte). (vgl. NÖ.Regional.GmbH 2018: 13)

Die NÖ.Regional.GmbH ist eine Vorfeldorganisation des Landes Niederösterreichs und hat ihre Zuständigkeit in dem Bereich Region und Entwicklung, welche die vierte Säule neben Wirtschaft, Umwelt und Kultur ist. Sowohl bei der Eigentumsstruktur als auch im Arbeitsalltag wird der Ansatz „Regionalentwicklung 2.0“ praktiziert, bei dem das top down-bottom up-Prinzip ein wichtiger Bestandteil ist. Die Vorgaben des Landes sowie die Bedürfnisse und Wünsche der Regionen sollen aufeinander abgestimmt werden. So soll die Lebensqualität in peripheren und in Ballungsräumen mit der „Kraft der Gemeinsamkeit“ gestärkt werden. (vgl. ebd.: 10)

Die NÖ.Regional.GmbH erstellte mit der Hauptregionsstrategie 2024 ein auf zehn Jahre ausgelegtes Handlungsprogramm für eine jeweilige Hauptregion. Diese Strategie baut auf übergeordnete Strategien und Dokumente der EU sowie von Bund und Land auf und fasst außerdem strategische Positionen der Teilräume, also sowohl Kleinregionen als auch LEADER-Regionen, zusammen. Durch dieses Handlungsprogramm wird ein Rahmen für die Aktivitäten in den Hauptregionen im Bereich der Regionalentwicklung vorgegeben. Neben einer SWOT Analyse enthält es auch Ziele und Maßnahmen der vier Aktionsfelder „Wertschöpfung“, „Umweltsystem“, „Daseinsvorsorge“ und „Kooperation“. Es werden weiters strategische Positionen und erhebbare Indikatoren festgelegt, wodurch eine laufende Reflexion ermöglicht wird. In den Hauptversammlungen, die das zentrale Gremium sind, wird die Hauptregionsstrategie reflektiert und die Umsetzung untersucht, um auf etwaige Abweichungen in den Aktionsfeldern reagieren zu können. (vgl. ebd.: 8f)

2.5.3. Interkommunale Kooperation

Seit Jahrzehnten arbeiten Kommunen in verschiedenen Politikfeldern, in allen möglichen Arten und unterschiedlichen Organisationsformen zusammen. Verschiedenste Aufgaben werden auf Basis gemeinsamer Interessen und Ziele von Gemeinden, Städten oder Regionen gelöst. Es werden beispielsweise Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge als Verbund organisiert, Ressourcen gebündelt oder kommunale Angelegenheiten untereinander abgestimmt. Vermehrt treten neben der öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit auch Kooperationen auf privatrechtlicher oder informeller Basis auf. Immer wichtiger wird die (freiwillige) interkommunale Zusammenarbeit auch aufgrund der Themen wie der kommunalen Finanznot, des interkommunalen Standortwettbewerbs oder des demographischen Wandels. (vgl. STOPPER 2008: 283f)

Als Vorteile der interkommunalen Kooperationen können beispielsweise die Entwicklung im regionalen Konsens durch Abstimmung überörtlich bedeutender Vorhaben und der Entwicklung gemeinsamer Leitlinien, Synergieeffekte durch die Bündelung von Potenzialen, die gemeinsame Profilierung und Positionierung im Standortwettbewerb sowie die einfachere Finanzierung von Infrastruktur und Verwaltungseinrichtungen genannt werden (vgl. SCHWARTING 2008: 73).

Interkommunale Kooperationen unterbleiben jedoch auch oftmals, wenn wettbewerbsorientierte Handlungsmuster bei den Verantwortlichen der Kommunen dominieren. Interkommunale Kooperation ist oftmals ein „Mehrebenenspiel“. Denn je nach Konstellation der politischen Verhältnisse innerhalb eines Ortes kann es zu uneinheitlichen internen Interessenslagen kommen, wenn beispielsweise Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung unterschiedliche Interessen verfolgen. (vgl. STOPPER 2008: 284)

Für kommunalpolitische AkteurInnen besitzen interkommunale Kooperationen oftmals keinen Selbstzweck, da für sie damit potenziell auch ein Souveränitäts- und Autonomieverlust einhergeht. Daher muss die Bereitschaft zusammen zu arbeiten zumindest eine realistische Aussicht auf einen Nutzen voraussetzen, der die Transaktionskosten sowie den Autonomieverlust ausgleicht. Gleichzeitig muss jedoch auch ein Handlungsdruck bestehen, da ohne diesen der mit der Zusammenarbeit verbundene Aufwand selten betrieben wird. (vgl. STOPPER 2008: 284f)

Interkommunale Zusammenarbeit bedarf eines Win-win Effekts, was dazu führt, dass konfliktgeladene Themen oftmals nicht einbezogen werden. Dies betrifft zB Standortentscheidungen für Wohngebiete oder häufig genutzte Infrastrukturen wie bspw. Schulstandorte. In anderen Feldern wie der technischen Infrastruktur, Verwaltung oder im öffentlichen Verkehr finden hingegen häufiger Kooperationen statt. (vgl. KÜPPER 2008: 89)

STOPPER (2008: 285) analysierte in seinem Artikel zum demographischen Wandel und interkommunaler Kooperation, dass eben diese gemeindeübergreifende Zusammenarbeit als Strategie, um mit den Herausforderungen des demographischen Wandels umgehen zu können, bei den beteiligten kommunalpolitischen AkteureInnen entweder einen großer Handlungsdruck oder ein Umdenken voraussetzen, welches „nicht nur von den objektiven Problemcharakteristika, sondern von subjektiven Problemwahrnehmungen abhängt“ (ebd.).

Regionale Kooperationen werden hingegen im Kontext von Bevölkerungsrückgängen als besonders schwierig eingeschätzt, da die Interessen bei einem Nebeneinander von

schrumpfenden und wachsenden Gemeinden sehr unterschiedlich sind. Dadurch kann der Konkurrenzkampf um die sinkende Anzahl an EinwohnerInnen, KundInnen, NutzerInnen und SteuerzahlerInnen größer werden. (vgl. KÜPPER 2008: 89)

Interkommunale Kooperationen im Österreichischen Raumentwicklungskonzept

Im ÖREK von 2011 werden „funktionelle Verflechtungen zwischen den räumlichen Einheiten, die Anlass für eine verstärkte Kooperation darstellen“ angestrebt. „Funktionelle Verflechtungen sollen als Ausdruck der gegenseitigen Komplementarität gesehen werden und das Denken in ‚Stadt versus Land‘, ‚Kernstadt versus Stadtumland‘ oder auch ‚Inland versus Ausland‘ überwinden helfen.“ (ÖROK 2011: 19)

Interkommunale Kooperationen in Niederösterreich

In Niederösterreich fungieren die Kleinregionen als Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Sie wurden eingeführt, um gemeinsame Herausforderungen lösen zu können. Hierfür sollen mindestens drei angrenzende Gemeinden langfristig und auf freiwilliger Basis miteinander kooperieren. Verschiedene Ziele, Strategien und Lösungsansätze in Form von Maßnahmen oder Projekten sollen von den Kleinregionen erarbeitet und umgesetzt werden. Eine ausgeprägte regionale Identität sowie die Beteiligung der für die Kleinregion relevanten AkteurInnen und Bewusstseinsbildung sind dafür die Grundlage. Zu den Vorteilen der Kleinregionen zählen unter anderem die Ausweitung des Aktionsradius durch das Entstehen größerer Raumeinheiten durch den Zusammenschluss, die Verringerung von Kosten, die Professionalisierung der Leistungen und die Effizienzsteigerung. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung: 2018, 4f)

Es gibt acht kleinregionale Themenfelder aus den Gebieten Identität, Daseinsvorsorge bzw. Raumentwicklung, auf denen die interkommunalen Maßnahmen und Projekte auszurichten sind:

- Identität und Bewusstseinsbildung
- Verwaltung und Bürgerservice
- Technische Infrastruktur und Mobilität
- Gesundheit und Soziales
- Freizeit und Naherholung
- Natur und Umwelt
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt
- Raumentwicklung (vgl. ebd.: 6).

Basierend auf der Charakteristik der Region sollen sich Schwerpunkte herauskristallisieren, die die Kleinregionen besonders prägen und daher für die Zukunft besonders relevant sind. (vgl. ebd.)

Im Rahmen der Richtlinie werden verschiedene Maßnahmen gefördert. Dazu gehören zum einen Projekte wie Leitbilder und Umsetzungsmaßnahmen. Zu den Leitbildern zählen das kleinregionale Rahmenkonzept, das kleinregionale Entwicklungskonzept mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren, und der kleinregionale Strategieplan mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren. Weiters werden Sonderprojekte, wie Strategien, Studien etc. zu unterschiedlichen kleinregional raumrelevanten Themen, Beratungen und Coachings für Gemeinden, die kleinregional zusammenarbeiten wollen, monetär gefördert. Zum anderen werden Reflexionen, welche bei allen aktiven Kleinregionen jährlich vorgesehen sind, von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik sowie von der für den Bereich der Orts-, Gemeinde- und Regionalentwicklung geschaffenen Vorfeldorganisation unterstützt. Außerdem gibt es noch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von den oben genannten Organisationen. Auf die Förderungen an sich besteht jedoch kein Rechtsanspruch und sie können nur nach Maßgabe der vom Landtag zur Verfügung gestellten Mitteln gewährt werden. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung: 2018, 6ff)

3. Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge in Österreich bzw. Niederösterreich

Um die Theorie mit statistischen Daten abzurunden wird in diesem Kapitel die demographische Veränderung in Österreich bzw. Niederösterreich mit Hilfe von Daten der Statistik Austria aufgezeigt. Des Weiteren werden verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge näher vorgestellt, dazu zählen Nahversorgung, Kinderbetreuung, Betreuung für Alte, Ärztliche Versorgung sowie der öffentliche Verkehr. Außerdem wird darauf eingegangen, inwieweit der demographische Wandel in den Konzepten der überörtlichen Raumordnung behandelt wird.

3.1. Demographische Veränderung in Österreich mit Fokus auf NÖ

Veränderung der Bevölkerungszahl

Zwischen 2006 und 2016 hat die österreichische Bevölkerung um 5 Prozent zugenommen und lag 2016 bei 8,7 Mio., 2018 bei 8,8, Mio. EinwohnerInnen. Bei der Bevölkerungsentwicklung sind zwei langfristige Trends zu beobachten (siehe Abb. 1). Zum einen nimmt die Bevölkerung entlang der Westachse von Wien über St. Pölten, dem oberösterreichischen Zentralraum, des Salzburger Ballungsraum und dem Inntal bis zum Vorarlberger Rheintal zu. Zum anderen nimmt die Bevölkerungszahl in vielen inneralpinen Regionen überwiegend ab. Auf kleinräumiger Ebene gibt es einen weiteren Trend zu beobachten: während die Ballungsräume wachsen, kommt es zu einem Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Räumen. (vgl. ÖROK 2018: 32)

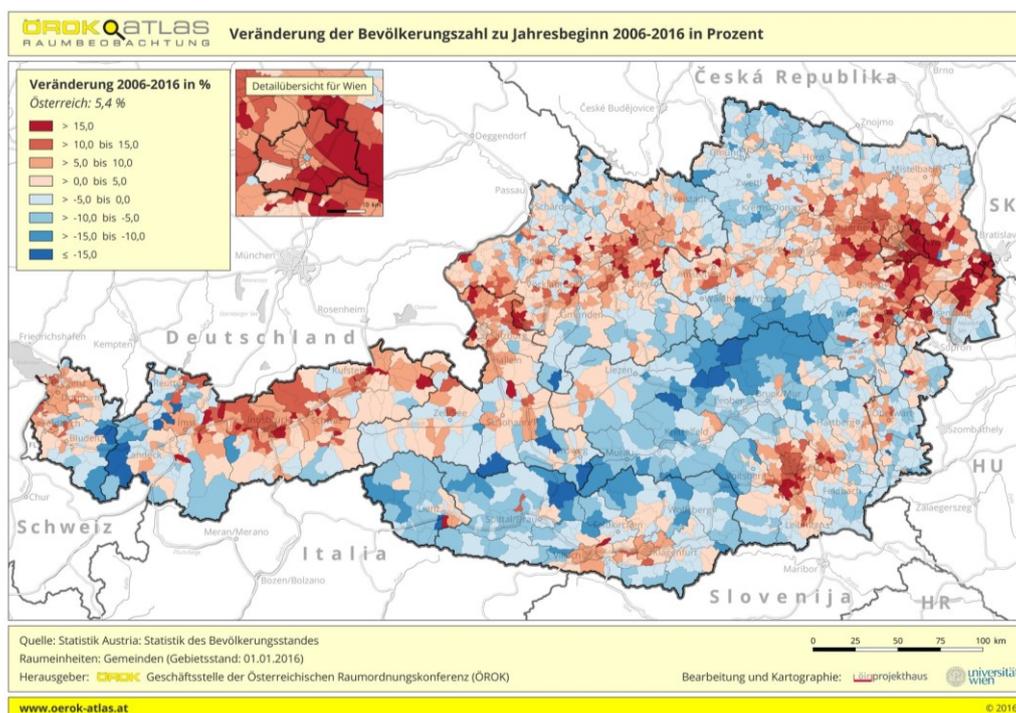


Abb. 1 Veränderung der Bevölkerungszahl zu Jahresbeginn 2006-2016 in Prozent,
Quelle: ÖROK (oJ d)

Dies kann durch drei Tendenzen begründet werden. Der maßgebliche Grund für den Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen ist die negative Geburtenbilanz. Bei der Binnenwanderung gibt es positive Wanderungsbilanzen in den Ballungsräumen, vor allem inneralpin peripher gelegene Räume hingegen weisen negative Wanderungsbilanzen auf. Es sind vor allem junge Menschen und insbesondere junge Frauen, die die peripheren Regionen verlassen. Die Außenwanderung zeigt ein anderes Bild, denn die Zuwanderung aus dem Ausland dämpft den Bevölkerungsrückgang in Österreich. (vgl. ÖROK 2018: 32)

In einigen Städten hat die positive Geburtenbilanz eine positive Auswirkung auf die natürliche Bevölkerungsbewegung. Außerdem verzeichnen nicht alle ländliche Regionen Bevölkerungsrückgänge, im Waldviertel ragen beispielsweise Rastendorf oder Horn, in den Voralpen Sankt Georgen am Reith oder Sankt Corona am Wechsel mit einem Bevölkerungsplus heraus. (vgl. ÖROK 2018: 32f)

Altersverteilung

Auch die Bevölkerungsstruktur in Bezug auf Alter und Geschlecht wurde in den letzten Jahren von der Bevölkerungsentwicklung geprägt. Während die Anzahl und der Anteil an Kindern und Jugendlichen, also den Personen unter 15 Jahren, in vielen Regionen gesunken ist, hat die Bevölkerungsgruppe der Personen ab 65 sowohl anteils- als auch zahlenmäßig zugenommen. Die Bevölkerungsgruppe im Haupterwerbsalter von 20 bis unter 65 hat sich regional unterschiedlich entwickelt. Während es in den Agglomerationsräumen in den Städten vor allem aufgrund von Zuwanderung Zuwächse gab, war in ländlichen Gebieten ein Rückgang der Bevölkerung im Haupterwerbsalter in unterschiedlichen Dimensionen zu verzeichnen. (vgl. ÖROK oJ a)

In der Grafik (Abb. 2) erkennt man, wie sich die Altersverteilung in Österreich bzw. in Niederösterreich in den letzten Jahren verändert hat. Die Abnahme der jungen Bevölkerung und die Zunahme der älteren und alten Personen ist besonders gut erkennbar. In Niederösterreich lagen 2018 die Anteile der 5 bis 20-Jährigen und der 45 bis 90-Jährigen über den Werten Gesamtösterreichs.

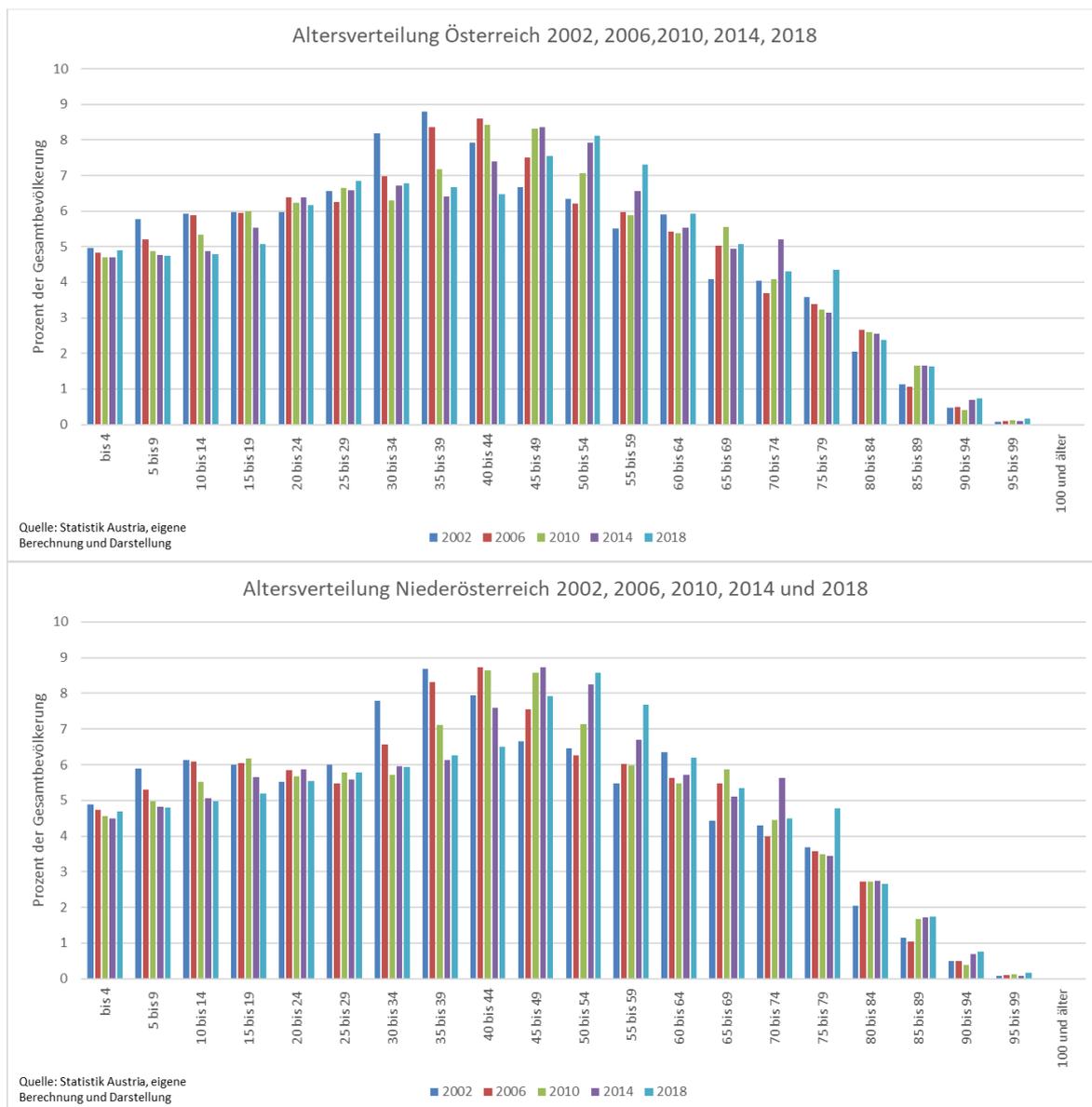


Abb. 2 Altersverteilung Österreich und Niederösterreich 2002 – 2018,
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

Veränderung der Haushaltsformen

Die Anzahl der Privathaushalte in Österreich hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Von 1985 bis 2018 ist die Zahl der Haushalte von 2.801.132 auf 3.916.093 um 39,8 Prozent gestiegen. In Niederösterreich gab es im selben Zeitraum eine Zunahme von 43,19 Prozent von 504.478 auf 722.371.

Bei der Entwicklung der Haushalte nach Haushaltsgröße ist auf langfristige Sicht ein überproportionaler Anstieg der kleineren Haushalte zu beobachten (vgl. AINZ et al 2013: 18). Die

Einpersonenhaushalte nahmen in Österreich zwischen 2005 und 2018 um 21,5 Prozent, in Niederösterreich sogar um 24 Prozent zu. Bei den Zweipersonenhaushalten gab es jeweils ein Plus von rund 17 Prozent. Die Zunahme der Dreipersonenhaushalte fällt mit 5,3 bzw. 4,6 Prozent eher gering aus. Bei den Haushalten mit mehr als vier Personen gab es sowohl in Österreich als auch in Niederösterreich Rückgänge, wobei es bei den Haushalten mit fünf Personen in Österreich in dem Zeitraum leichte Schwankungen gab. Die Zahl der Haushalte mit mehr als sechs Personen hat in Österreich von 2005-2018 um 22,5 Prozent, in Niederösterreich um 19,8 Prozent abgenommen. (siehe Tabelle 2)

Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten ist im Zeitraum 2005 bis 2018 von 34,49 auf 37,2 Prozent in Österreich bzw. 30,85 auf 34,05 in Niederösterreich gestiegen. Der Anteil der Personen, die allein in einem Privathaushalt leben, liegt demnach in Niederösterreich unter dem gesamtösterreichischen Wert. Diese Entwicklung weist auf den Trend der Singularisierung hin.

Haushalte nach Haushaltsgröße in Österreich, Anzahl in Tausend					Veränderung 2005-2018
	2005	2010	2015	2018	
Haushalte insgesamt	3 475	3 624	3 817	3 916	+12,7
Davon Einpersonenhaushalte	1 198	1 300	1 418	1 457	+21,5
2 Personen	1 006	1 069	1 141	1 186	+17,9
3 Personen	555	562	574	584	+5,3
4 Personen	460	450	445	449	-2,5
5 Personen	170	166	170	174	+2,5
6 und mehr Personen	86	77	68	67	-22,1
Anteil Einpersonenhaushalte	34,49%	35,88%	37,16%	37,20%	

Haushalte nach Haushaltsgröße in Niederösterreich, Anzahl in Tausend					Veränderung 2005-2018
	2005	2010	2015	2018	
Haushalte insgesamt	643,2	674,0	704,0	722,4	+12,3
Davon Einpersonenhaushalte	198,4	216,8	236,4	246,0	+24,0
2 Personen	194,7	208,7	221,8	229,3	+17,8
3 Personen	107,4	109,7	111,4	112,3	+4,6
4 Personen	92,3	91,2	89,5	89,1	-3,5
5 Personen	33,2	31,4	28,5	31,8	-4,2
6 oder mehr Personen	17,2	16,2	16,5	13,8	-19,8
Anteil Einpersonenhaushalte	30,85%	32,17%	33,58%	34,05%	

*Tabelle 2 Haushalte nach Haushaltsgröße 2005-2018 in Österreich und Niederösterreich,
Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung*

Insgesamt hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in Österreich von 1985 bis 2018 von 2,67 auf 2,22 Personen pro Haushalt, in Niederösterreich von 2,81 auf 2,28 Personen pro Haushalt verkleinert. (vgl. Tabelle 3)

Durchschnittliche Haushaltsgröße								
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015	2018
Österreich	2,67	2,61	2,54	2,45	2,34	2,28	2,22	2,22
Niederösterreich	2,81	2,73	2,67	2,60	2,42	2,36	2,30	2,28

Tabelle 3: Durchschnittliche Haushaltsgröße in Österreich und NÖ 1985-2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

3.2. Prognosen

Bevölkerungsentwicklung

Nach den ÖROK Prognosen von 2018 bis 2040 werden die derzeitigen Trends auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben, mit einer steigenden Bevölkerungszahl und einer Alterung der Gesellschaft. Das Bevölkerungswachstum wird sich auch in Zukunft fast ausschließlich durch die positive Wanderungsbilanz ergeben, während die Geburtenbilanz, wie auch in der Vergangenheit, ausgeglichen bleiben wird. Bezüglich der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist somit in ganz Österreich kaum mehr mit einem Zuwachs der Bevölkerung zu rechnen. (vgl. ÖROK oJ b: 1)

Große Bevölkerungszuwächse sind im Prognosezeitraum 2018-2040 hauptsächlich in den großen Städten sowie im Stadt-Umland zu erwarten (vgl. Abb.3). Demnach wird es eine starke Bevölkerungszunahme im Großraum Wien bis ins Nordburgenland, Innsbruck, Graz, Klagenfurt und Bregenz sowie im Zentralraum Oberösterreich Linz-Wels geben. In Niederösterreich wird das Wachstum rund um Wien am größten sein, wobei je näher eine Region an der Bundeshauptstadt liegt, desto größer ist das prognostizierte Bevölkerungswachstum. Die größten Bevölkerungsrückgänge werden in der Obersteiermark, im nördlichen Waldviertel sowie in Kärnten abseits des Zentralraumes prognostiziert. Hierbei handelt es sich um periphere Regionen, die zusätzlich eine eher schwächere Wirtschaftsstruktur, eine starke Abwanderung sowie ein Defizit bei den Geburten haben. (vgl. ÖROK oJ b: 2)

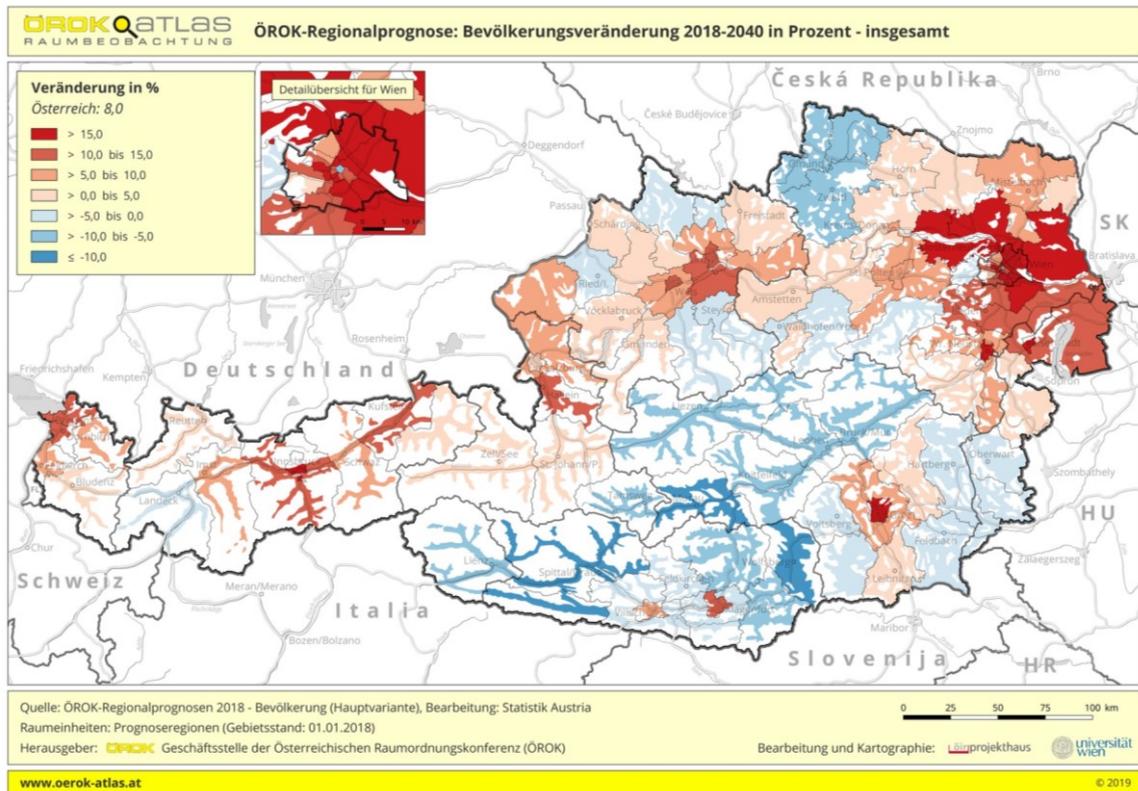


Abb. 3 ÖROK-Regionalprognose: Bevölkerungsveränderung 2018-2040 in Prozent, Quelle: ÖROK (oJ e)

Die Statistik Austria prognostiziert für den Zeitraum 2018 bis 2080 einen Bevölkerungszuwachs. Demnach soll der Hauptvariante zufolge 2022 die 9-Millionen Marke überschritten werden. Bis 2030 soll Österreich bereits 9,30 Millionen EinwohnerInnen und bis 2080 bereits 9,97 Millionen EinwohnerInnen zählen – um 13 Prozent mehr als 2017. Die Entwicklung in den Bundesländern fällt dabei aber unterschiedlich aus. (vgl. Statistik Austria 2019a: 22)

Niederösterreich wird in den nächsten Jahren vor allem aufgrund der Außen- und Binnenwanderung an Bevölkerung zunehmen. Die Bevölkerungszahl soll von 1,67 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 2017 bis 2080 um 20 Prozent auf 2,01 Millionen steigen. Von allen Bundesländern wird nach Wien für Niederösterreich das langfristig zweithöchste Bevölkerungswachstum prognostiziert. (vgl. Statistik Austria 2019a: 24)

Altersstruktur

Nach der ÖROK Prognose 2018-2040 wird sich die Altersstruktur auch in Zukunft verschieben. Die Anzahl der jungen Bevölkerungsgruppen wird nur gering wachsen bzw. stagnieren und in manchen Regionen sogar sinken, während die Personengruppe der über 65-Jährigen weiterhin zunehmen soll – sowohl relativ als auch absolut. (vgl. ÖROK oJ b:1f)

Bei der ÖROK Prognose nach Altersklassen wird vor allem die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 19 Jahren hauptsächlich in den Ballungsräumen zunehmen und in den ländlichen Regionen abnehmen (siehe Abb. 4) (vgl. ÖROK 2018: 34). Aufgrund von Zuwanderung werden die Zahlen dieser Altersgruppe in Wien deutlich ansteigen. Für Kärnten wird mittel bis langfristig mit einem Rückgang der jungen Bevölkerung zu rechnen sein, während die Zahlen in Vorarlberg stagnieren werden. (vgl. Statistik Austria 2019a 25f)

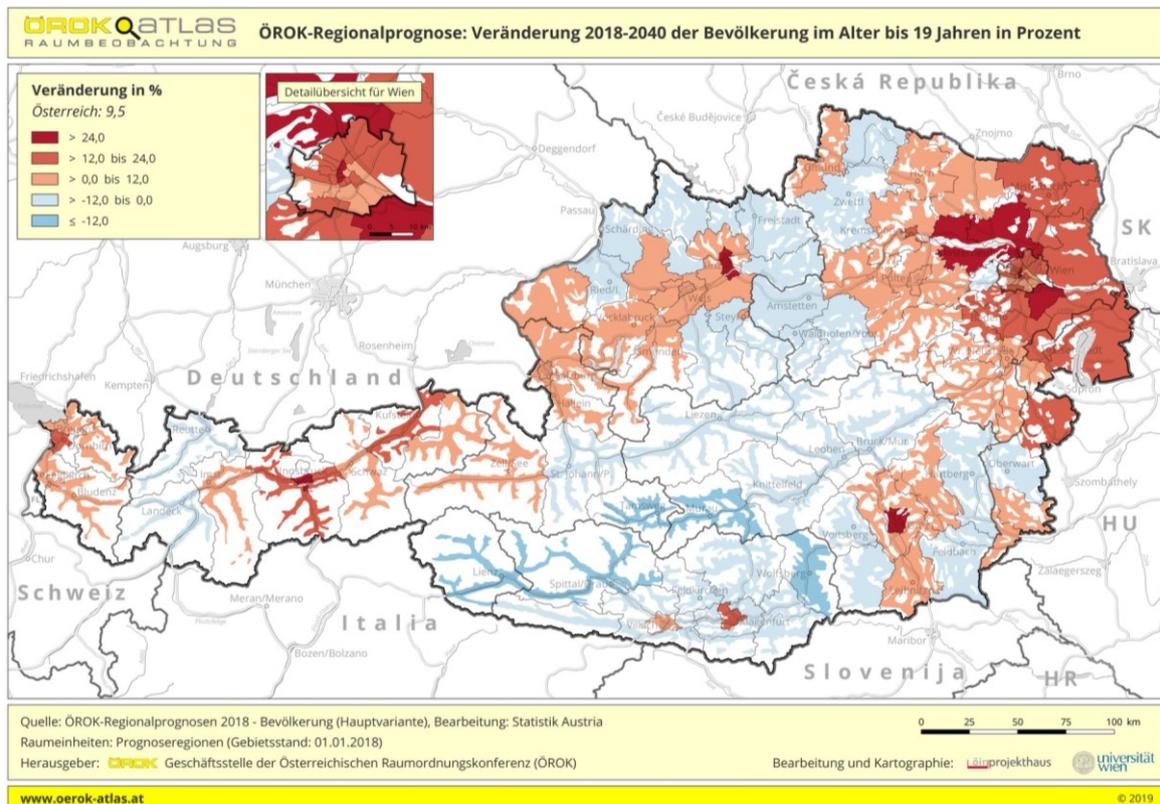


Abb. 4 Veränderung der Bevölkerung unter 19 Jahren in Prozent 2018-2040 ÖROK Prognose, Quelle: ÖROK (oJ e)

Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter zeigt sich wanderungsbedingt ein ähnlicher Trend, der Fokus der Zunahme liegt aber noch stärker auf den Städten. In fast allen nicht städtischen Bezirken hingegen werden die 20-64-jährigen weniger werden. (vgl. ÖROK 2018: 34) In allen Bundesländern außer Wien wird vorerst mit Stagnation, langfristig mit einem mehr oder wenig starkem Rückgang zu rechnen sein. In Niederösterreich wird dabei ein Rückgang des Anteils von 60,4 Prozent im Jahr 2017 auf 50,1 Prozent in 2080 erwartet. (vgl. Statistik Austria 2019a 25f)

In sämtlichen Bezirken soll laut Prognose der Anteil der über 65-Jährigen zunehmen, die Zahl der Hochbetagten soll in den Städten am stärksten zunehmen. (Siehe Abb. 5) (vgl. ÖROK 2018:

34) Der Anteil der über 65-Jährigen wird auch künftig im Osten sowie im Süden tendenziell über den Werten des Westens liegen. Als Ausnahme wird dabei die Stadt Wien prognostiziert, wo der Anteil dieser Altersgruppe von 16,5 (2017) nur auf 20,4 Prozent (2040) und bis 2080 auf 24 Prozent steigen soll. Ansonsten wird für 2080 in den restlichen Bundesländern der Anteil der über 65-Jährigen mit einem Wert zwischen 28 und 34 Prozent prognostiziert. In Niederösterreich liegt der vorausgesagte Wert für 2080 bei 31 Prozent. (vgl. Statistik Austria 2019a: 25f)

Absolut betrachtet wird es die stärksten Zuwächse bei den über 65-Jährigen im Westen und Osten geben. In Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich sowie im Burgenland soll sich die Zahl im Prognosezeitraum bis 2080 beinahe verdoppeln. (vgl. Statistik Austria 2019a: 26)

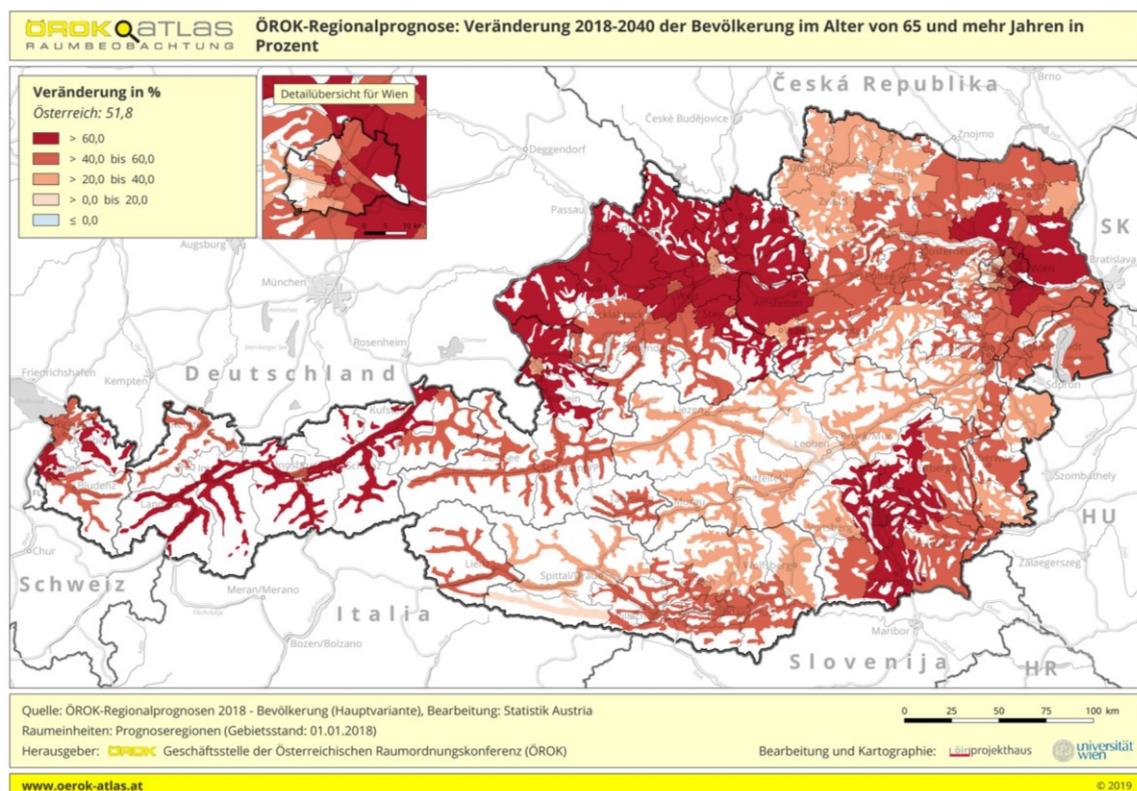


Abb. 5 Veränderung der Bevölkerung über 65 Jahren in Prozent 2018-2040 ÖROK Prognose, Quelle: ÖROK (oJ e)

Haushaltsgrößen

Die „Haushaltsprognose 2014-2030“ der ÖROK prognostiziert eine Zunahme von Privathaushalten um 12,4 Prozent auf 4,19 Mio. bis 2030. Gleichzeitig wird die Größe der Haushalte in fast allen Regionen abnehmen. Am stärksten wird die Abnahme für das Mühlviertel, Tamsweg und Osttirol prognostiziert. Eine Zunahme der Haushaltsgröße wird in Städten wie Wien, Linz,

Wiener Neustadt, Salzburg und Innsbruck sowie im östlichen Wiener Umland vorausgesagt. (vgl. ÖROK 2018: 35)

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird zwischen 2014 und 2030 um 17 Prozent, die Zahl der Zweipersonenhaushalte um 20 Prozent steigen. Der stärkste Anstieg dieser Haushaltsformen wird für die Stadtumlandregionen prognostiziert. Da die Städte im Vergleich zu den ländlichen Regionen jünger werden und deshalb die Haushalte mit Kindern zunehmen werden, wird die Zunahme der Vier- und Mehrpersonenhaushalte fast ausschließlich in städtischen Regionen vorausgesagt. Im ländlichen Raum hingegen wird sich die Zahl der größeren Haushaltsformen verringern. Hier wird aufgrund der immer höheren Anteile an älteren Menschen die Zahl der allein oder zu zweit lebenden Personen zunehmen. (vgl. ÖROK 2018: 36)

Ein hoher Prozentsatz der Drei- oder Mehrpersonenhaushalte befindet sich in Ein- oder Zweifamilienhäusern in ländlichen Regionen. Mit dem Rückgang dieser Haushaltsformen kommen die Fragen der effizienten Nutzung von Einfamilienhausgebieten und müssen künftig in den Themen der effizienten Bodennutzung aufgegriffen werden. (vgl. ÖROK 2018: 36)

3.3. Daseinsvorsorge in Österreich mit Fokus auf Niederösterreich

Laut dem NÖ Landesentwicklungskonzept von 2004 ergeben „[g]leichwertige Lebensbedingungen [...] sich aus der Summe der einzelnen Daseinbedingungen. Diese beziehen sich auf Wohnen, Arbeiten, gesunde Umweltbedingungen, Verkehrsteilhabe, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Teilhabe an zeitgemäßen öffentlichen Einrichtungen – speziell an Bildungseinrichtungen und Einrichtungen des Gesundheitswesens –, an zeitgemäßen und leistungsfähigen Infrastruktureinrichtungen der Ver- und Entsorgung oder auf die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten“. (Amt der NÖ Landesregierung 2004: 24)

Im Konzept wird auch darauf eingegangen, dass die Daseinsbedingungen aufgrund der geographischen Unterschiede nicht in jeder Gemeinde gleich sein können. Es gibt daher im Bezug zur Daseinsvorsorge räumliche Unterschiede und möglicherweise werden die Komponenten von der Gesellschaft auch unterschiedlich bewertet. Trotzdem sind der Bevölkerung in allen Landesteilen qualitative Leistungen der Daseinsvorsorge in einem zeitgemäßen Mindeststandard sowie ein entsprechender Zugang zu Infrastrukturen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu gewährleisten. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2004: 25)

Im Folgenden wird auf einzelne ausgewählte Bereiche der Daseinsvorsorge näher eingegangen. Aufgrund des großen Umfangs der Bereiche der Daseinsvorsorge ist eine Analyse aller Leistungen nicht möglich, daher wurde der Fokus auf die Bereiche Nahversorgung, Kinderbetreuung und Betreuung für alte Personen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr gelegt.

Nutzung sowie Angebot dieser Leistungen werden fortwirkend durch äußere Faktoren beeinflusst: einerseits durch die Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur in den letzten Jahrzehnten, andererseits durch wirtschaftliche, politische, rechtliche und technische Entwicklungen, die einen steten Wandel vorantreiben. (vgl. FAVRY et al 2006: 43) Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und somit der Nachfrageseite wurde bereits in den Kapitel 2.1, 3.1 und 3.2 behandelt. Bei der Angebotsseite sind es beispielsweise Veränderungen wie der Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur, die Ausweitung des globalen Handels, die verstärkte Nutzung der economies of scale bei der Bereitstellung der Dienstleistung (vgl. ebd.) sowie die verstärkte Nutzung des online Handels.

3.3.1. Nahversorgung

Das örtliche Lebensmittelgeschäft oder der Bäcker sind in vielen Gemeinden oftmals die einzige Möglichkeit, um sich mit verschiedenen Gütern zu versorgen und haben zudem eine große Bedeutung als Mittelpunkt für soziale Interaktionen (vgl. PRIEBS 2013: 208).

Die Versorgung mit Gütern des täglichen, periodischen Bedarfs sowie des längerfristigen, aperiodischen Bedarfs zählt zu den grundlegenden Daseinsgrundfunktionen. Für die Raumordnung ist es daher hinsichtlich der sozialen Marktwirtschaft ein wichtiger Aspekt, auch für immobile Bevölkerungsgruppen die flächendeckende Versorgung zu erhalten. Handelsbetriebe gestalten die Zentralität des Standortes, da sie je nach Standort und Attraktivität Kunden sowohl aus der Nähe als auch weiterer Entfernung anziehen können. (vgl. ebd.: 227)

Handelsunternehmen versuchen ihren Standort oft aus betriebswirtschaftlicher Sicht an Punkten auszurichten, die gut mit dem Pkw erreichbar sind – wie am Stadtrand oder auf der grünen Wiese außerhalb von Stadtzentren. Neben dem Standort spielt auch der wachsende Flächenanspruch des Einzelhandels, begründet durch ein immer breiter und tiefer werdendes Sortiment, einer großräumigeren Präsentation der Waren und einem großzügigen Angebot an Parkplätzen, für die Planung eine Rolle. Weiters wurden von den Projektentwicklern Fachmärkte und Discounter oftmals als Agglomeration geplant, mit dem Ziel Synergieeffekte zu erwirtschaften. Solche Entwicklungen sind in den Ortszentren nur schwer konfliktfrei zu ermöglichen, weshalb sie in einem Spannungsfeld mit den Vorstellungen der Raumordnung stehen. (vgl. PRIEBS 2013: 228f) Diese Entwicklung ist vor allem in Bezug auf die demographische Entwicklung kritisch, da die entstandenen Einkaufsmöglichkeiten am Ortsrand vor allem für Ältere sowie Personen ohne PKW schwerer zu erreichen und somit unattraktiv sind (vgl. AINZ et al: 86). Es gibt aber Entwicklungstendenzen, welche im Sinne der Raumordnung zu begrüßen sind, mit einer Rückkehr kleinerer Nahversorgungsgeschäfte (vgl. PRIEBS 2013: 229). Eine Trendwende wäre erstrebenswert, da sonst die Ortskerne von kleineren ländlichen Gemeinden langfristig nicht überleben können. (vgl. ebd.: 207f)

Um das Angebot von Waren des periodischen Bedarfs aufrechtzuerhalten, sind in kleineren ländlich geprägten Gemeinden oftmals große Anstrengungen und die Unterstützung der Gemeinden notwendig. Durch Gesetze allein, wie zum Beispiel die Beschränkung der Ansiedlung von Einkaufszentren am Stadtrand, kann diesem Trend nicht entgegengewirkt werden. Es braucht daher längerfristige Strategien für die Gemeinden, um die Stadt- und Ortskerne für die

KonsumentInnen attraktiver zu machen sowie die Grundversorgung zu sichern. Die Strategien sollen realisierbare Möglichkeiten zur Umsetzung bieten und bei den Maßnahmen sollen alle wichtigen AkteurInnen, Wirtschaft, Gemeinden sowie die Bevölkerung mit einbezogen werden. Das Land Niederösterreich gründete daher die Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadt- und Ortszentren (NAFES), welche die Gemeinden und Wirtschaft dabei unterstützt, die Stadt- und Ortskerne attraktiver zu gestalten und die Grundversorgung zu erhalten. (vgl. Wirtschaftskammer NÖ 2018: 1)

„Das Ziel der NAFES ist es, den Start von Maßnahmen zu erleichtern bzw. zu ermöglichen und ein eigenständiges Fortbestehen der Maßnahme zu erwirken.“ (Wirtschaftskammer NÖ 2018: 1) Dies geschieht durch das Anbieten von Beratungstätigkeiten sowie durch finanzielle Förderungen. Außerdem soll das Bewusstsein gegenüber der Wichtigkeit der Zusammenhänge von Handels- und Gemeindeentwicklung bzw. KonsumentInnenverhalten gestärkt werden. (vgl. ebd.)

Gefördert werden unter anderem Investitionen in die Infrastruktur, zB Radabstellplätze, Parkplätze, Wochenmärkte oder die Beispielbarkeit von Plätzen, die die innerörtlichen Handelsbetriebe für mobile KonsumentInnen ansprechender machen. Weiters werden kombinierte kommunale Maßnahmen gefördert. Dazu zählen Kooperationen der Gemeinde mit ImmobilieneigentümerInnen, um die Standortqualität von Orts- oder Stadteilen zu verbessern, wenn dem Handel dadurch eine bedeutende Rolle zukommt. Dazu gehören Leerflächenprojekte, die Gestaltung und Attraktivierung von Gebäudefassaden oder die barrierefreie Einrichtung von Geschäften. Überdies hinaus sind investive Maßnahmen der Gemeinden oder von zu 100% im Eigentum der Gemeinden stehende Gesellschaften unter bestimmten Bedingungen förderbar, die zur Sicherung der Versorgung mit Gütern des periodischen Bedarfs beitragen. Außerdem sind Marketingmaßnahmen förderbar, wie zB Marketing für das Einkaufen in der Stadt- bzw. im Ortskern, Aktionen, die die Kooperation der Betriebe verbessern oder die Professionalisierung von Werbegemeinschaften. (vgl. ebd.: 2)

3.3.2. Kinderbetreuung

2018 gab es in Österreich 9.342 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen. Davon waren 4.565 Kindergärten, 2.185 Kinderkrippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen, 1005 Horte sowie 1.587 altersgemischte Betreuungseinrichtungen (vgl. Abb. 6). In den letzten Jahren

haben vor allem die Krippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen zugenommen. Der Rückgang der Kindergarten- und Hort Standorte kann dadurch erklärt werden, dass immer mehr Einrichtungen als altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen geführt werden. Hier werden zusätzlich zu den Kindergartenkindern auch Kinder im Vorschulalter oder nachmittags auch Schüler betreut. (vgl. Statistik Austria 2019c: 11)

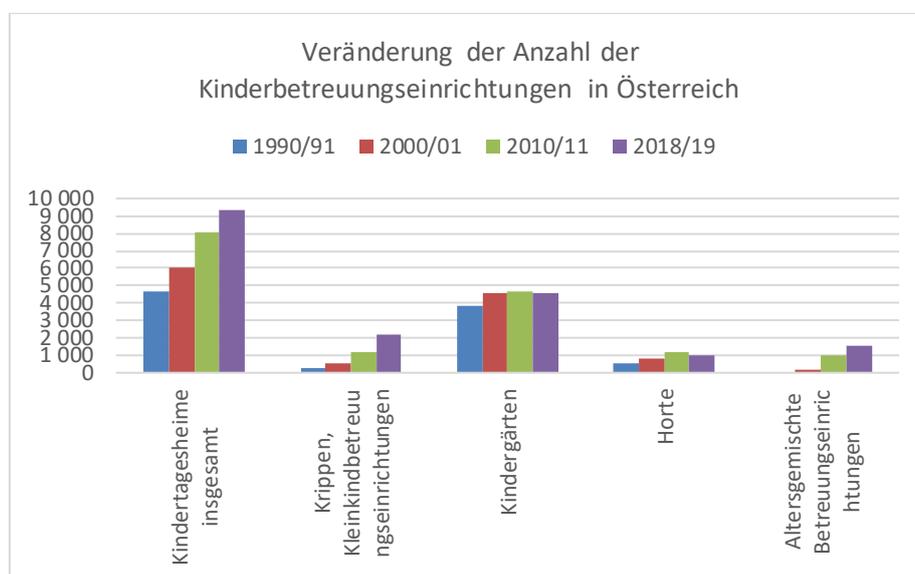


Abb. 6 Veränderung der Anzahl der Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Etwa drei Viertel (72,1 Prozent) der Kindergärten in Österreich wurden 2018 durch öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) erhalten, in Niederösterreich waren dies sogar 96,8 Prozent. Bei den Krippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen (55,7 Prozent) sowie altersgemischten Betreuungseinrichtungen (75,3 Prozent) war in Österreich 2018 allerdings die Mehrheit in privater Hand, in Niederösterreich fiel hier der Anteil mit 23,4 bzw. 56,9 Prozent geringer aus. Nur 11,3 Prozent aller Kinderbetreuungseinrichtungen insgesamt wurden in Niederösterreich privat finanziert, in Gesamtösterreich waren es zum Vergleich 44,4 Prozent. (vgl. Statistik Austria 2019c: 11)

Die Betreuungsquote der 3-5-Jährigen war in Niederösterreich 2018 verglichen mit den anderen Bundesländern gleichauf mit dem Burgenland mit 96,9 Prozent am höchsten. Die Quote ist, wie in Abbildung 7 erkennbar, seit 1995 stetig gestiegen und war in den letzten Jahren stagnierend. Auch die Betreuungsquote der 0 bis 2-Jährigen ist vor allem ab 2007 angestiegen. Die Quote lag 2018 in Österreich bei 26,5 und in Niederösterreich bei 24,6 Prozent. (vgl. Statistik Austria 2019c: 14f)

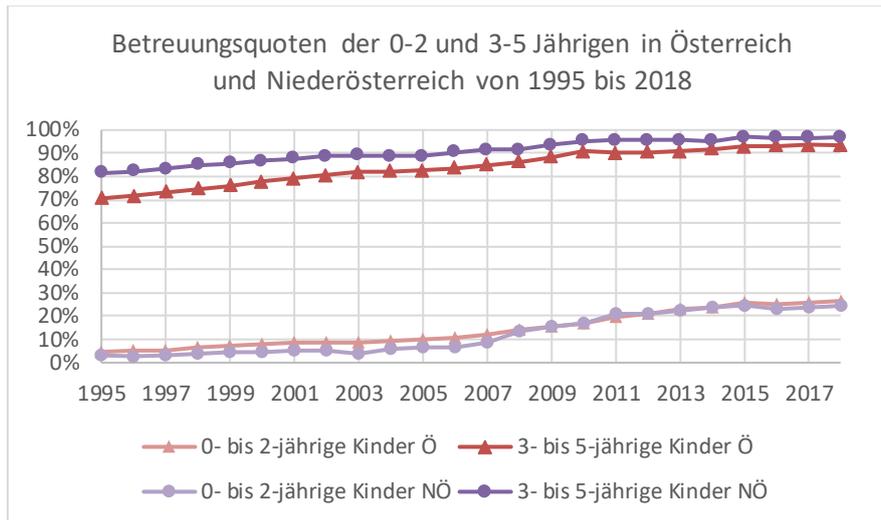


Abb. 7 *Betreuungsquoten der 0-2 und 3-5 Jährigen in Österreich und Niederösterreich von 1995 bis 2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung*

3.3.3. Betreuung für Alte

Bei den Betreuungs- und Pflegediensten wird gemäß § 3 des Pflegefondsgesetz unterschieden zwischen:

- Mobile Betreuungs- und Pflegedienste (Hauskrankenpflege, Heim- bzw. Haushaltshilfe, Hospiz- und Palliativbetreuung)
- Stationäre Betreuungs- und Pflegedienste (Pflegeheime, Pflegewohnhäuser, Seniorenheime)
- Teilstationäre Tagesbetreuung (Betreuung untertags für Personen die nicht in stationären Einrichtungen leben, Tagesstätten, Tageszentren, ...)
- Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen (befristete Wohnunterbringung bis zu drei Monate)
- Alternative Wohnformen (für Personen, die aus diversen Gründen nicht mehr allein wohnen wollen oder können, und keine ständige stationäre Betreuung oder Pflege brauchen)
- Case- und Caremanagement (Betreuungs- und Pflegeplanung, Organisation und Vermittlung von Diensten)

(vgl. Statistik Austria 2019b: 139)

Für die Organisation und Bereitstellung der Betreuungs- und Pflegedienste sind die Länder zuständig. Gemeinsam mit den Gemeinden werden diese Dienste vorrangig aus Mitteln der

Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung finanziert. Durch die föderale Ausgestaltung weisen die Dienstleistungssysteme der Länder teilweise große Differenzen auf, deshalb möchte der Bund durch die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Pflegefonds eine österreichweite Harmonisierung des Angebots erreichen. (vgl. Statistik Austria 2019b: 138)

In Österreich nahm die Zahl der Wohn- und Pflegeplätze zwischen 2012 und 2017 um 4.310 Plätze bzw. 5,5 Prozent zu. 2017 gab es insgesamt 82.063 Wohn- und Pflegeplätze. In Niederösterreich kamen im selben Zeitraum 899 Plätze dazu, das bedeutet in Relation einen nahezu doppelt so hohen Anstieg von 10,3 Prozent und eine Gesamtzahl von 9.608 Plätzen im Jahr 2017. (vgl. ebd.: 144)

2017 wurden in Österreich in Summe 149.442 ältere Menschen durch professionelle mobile Dienste (Hauskrankenpflege, Heimhilfe, ...) zu Hause unterstützt. Das sind um 2.405 Personen bzw. 1,6 Prozent mehr als 2016. Der Großteil, nämlich 59 Prozent, der Betreuungs- und Pflegeverhältnisse, die von den Ländern und Gemeinden durch die Sozialhilfe oder Mindestsicherung (mit-)finanziert wurden, fielen daher auf Dienste im *häuslichen* Bereich (siehe Abb. 8). (vgl. Statistik Austria 2019b: 145)

Die *außerhäusliche* Betreuung und Pflege betreffend, lebten 33 Prozent (82.485 Personen) in stationären Einrichtungen, wie Altenwohn- und Pflegeheime und ein Prozent in alternativen Wohnformen, wie beispielsweise betreubares oder betreutes Wohnen. Vier Prozent beanspruchten die Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen und für 7.928 zuhause wohnende Personen (3 Prozent) erbrachten teilstationäre Dienste untertags Betreuungs- und Verpflegungsleistungen in ihren Einrichtungen, wie Tageszentren oder Tagesstätten. (vgl. ebd.)

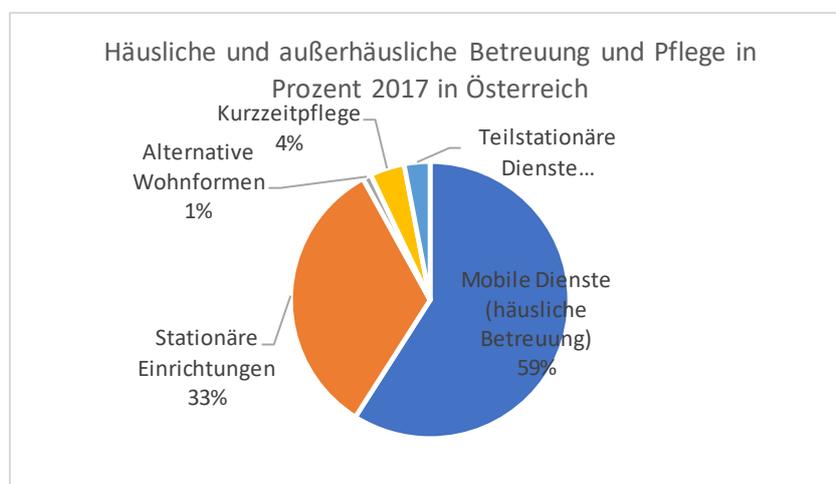


Abb. 8 Häusliche und außerhäusliche Betreuung und Pflege in Prozent 2017, Quelle: Statistik Austria 2019b: 144, eigene Darstellung)

Betreuungs- und Pflegeleistungen werden mehrheitlich von Frauen in Anspruch genommen. 2017 waren 65 Prozent derer, die mobile Dienste beanspruchten und 72 Prozent der stationär Betreuten weiblich. 75 Prozent der NutzerInnen von mobilen Diensten und 80 Prozent im stationären Bereich waren älter als 75 Jahre. (vgl. Statistik Austria 2019b: 147)

Ergänzend zu den statistischen Zahlen der Betreuungs- und Pflegedienste ist es noch wichtig zu erwähnen, dass über drei Viertel der betreuungs- und pflegebedürftigen Personen ihre Hilfe durch Angehörige – und hierbei vor allem von Frauen – erhalten. Daher sind die pflegenden Angehörigen ein unentbehrlicher Teil der praktischen Sozialpolitik und werden in Zukunft verstärkt Unterstützung benötigen. (vgl. BMASK 2015: 24)

3.3.4. Ärztliche Versorgung

Die Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung ist für die Daseinsvorsorge ein wichtiger Bestandteil. Denn regionale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung, welche auch eine systematische Auswirkung auf die Einwohner haben, haben Einfluss auf die regionalen Lebensverhältnisse, welche durch andere Bereiche nicht ausgeglichen werden können. Regionale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung sind nur insofern zu vertreten, wenn sie keine gesundheitlichen Ungleichheiten hervorrufen. Bestimmte Gesundheitsleistungen sollen nur insofern regional variieren können, wenn es sich um Leistungen handelt, die nicht dringend sind und im Bedarfsfall aus einer verzögerten Behandlung keinen Einfluss auf die Gesundheit der Bevölkerung hat. (vgl. RIED 2016: 12f)

Die Gestaltung des Gesundheitssystems in Österreich liegt aufgeteilt im Zuständigkeitsbereich von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung als selbstverwaltende Körperschaft. Der Bund ist zB für die Gesetzgebung, die Gesundheitsberufe oder für andere überregionale Angelegenheiten des Gesundheitssystems zuständig. Das Land hingegen ist beispielsweise für die Ausführungsgesetzgebung oder die Sicherstellung der Spitalsversorgung verantwortlich. Gemeinsam mit den Ländern sind die Gemeinden für die Gesundheitsverwaltung zuständig und die Sozialversicherung regelt gemeinsam mit der Ärztekammer die Versorgung mit niedergelassenen ÄrztInnen. Die Ärztekammer regelt gemeinsam mit Bund, Ländern und Gemeinden die Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. (vgl. BMASGK oJ)

3.3.5. Öffentlicher Verkehr

Mobilität ist wichtig, um am sozialen und öffentlichen Leben teilhaben zu können. Es geht zum einen um die Befriedigung der materiellen und sozialen Bedürfnisse, wie Nahversorgung, Bildung oder Erholung und zum anderen auch um die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes. Wichtige soziale Fragen sind daher die Kosten der Mobilität sowie der Zugang zum öffentlichen Verkehr für die Bevölkerung. (vgl. LEODOLTER 2013: Vorwort)

Die Bevölkerungsentwicklung einer Region steht statistisch in einer Wechselbeziehung mit der Erreichbarkeit. Durch die Erreichbarkeit eines überregionalen Zentrums wird die Attraktivität eines Wohnstandortes bedeutend beeinflusst, während eine ungünstige Erreichbarkeit, bspw. des Arbeitsplatzes einen Grund für Abwanderung in peripheren Gebieten bewirken kann. Die Erreichbarkeit beeinflusst weiters Unternehmensstandortentscheidungen. (vgl. ÖROK 2018: 24f)

Durchschnittlich 64 Prozent der österreichischen Bevölkerung erreichen ein überregionales Zentrum mit den öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 50 Minuten. Hier gibt es jedoch große regionale Differenzen. In der Erreichbarkeitsstudie der ÖROK von 2018 wurde „die Versorgungsqualität mit zentralen Einrichtungen über den Anteil der Bevölkerung, der regionale und überregionale Zentren in einem zumutbaren Zeitraum im Motorisierten Individualverkehr (MIV) und im Öffentlichen Verkehr (ÖV) erreichen kann“, ermittelt. Als zumutbarer Zeitraum werden für regionale Zentren 30 Minuten und für überregionale Zentren 50 Minuten definiert. Größere Städte erzielen mit dem ÖV eher Erreichungsgrade von 100 Prozent, aber auch Vorarlberg erreicht 93 Prozent, was auf die höhere Bevölkerungsdichte zurückzuführen ist. Längere Reisezeiten und die niedrigsten Erreichbarkeitsgrade gibt es in peripheren Regionen wie im Südburgenland, in Osttirol oder im Waldviertel. (vgl. ÖROK 2018: 25)

Verstreute Siedlungsstrukturen erschweren die qualitativ hochwertige Erschließung mit öffentlichem Verkehr, weshalb der ÖV einen niedrigeren Erreichbarkeitsgrad als im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr hat. Wichtig wäre daher, künftig kompakte Siedlungen und Ortsteile zu errichten, um ein attraktives ÖV-Angebot mit akzeptablen Kosten gewähren zu können. (vgl. ÖROK 2018: 27)

In Niederösterreich wurde 1996 das Schnellbussystem „Wieselbus“ eingeführt, welcher die Erreichbarkeit zwischen den Regionen und St. Pölten verbessert hat. Der Bus verbindet mit kurzer Reisezeit und weniger Halten die Zentren des Wald-, Wein- und Industrieviertels mit

der Landeshauptstadt. Weiters wird die neue Westbahnstrecke zwischen Wien und St. Pölten ab 2012 als Meilenstein gesehen, denn sowohl die Fahrzeiten für Kurz- als auch Fernstrecken wurden verkürzt. Um die ÖV Erreichbarkeit innerhalb der Regionen und die Verbindung zu den hochrangigen öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern wurden seit 2009 unter anderem im Waldviertel, in der Wachau und im Tullnerfeld Angebote im Zuge von regionalen Mobilitätskonzepten entwickelt und umgesetzt. Weiters sind in den letzten Jahren neben den Verkehrsachsen auch alternative Bedienungsformen im öffentlichen Verkehr ins Leben gerufen worden. Dazu zählen bspw. Anrufsammeltaxis oder Rufbusse oder auch kleinräumige Lösungen wie Gemeindebusse, welche das Land Niederösterreich über das Nahverkehrsfinanzierungsprogramm fördert. (vgl. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung 2015: 39ff)

3.4. Demographischer Wandel in der Raumordnung in Österreich

3.4.1. Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge im ÖREK

Im Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖREK) der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) von 2011 wird in der zweiten von vier Säulen auf die „Gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität“ eingegangen. Dabei bezieht sich die ÖROK auf die Ausgangssituation, dass Österreich wachsen, altern und ethisch heterogener werden wird sowie auf weitere Trends der gesellschaftlichen Entwicklung, wie beispielsweise die erhöhte räumliche und zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen oder die Heterogenisierung der Lebensformen und -stile, mit denen auch eine komplexere Organisation der Alltagsmobilität hereingehen. (vgl. ÖROK 2011: 45)

Ein Handlungsfeld dieser Säule ist die „Sicherung der lokalen und regionalen Daseinsvorsorge“. Hier wird behandelt, dass die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgrund der veränderten demographischen Rahmenbedingungen, der Privatisierung und Liberalisierung sowie hinsichtlich der Mittelknappheit von öffentlichen Haushalten vor großen Herausforderungen stehen. Oftmals ist die Sicherung der Erschließung und Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in manchen Regionen betriebswirtschaftlich nicht mehr kostendeckend. Wichtige Fragestellungen sind daher welche Einrichtungen künftig noch von öffentlicher Hand zu betreiben sind, an welchen Standorten der Betrieb sinnvoll ist und welche Mindeststandards in einem räumlichen Kontext einzuhalten sind. Das Handlungsfeld „beinhaltet die Suche nach Strategien und Instrumenten einer kostenbewussten und nutzerorientierten Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen und Mobilitätsmöglichkeiten“. (ÖROK 2011: 50f) Dabei wird auf folgende fünf Aufgabenbereiche eingegangen:

1. Raumsensible Bildungspolitik: Es wird auf die demographisch und finanziell bedingten Herausforderungen im Bildungsbereich eingegangen, wobei die SchülerInnenzahl in den Stadtregionen tendenziell zunehmen oder gleichbleiben wird und in ländlichen Regionen eher zurückgehen wird. Daher sollten Versorgungsstandards festgelegt werden, welche regional differenziert sind.
2. Mindeststandards der öffentlichen Verkehrserschließung definieren: Im Bereich des öffentlichen Verkehrs sollen Mindeststandards definiert werden, die die Frequenz für die Bedienung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln als auch Vorgaben zu Reisezeiten betreffen. In Gebieten ohne öffentliche Verkehrsanbindungen sollen für

nicht-motorisierte Haushalte alternative Maßnahmen überlegt werden – die jedoch nicht die Zersiedelung stützen.

3. Nutzung von zentralen Orten als Standorte der sozialen Infrastruktur: In den zentralen Orten sollen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Besonderen des Gesundheitswesens, der Altenpflege sowie der weiterführenden Bildung gebündelt werden. Das Konzept der zentralen Orte soll aber „vor dem Hintergrund einer differenzierten Betrachtung von zumutbaren Distanzen für einzelne Bevölkerungsgruppen behutsam weiterentwickelt werden“. Außerdem soll, um Kosten zu sparen und die Qualität des Angebots zu wahren, in polyzentrischen Siedlungssystemen das Potenzial der interkommunalen Zusammenarbeit genutzt werden.
4. Neu-Organisation der Daseinsvorsorge: Dabei sollen sich standortgebundene Versorgungsleistungen, welche zentralörtlich orientiert sind, sowie gekoppelte, multifunktionelle und mobile Angebotsformen ergänzen. Weiters soll der Auf- und Ausbau der flexiblen öffentlichen Verkehrsangebote geregelt werden. Dazu zählen Rufbusse, Anrufsammeltaxis sowie semiprofessionelle und ehrenamtliche Mobilitätsdienste. Dieser Aufgabenbereich richtet sich besonders an die SeniorInnenpolitik, da individuelle Pflege- und Betreuungsangebote es den älteren Personen ermöglicht, so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen zu können.
5. Verstärkung einer regional differenzierten und aktiven Arbeitsmarktpolitik: Da Arbeitsplätze und Beschäftigung die „materielle Existenz der Wohnbevölkerung“ sichern und der Abwanderung entgegenwirken ist „eine regional differenzierte, aktive Arbeitsmarktpolitik, eingebettet in regionalökonomische Strukturen, [...] wesentlich.“

(vgl. ÖROK 2011: 51ff)

3.4.2. Demographischer Wandel im Niederösterreichischen Landesentwicklungskonzept

Im Niederösterreichischen Landesentwicklungskonzept von 2004 wird auf die verschiedenen aktuellen Herausforderungen eingegangen, wie der wirtschaftlichen und wirtschaftsräumlichen Veränderung, raumstrukturelle Herausforderungen sowie jene des gesellschaftlichen Wandels. Bei den raumstrukturellen Herausforderungen werden unter anderem der zunehmende Flächenverbrauch und die Nutzungskonflikte um die Ressource Raum, die räumlichen Disparitäten

sowie die Entstehung von neuen Funktionsräumen genannt. Im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wandel werden vor allem die alternde Gesellschaft, der Bevölkerungsrückgang in peripheren Regionen, die räumliche und soziale „Entankerung“ sowie die gesellschaftliche Vielfalt als Herausforderung betrachtet. Bei der räumlichen und sozialen „Entankerung“ wird Bezug auf die Pluralisierung der Lebensstile, die wachsende Mobilität der Bevölkerung sowie die Ausdehnung der Interaktionsräume genommen. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2004: 16ff)

In Bezug auf die alternde Gesellschaft sind nach dem NÖ Landesentwicklungskonzept Anpassungsleistungen der Politik sowie der Bevölkerung erforderlich. Auch die Organisation der Betreuung und Pflege der alternden Gesellschaft ist eine bedeutende sozialpolitische und raumordnerische Angelegenheit. Auf immer mehr ältere Angehörige fallen immer weniger Kinder und Junge, um diese zu pflegen und zu betreuen. Weiters brauche es Anpassungen bei den Sicherungssystemen, „die auf einer generationenabhängigen Umverteilung von Geld oder Leistungen basieren“, wie beispielsweise beim Bildungssystem, der medizinischen Vorsorge und vor allem beim System der Pensions- und Krankenversicherung. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2004: 22)

Um dem Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken, erfordert es dem Landesentwicklungskonzept zufolge ebenfalls spezifischer Maßnahmen. Einerseits könnte dies durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gelingen, um die Regionen einfacher zu erreichen und statt Abwanderung eine Pendelwanderung zu erwirken. Oder es braucht andere Maßnahmen um „Mechanismen der Selbstverstärkung zu bremsen“, beispielsweise durch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie durch den Erhalt von öffentlicher Infrastruktur, auch wenn der kritische Punkt der Auslastung nicht mehr erreicht wird. (vgl. ebd.)

Bei der „Entankerung“ bzw. „Enträumlichung“ der Bevölkerung, sowohl von räumlicher als auch traditioneller sozialen Bindung, wird auf die Ausweitung der Interaktionsräume der berufstätigen als auch nicht berufstätigen Bevölkerung eingegangen. Dabei werden die sozialen Beziehungen sowie die aufgesuchten Orte vielfältiger, wodurch sich wiederum die durchschnittlichen Weglängen anheben, welche durch die Verkehrsmittelwahl beeinflusst werden – zum Vorteil des motorisierten Individualverkehrs. Im Konzept wird daher darauf eingegangen, dass es Aufgabe der Politik sei, der Bevölkerung wieder ein Gefühl der Heimat zu geben um die übergeordneten Ziele der Raumordnung zu erzielen - nämlich wettbewerbsfähige Regionen, gleichwertige Lebensbedingungen, die Abwanderung vermindern sowie eine „gesunde“ und

lebenswerte Umwelt, die zur Herausbildung einer spezifischen Identität beiträgt“ (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2004: 22f)

In Bezug zur Daseinsvorsorge wurde bereits in Kapitel 3.3 auf die Definition der Daseinsgrundfunktionen im Landesentwicklungskonzept eingegangen. Weiters wird im Konzept auf die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen in jeder Region Bezug genommen. „Es sollen dort insbesondere höherrangige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vorhanden sein, entsprechend der anzustrebenden Ausstattung der Zentralen Orte (gemäß Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm, LGBl. 8000/24).“ (Amt der NÖ Landesregierung 2004: 41) Außerdem wird darauf eingegangen, dass das Verkehrssystem auf die Daseinsfunktionen Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Erholung abgestimmt und diese Einrichtungen in einem zumutbaren Zeitaufwand erreichbar sein sollen. Für den „öffentlichen Personennahverkehrs sollen innerhalb funktionell eng verflochtener Regionen Verkehrsverbände eingerichtet werden“. (ebd.)

4. Analyse der LEADER Region Kamptal

Nach einem Überblick über den demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge in Österreich bzw. Niederösterreich, soll nun konkret auf die Situation in der für die Forschungsfrage relevanten LEADER Region Kamptal eingegangen werden. Neben Analysen der Bevölkerungsstruktur, des Ist-Bestands der Daseinsvorsorge, der Stärken und Schwächen der Region sowie der Lokalen Entwicklungsstrategie erfolgt in diesem Kapitel auch eine Einteilung in vier Raumtypen.

Exkurs LEADER

LEADER ist ein Akronym für „Liason entre Actions de Développement de l'Economie Rurale“, auf Deutsch die „Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“. Es ist eine Gemeinschaftsinitiative der EU, welche seit 1991 besteht und innovative Strategien von ausgesuchten ländlichen Regionen fördert. Ländliche Regionen sollen soweit unterstützt werden, dass eine eigenständige Entwicklung möglich ist. Gefördert werden dabei „Kooperationen und Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung des ländlichen Lebensraumes, der ländlichen Wirtschaft und der Lebensqualität“. (Land OÖ oJ a)

Es gibt sieben LEADER Grundsätze:

- *Der territoriale Ansatz* – Die gebietsbezogenen Entwicklungsstrategien sind für genau umrissene ländliche Gebiete definiert. Grundlage für eine langfristige Entwicklungsarbeit sind die regionalen Besonderheiten.
- *Der partnerschaftliche Ansatz* – Lokale Aktionsgruppen, welche lokale öffentlich-private Partnerschaften sind, handeln als Plattform und als Antrieb für die Entwicklung.
- *Der Bottom-up-Ansatz* – Strategien und Projekte werden von AkteurInnen der Region entwickelt. Ob ein von regionalen AkteurInnen oder einer regionalen Organisation vorgeschlagenes Projekt der Entwicklungsstrategie der Region entspricht und von LEADER umgesetzt werden soll, wird von der Lokalen Aktionsgruppe entschieden. Die Förderfähigkeit entscheidet dann die zuständige Förderstelle.
- *Der multisektorale Ansatz* – Die Strategie wird sektorenübergreifend konzipiert und umgesetzt, also beispielsweise aus unterschiedlichen Bereichen der lokalen Wirtschaft.
- *Der innovative Ansatz* – Es soll auf neue Ideen und Projekte Bezug genommen werden.

- *Kooperation* – Kooperationsprojekte auf nationaler und transnationaler Basis sollen entwickelt und umgesetzt werden.
- *Vernetzung* – Erfahrungsaustausch soll auf nationaler und europäischer Ebene stattfinden.

(vgl. Land OÖ oJ a)

In Österreich gibt es in der aktuellen Förderperiode 2014-2020 77 LEADER Regionen. Die inhaltlichen Schwerpunktthemen von LEADER sind:

- „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“
- „Verbesserung der Umwelt und Landschaft“ sowie
- „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ (Land OÖ oJ b)

In Niederösterreich gab es in der Förderperiode 2014-2020 18 LEADER Regionen. Die LEADER Region Kamptal hat in der folgenden Karte die Nummer 15. (Abb. 9)

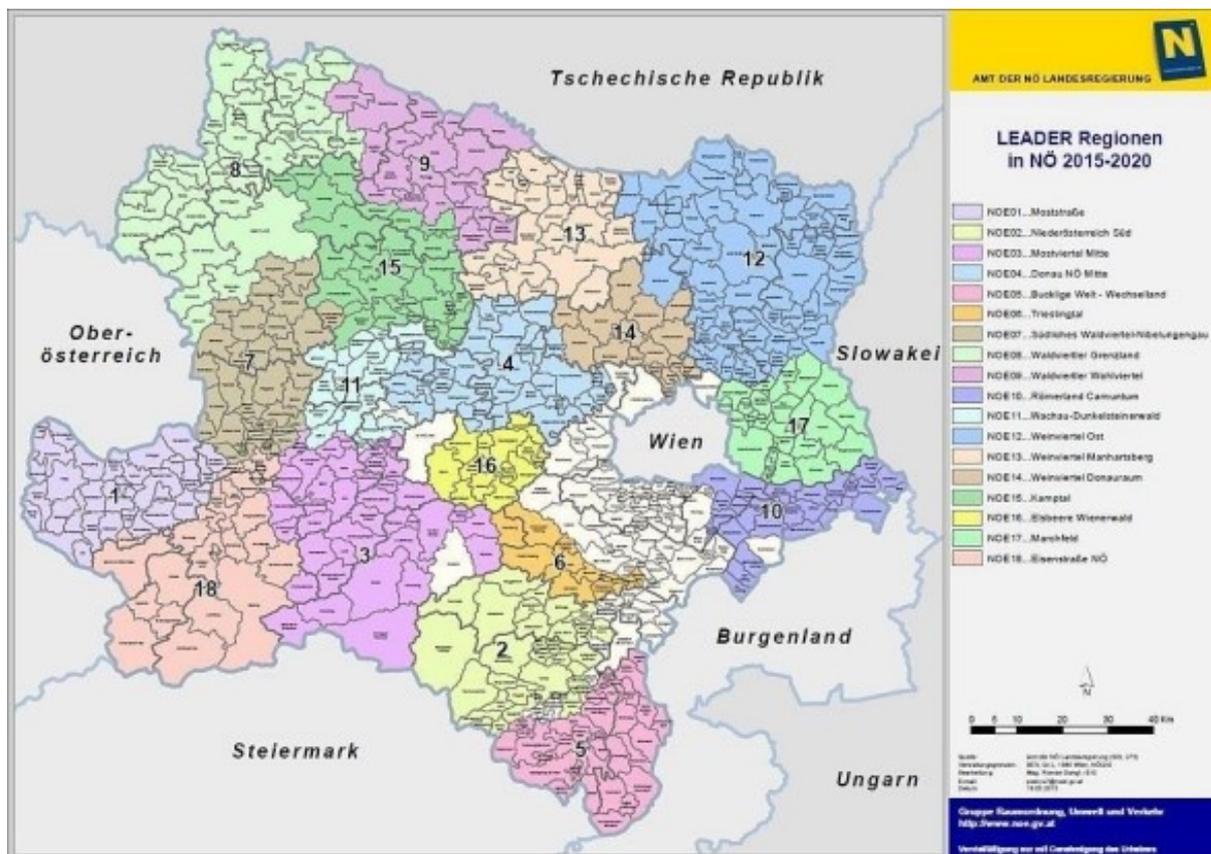


Abb. 9 LEADER Regionen in NÖ in der Förderperiode 2014-2020.

Quelle: http://www.noel.gv.at/noel/LaendlicheEntwicklung/Foerd_LEADER_in_der_Programmperiode_2014___2020.html

4.1. LEADER Region Kamptal

Die LEADER Region Kamptal befindet sich im südöstlichen Waldviertel und setzt sich aus 27 Gemeinden aus den Bezirken Krems, Zwettl und Horn zusammen. Die Mitgliedsgemeinden gehören zu sechs Klein- bzw. Teilregionen: Kamptal, Kampseen, Kremstal, Kamp-Taffatal, ASTEG und Waldviertel Kernland. Eine Auflistung der Gemeinden ist in der Tabelle 5 zu finden. Die LEADER Region Kamptal organisiert sich als gemeinnütziger Verein, welcher im November 2008 gegründet wurde und seinen Sitz in Langenlois hat. Zweck dieses nicht auf Gewinn orientierten Vereins ist „die Förderung einer nachhaltigen, umfassenden Regionalentwicklung“. (Verein Leader-Region Kamptal oJ)

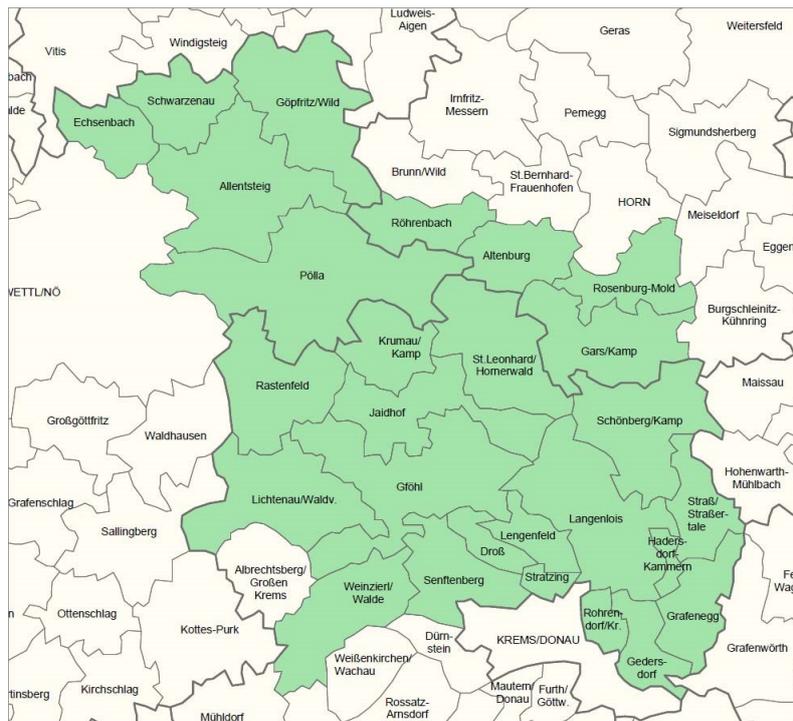


Abb. 10 Gemeinden der LEADER Region Kamptal, Quelle: Verein Leader Region Kamptal (oJ)

Die Gesamtfläche der LEADER Region beträgt 1.046,50 km², wovon 640,69 km² bzw. 61,22 Prozent Dauersiedlungsraum sind. Tatsächlich besiedelt sind hingegen nur 10,42 Prozent der Gesamtfläche der Region (109,09 km²). (vgl. Verein Leader-Region Kamptal 2014: 6) Die Bevölkerungsdichte in der Region betrug 2018 78 EinwohnerInnen pro km² im Dauersiedlungsraum. Die Kleinregion Kamptal ist mit fast 15 Prozent am dichtesten besiedelt, die Kleinregion ASTEG mit 7,5 Prozent hingegen am dünnsten (vgl. ebd.).

Die einwohnerreichsten Gemeinden der Region sind Langenlois mit 7.609, Gföhl mit 3.783 und Gars am Kamp mit 3.534 EinwohnerInnen im Jahr 2018. Die kleinsten Gemeinden sind

Röhrenbach mit 522 und Krumau am Kamp mit 759 EinwohnerInnen im selben Jahr. Insgesamt hatte die LEADER Region 2018 50.588 EinwohnerInnen (vgl. Tabelle 4).

Mitgliedsgemeinden der LEADER Region Kamptal in der Förderperiode 2014-2020					
Gemeinde	Bezirk	Kleinregion	Bev-zahl* 2018	Bev-zahl 2002	Veränderung 2002-2018
Altenburg	Horn	Kamp-Taffatal	828	817	11
Gars am Kamp	Horn	Kamp-Taffatal	3 534	3549	-15
Röhrenbach	Horn	Kamp-Taffatal	522	573	-51
Rosenburg-Mold	Horn	Kamp-Taffatal	856	983	-127
Droß	Krems Land	Kremstal	983	789	194
Gedersdorf	Krems Land	Kremstal	2 184	2075	109
Gföhl	Krems Land	Kampseen	3 783	3764	19
Grafenegg	Krems Land	Kamptal Süd	3 061	2849	212
Hadersdorf-Kammern	Krems Land	Kamptal Süd	2 009	1970	39
Jaidhof	Krems Land	Kampseen	1 225	1108	117
Krumau am Kamp	Krems Land	Kampseen	759	794	-35
Langenlois	Krems Land	Kamptal Süd	7 609	6868	741
Lengenfeld	Krems Land	Kamptal Süd	1 412	1365	47
Lichtenau im Waldviertel	Krems Land	Kampseen	2 049	2064	-15
Rastenfeld	Krems Land	Kampseen	1 551	1362	189
Rohrendorf bei Krems	Krems Land	Kremstal	2 091	1697	394
Sankt Leonhard am Hornerwald	Krems Land	Kampseen	1 119	1231	-112
Schönberg am Kamp	Krems Land	Kamptal Süd	1 903	1796	107
Senftenberg	Krems Land	Kremstal	1 977	1969	8
Straß im Straßertale	Krems Land	Kamptal Süd	1 678	1453	225
Stratzing	Krems Land	Kremstal	827	800	27
Weinzierl am Walde	Krems Land	Waldviertler Kernland	1 240	1337	-97
Allentsteig	Zwettl	ASTEG	1 835	2148	-313
Echsenbach	Zwettl	ASTEG	1 256	1247	9
Göpfritz an der Wild	Zwettl	ASTEG	1 826	1801	25
Pölla	Zwettl	Kampseen	939	1045	-106
Schwarzenau	Zwettl	ASTEG	1 532	1577	-45
LEADER Region Kamptal			50 588	49031	1557

*Bev-zahl = Bevölkerungszahl

Tabelle 4 Mitgliedsgemeinden der LEADER Region Kamptal in der Förderperiode 2014-2020 inklusive Bevölkerungszahlen 2018 und 2002 im Vergleich.,

Quellen: Statistik Austria, Amt der NÖ Landesregierung (oJc) eigene Darstellung und Berechnung

Die Region wird touristisch vor allem durch den Weinanbau und Weintourismus im Süden, die Naturlandschaft des Kamps und den Naturpark Kamptal im Osten, sowie durch die Kampseen im Norden geprägt. In Teilen der Gemeindegebiete von Allentsteig und Pölla befindet sich auf 15.700 ha (vgl. BMLVS oJ) außerdem ein Truppenübungsplatz des Bundesheeres.

Lokale Entwicklungsstrategie

Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses muss jede Lokale Aktionsgruppe der LEADER Regionen eine lokale Entwicklungsstrategie erarbeiten, welche die regionalen sozio-ökonomischen sowie ökologischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Der regionale Entwicklungsbedarf wird aufbauend auf eine SWOT Analyse dargestellt, woraus die Ziele und Strategien für die Region abgeleitet werden. In dem lokalen Strategiepapier sind auch die Auswahlkriterien für mögliche Förderprojekte sowie die Fördersätze angegeben. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung oJ a)

In der Lokalen Entwicklungsstrategie der LEADER Region Kamptal von 2013 wird die Heterogenität der Region betont. Bei den Handlungsgrundsätzen in Bezug auf die regionale Ausgewogenheit und solidarischen Entwicklung der Region wird daher darauf hingewiesen, dass „[j]ede Teilregion [...] ihre spezifischen Strukturmerkmale, ihre Stärken und Schwächen, ihre eigenen Entwicklungsbedarfe und Potenziale [hat]. In unserer Strategie respektieren wir diese Unterschiede, die auch unterschiedliche Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten bedingen“ (Verein Leader-Region Kamptal 2014: 20)

4.2. Bevölkerungsanalyse der Region

4.2.1. Bevölkerungsbewegung

In Abb. 11 kann man erkennen, dass der Bezirk Zwettl seit 2002 kontinuierlich an Bevölkerung verloren hat. Auch der Bezirk Horn hatte bis 2015 einen Bevölkerungsverlust, stieg in den Jahren danach allerdings wieder etwas an. Die Bevölkerungszahl der Gemeinden des Bezirkes Krems Land hingegen nahm seit 2002 stetig zu und stieg um 5 Prozentpunkte. So ergibt sich für die Gesamtbevölkerung der LEADER Region seit 2002 insgesamt ein durchgehender Bevölkerungszuwachs. Der Anstieg fällt aber im Vergleich zu gesamt Niederösterreich geringer aus.

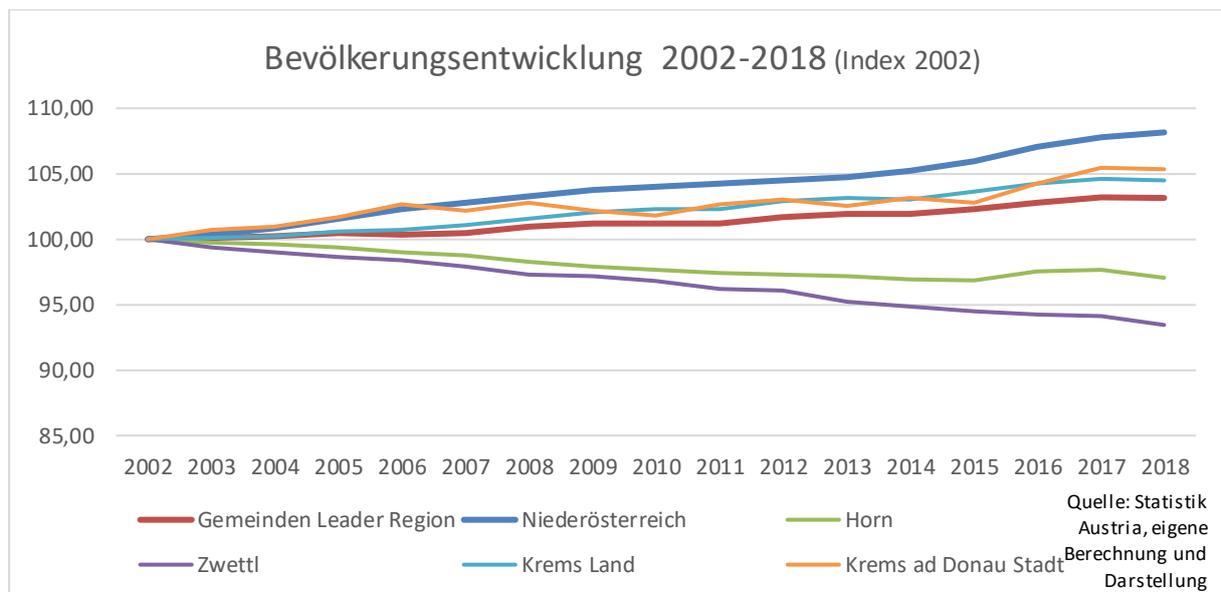


Abb. 11 Bevölkerungsentwicklung 2002-2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

In der LEADER Region gab es, wie auch in Tabelle 5 erkenntlich, absolut gesehen die größten Bevölkerungszuwächse in Langenlois, mit einem Plus von 741 Personen von 2002 bis 2018, in Rohrendorf bei Krems mit einem Zuwachs von 394 Personen sowie Straß im Straßertale (plus 225 Personen). Die größten Bevölkerungsverluste machten im selben Zeitraum Allentsteig (minus 313 Personen), Rosenberg-Mold mit einem Verlust von 127 Personen, Sankt Leonhard am Hornerwald (minus 112) sowie Pölla mit minus 106 Personen.

In der Karte (Abb. 12) ist die relative Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden in den Jahren 2002 bis 2018 sowie der Anteil der Personen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung 2018 zu entnehmen. Für die Karte wurde der Index mit dem Jahr 2002 als Basis berechnet.

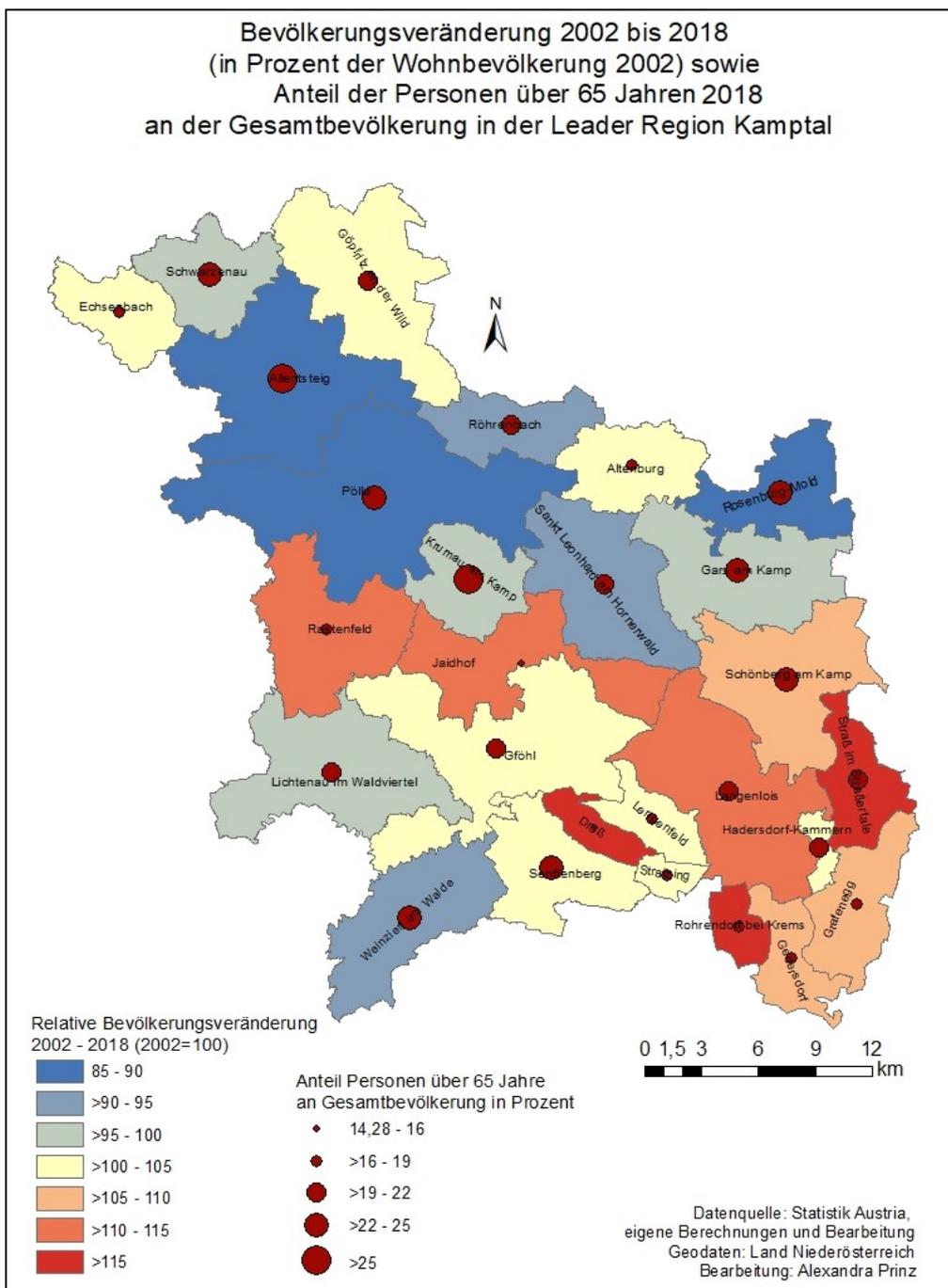


Abb. 12 Bevölkerungsveränderung 2002 bis 2018 (in Prozent der Wohnbevölkerung 2002) sowie Anteil der Personen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung in der LEADER Region Kamptal

Die Gemeinden Rosenberg-Mold, Allentsteig und Pölla hatten im Zeitraum 2002 bis 2018 gemessen am relativen Anteil die größten Bevölkerungsverluste in Bereichen zwischen 15 und 10 Prozentpunkten. Röhrenbach, Sankt Leonhard am Hornerwald und Weinzierl am Walde verzeichneten im selben Zeitraum einen Bevölkerungsverlust zwischen 10 und 5

Prozenpunkten. Gars am Kamp, Krumau am Kamp, Schwarzenau, Lichtenau im Waldviertel hatten einen leichten Bevölkerungsrückgang mit bis zu 5 Prozentpunkten.

Altenburg, Echtsenbach, Göpfritz an der Wild, Gedersdorf, Gföhl, Hadersdorf-Kammern, Lengsfeld, Senftenberg und Stratzing hatten in dem Zeitraum 2002 bis 2018 einen leichten Bevölkerungszuwachs von bis zu 5 Prozenpunkten. Sie liegen im selben Bereich wie der Durchschnittswert der LEADER Region mit einem Zuwachs von 3 Prozentpunkten.

Schönberg am Kamp verzeichnete einen Zuwachs von etwas mehr als 5 Prozent. Grafenegg hatte einen Bevölkerungszuwachs von 7,4 Prozentpunkten und liegt mit diesem Wert am nächsten zum Gesamtwert von Niederösterreich mit 8,15 Prozentpunkten. Rastensfeld, Jaidhof, Langenlois und Straß im Straßertale wiesen Zuwächse zwischen 10 und 15 Prozenpunkten auf. Die größten Bevölkerungszuwächse hatten Rohrendorf bei Krems mit 23 Prozent sowie Droß mit 24 Prozentpunkten.

Anhand der Karte lassen sich auch die Anteile der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Gemeinden ablesen. Den größten Anteil an alten Personen an der Gesamtbevölkerung hatten 2018 Krumau am Kamp mit 28,46 sowie Allentsteig mit 28,34 Prozent. Gars am Kamp, Rosenberg-Mold, Senftenberg, Weinzierl am Walde und Pölla verzeichneten jeweils einen Anteil alter Personen zwischen 22 und 25 Prozent. Droß und Jaidhof hatten mit Werten unter 16 Prozent die geringsten Anteile an über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

Bewegungstypendiagramm

Im Bewegungstypendiagramm nach Weber werden die natürliche Bevölkerungsentwicklung und die Wanderungen gegenüber gestellt. Die Geburten- bzw Sterbeüberschüsse werden in der Y-Achse, die Wanderungsbilanz in der X-Achse dargestellt. Die zwei Diagonalen teilen das Diagramm in acht Sektoren, durch die die Entwicklungskomponenten definiert werden können (siehe Abb. 13 und 14). (vgl. HUSA et al 2012: 89)

Bewegungstypen:

- Typ A: Geburtenüberschuss ist größer als der Wanderungsverlust
- Typ B: Geburtenüberschuss ist größer als der Wanderungsgewinn
- Typ C: Wanderungsgewinn ist größer als der Geburtenüberschuss
- Typ D: Wanderungsgewinn ist größer als der Sterbeüberschuss
- Typ E: Sterbeüberschuss ist größer als der Wanderungsgewinn
- Typ F: Sterbeüberschuss ist größer als der Wanderungsverlust
- Typ G: Wanderungsverlust ist größer als der Sterbeüberschuss
- Typ H: Wanderungsverlust ist größer als der Geburtenüberschuss

(vgl. KULS et al 2000: 259)

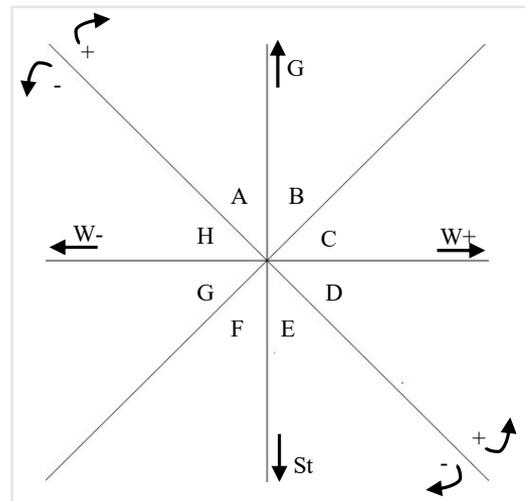
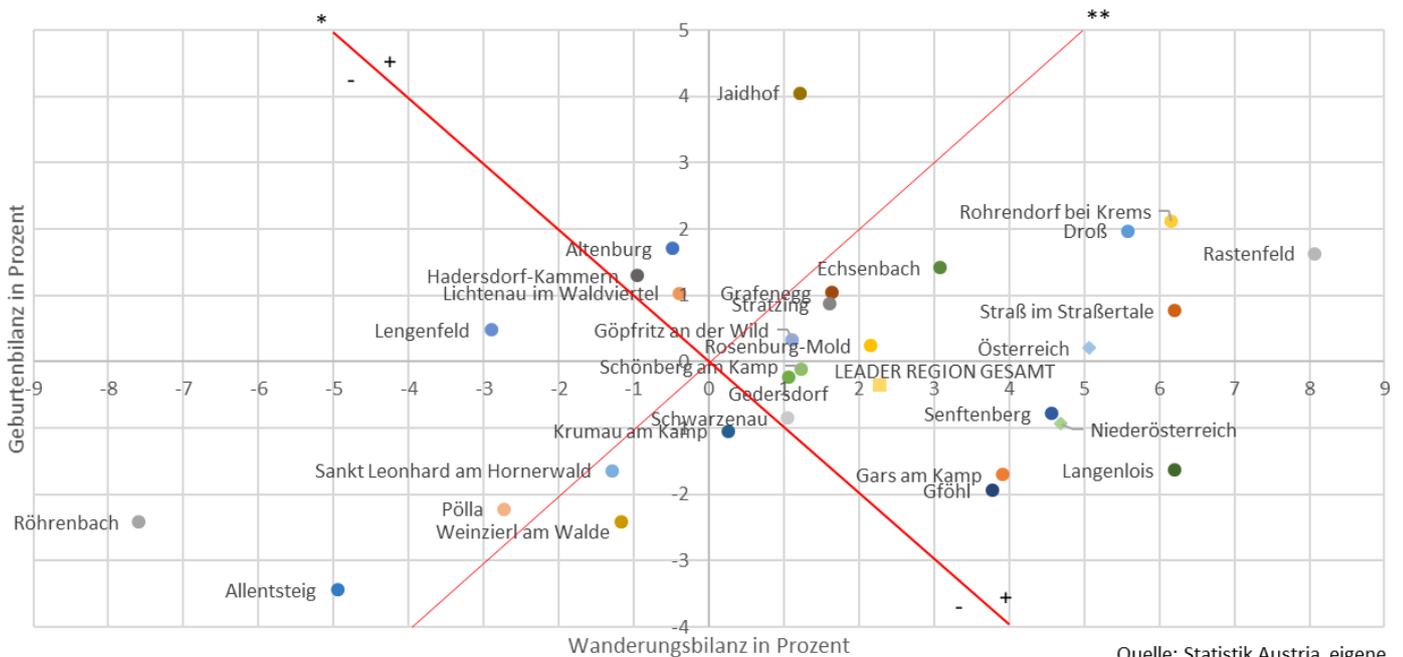


Abb. 13 Darstellung Weber Diagramm,
Quelle: Husa et al 2012: 89, eigene Darstellung

Bewegungstypendiagramm nach WEBER für die Gemeinden der Leader Region Kamptal, Niederösterreich und Österreich 2011 bis 2017



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

* Null Linie der Bevölkerungsveränderung

** Linie der Gleichen Werte von Geburten und Wanderungsbilanzrate

Abb. 14 Bewegungstypendiagramm nach Weber für die Gemeinden der LEADER Region Kamptal,
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

Gemeinden mit Bevölkerungszunahme:

Altenburg, Hadersdorf-Kammern und Lichtenau im Waldviertel sind die Gemeinden dem Typ A zugeteilt, wonach sie aufgrund des Geburtenüberschusses, welcher im Zeitraum von 2011 bis 2017 größer als der Wanderungsverlust war, ein Bevölkerungszuwachs hatten.

Jaidhof gehört als einzige Gemeinde dem Typ B an und hatte aufgrund des hohen Geburtenüberschusses, der höher als der Wanderungsgewinn war, ein Bevölkerungsplus.

Die Gemeinden, bei denen zwischen 2011 und 2017 der Wanderungsgewinn größer als der Geburtenüberschuss war, machen den Großteil der LEADER Region aus. Dazu zählen: Rastendorf, Rohrendorf bei Krems, Droß, Straß im Straßertale, Echtsenbach, Grafenegg, Stratzing, Rosenburg-Mold sowie Göpfritz an der Wild. Auch die Gesamtwerte des Landes Österreich ergeben diesen Typ C.

Bevölkerungszuwachs aufgrund des Wanderungsgewinnes, welcher größer als der Sterbeüberschuss war, hatten Langenlois, Gars am Kamp, Gföhl, Senftenberg, Schönberg am Kamp, Gedersdorf und Schwarzenau. Auch Niederösterreich und die Gemeinden der LEADER Region insgesamt fallen unter den Typ D.

Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang:

Krumau am Kamp hatte einen Sterbeüberschuss, weshalb es trotz positiver Wanderungsbilanz zu einem Bevölkerungsminus kam.

Sankt Leonhard am Hornerwald und Weinzierl am Walde gehören dem Typ F an, bei dem der Sterbeüberschuss größer als der Wanderungsverlust waren. In Pölla, Allentsteig und Röhrenbach hingegen ist der Wanderungsverlust größer als der Sterbeüberschuss. Diese Gemeinden hatten daher einen Bevölkerungsrückgang und sind am ehesten von Schrumpfung betroffen.

Lengenfeld hatte trotz Geburtenüberschuss einen größeren Wanderungsverlust weshalb es insgesamt in den Jahren 2011 bis 2018 zu einem Rückgang der Bevölkerungszahlen kam.

4.2.2. Altersverteilung

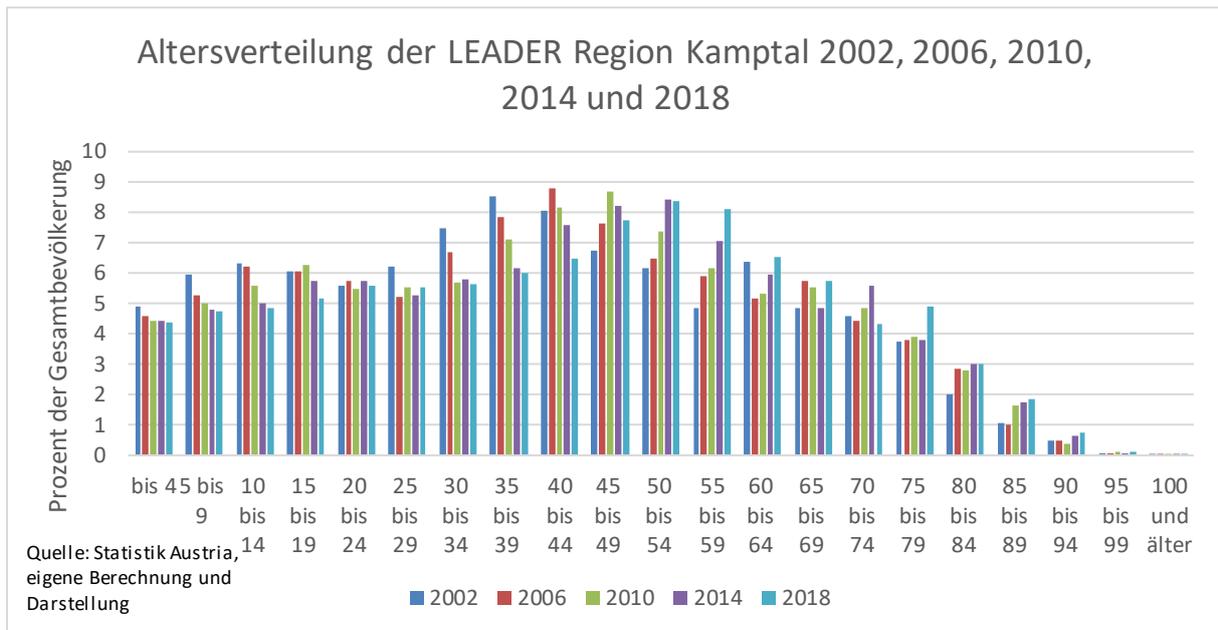


Abb. 15 Altersverteilung in der Leader Region Kamptal, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

In der Abbildung 15 ist die Verschiebung der Altersverteilung aller Gemeinden der LEADER Region über die Jahre sehr gut erkennbar. Während der Anteil der Jungen an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich abgenommen hat, hat der Anteil der älteren Personen in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Während 2002 die Altersgruppe der 20 bis unter 45-Jährigen am größten war, war 2018 die Altersgruppe der 45 bis 65-jährigen in den meisten Gemeinden am ausgeprägtesten (siehe Abb. 16). Nur in Rosenberg-Mold, Jaidhof, Langenlois, Rastendorf, Rohrendorf bei Krems, Weinzierl am Walde, Echtsenbach und in Schwarzenau war 2018 die Gruppe der 20 bis 45-jährigen größer als die der 45 bis 65-jährigen. Weiters ist in den beiden Grafiken auch sehr gut die Vergrößerung des Anteils der über 65-Jährigen sowie die Verringerung der unter 20-jährigen an der Gesamtbevölkerung sehr gut erkennbar.

2018 hatten Altenburg, Droß, Jaidhof, Rastendorf, Rohrendorf bei Krems und Echtsenbach im Vergleich zu den restlichen Gemeinden einen eher höheren Anteil der unter 20-Jährigen. Gars am Kamp, Krumau am Kamp, Senftenberg, Weinzierl am Walde oder Allentsteig hatten 2018 vergleichsweise hingegen einen eher höheren Anteil an über 65-Jährigen.

Insgesamt betrachtet lebten 2018 in der LEADER Regionen ein niedrigerer Anteil an unter 45-Jährigen und ein höherer Anteil an über 45-Jährigen, verglichen mit den Werten

Gesamtösterreichs. In Relation zur Hauptregion Waldviertel ist die Bevölkerung allerdings etwas jünger, mit einem höheren Anteil an unter 20-Jährigen und einem niedrigeren Anteil an über 65-Jährigen. Die Werte der 20 bis unter 65-Jährigen sind hingegen ähnlich.

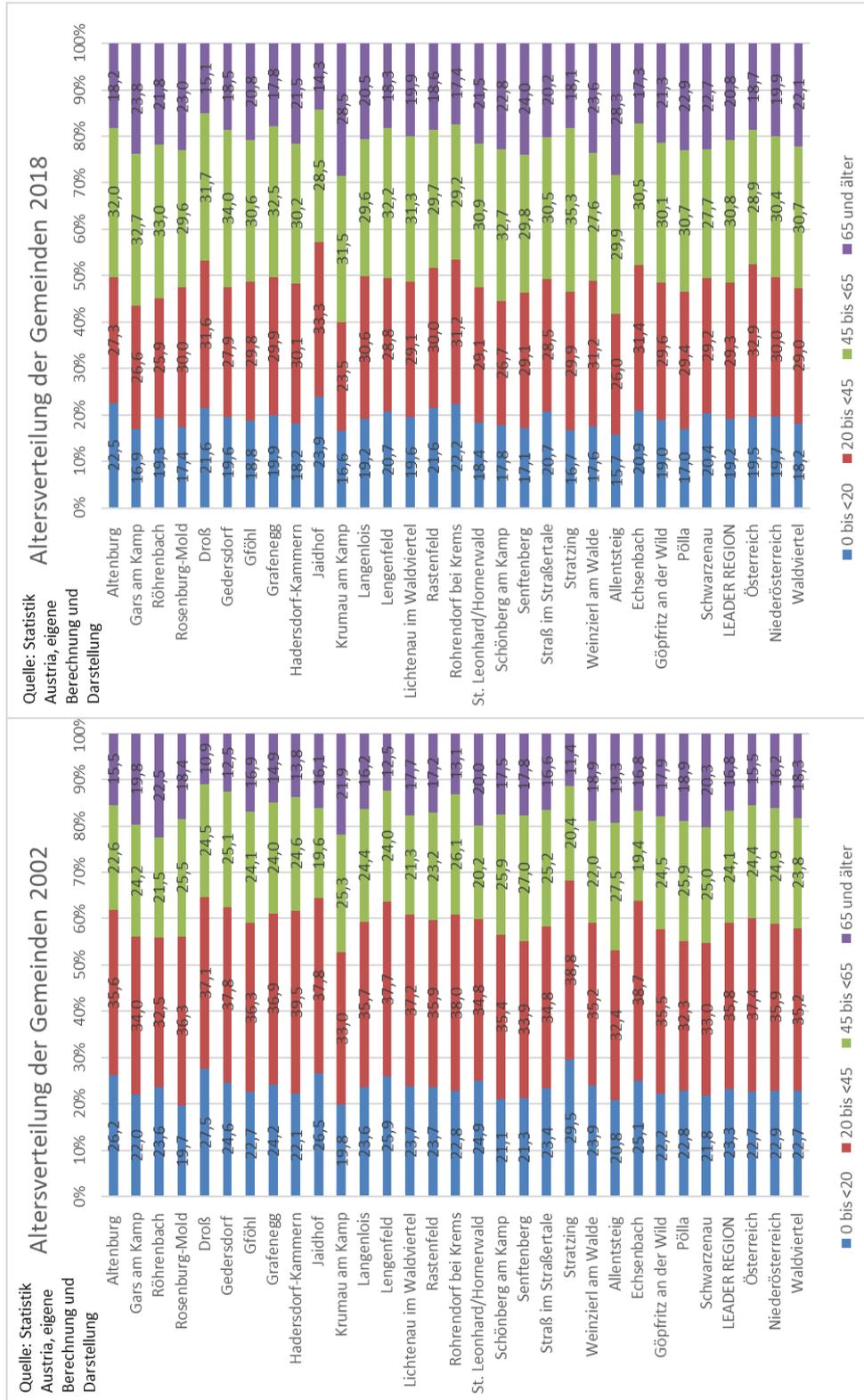


Abb. 16 Altersverteilung der Gemeinden 2002 und 2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung

4.2.3. Haushalte

Gemeinde	Privathaushalte insgesamt		Personen im Haushalt 2001				Personen im Haushalt 2011				Differenz 2001-2011				
	2001	2011	1	2	3	mehr als 3	1	2	3	mehr als 3	Insgesamt	1	2	3	mehr als 3
Altenburg	279	298	57	76	53	93	80	79	49	90	19	23	3	-4	-3
Gars am Kamp	1476	1570	478	440	217	341	591	463	232	284	94	113	23	15	-57
Röhrenbach	199	216	36	60	32	71	57	62	36	61	17	21	2	4	-10
Rosenburg-Mold	368	347	97	94	74	103	104	104	57	82	-21	7	10	-17	-21
Droß	265	333	41	66	62	96	57	88	84	104	68	16	22	22	8
Gedersdorf	719	818	122	195	163	239	183	256	157	222	99	61	61	-6	-17
Gföhl	1405	1466	383	343	267	412	449	389	260	368	61	66	46	-7	-44
Grafenegg	1054	1215	245	289	208	312	302	403	248	262	161	57	114	40	-50
Hadersdorf-Kammern	820	884	253	250	142	175	321	268	150	145	64	68	18	8	-30
Jaidhof	368	433	75	88	67	138	114	103	86	130	65	39	15	19	-8
Krumau am Kamp	329	342	96	99	59	75	117	104	62	59	13	21	5	3	-16
Langenlois	2804	3154	891	766	467	680	1058	958	526	612	350	167	192	59	-68
Lengenfeld	490	530	102	132	97	159	114	151	115	150	40	12	19	18	-9
Lichtenau im Waldviertel	749	743	191	188	128	242	200	185	114	244	-6	9	-3	-14	2
Rastendorf	531	592	154	144	80	153	182	192	86	132	61	28	48	6	-21
Rohrendorf bei Krens	633	778	148	172	136	177	185	228	162	203	145	37	56	26	26
Sankt Leonhard am Hornerwald	445	404	99	140	59	147	98	112	65	129	-41	-1	-28	6	-18
Schönberg am Kamp	718	793	227	199	107	185	250	257	113	173	75	23	58	6	-12
Senftenberg	830	874	259	243	145	183	314	289	129	142	44	55	46	-16	-41
Straß im Sträßertale	578	622	162	169	90	157	188	171	99	164	44	26	2	9	7
Stratzing	272	295	45	70	58	99	69	80	54	92	23	24	10	-4	-7
Weinzierl am Walde	425	434	68	101	82	174	95	107	75	157	9	27	6	-7	-17
Allentsteig	914	909	290	277	153	194	326	307	128	148	-5	36	30	-25	-46
Echsenbach	439	476	100	111	68	160	134	135	83	124	37	34	24	15	-36
Göpfritz an der Wild	710	737	190	216	108	196	221	210	122	184	27	31	-6	14	-12
Pölla	408	414	130	97	58	123	141	123	56	94	6	11	26	-2	-29
Schwarzenau	618	655	181	181	84	172	224	192	97	142	37	43	11	13	-30

Tabelle 5 Privathaushalte in der LEADER Region Kamptal,
Quelle: Amt der NÖ Landesregierung (oJc), eigene Darstellung und Berechnung

Die Zahl der Privathaushalte ist in fast allen Gemeinden gestiegen (siehe Tabelle 5). Ausnahmen sind hier Sankt Leonhard am Hornerwald, Rosenburg-Mold, Lichtenau im Waldviertel sowie Allentsteig, allesamt Gemeinden mit einem Bevölkerungsverlust. In der Tabelle ist auch

die Zunahme der kleinen Haushaltsformen zu erkennen. Bis auf Sankt Leonhard im Hornerwald gab es bei den ein- und zwei-Personen Haushalten sowie in Lichtenau im Waldviertel und Göpfritz an der Wild bei den zwei-Personen Haushalten überall ein Plus. In der Region ist also ebenfalls ein überproportionaler Anstieg der kleineren Haushalte zu beobachten. Außer in Droß, Rohrendorf bei Krems, Lichtenau im Waldviertel und in Straß im Straßertale nahm die Anzahl der Haushalte mit mehr als drei Personen in allen Gemeinden der Region ab.

4.2.4. Personen ausländischer Herkunft

Der Anteil der Personen ausländischer Herkunft hat zwischen 2002 und 2018 in fast allen Gemeinden zugenommen (siehe Karte Abb. 17). Den höchsten Anteil verzeichnete 2018 Rosenberg-Mold mit 11,80 Prozent, wobei der Anstieg seit 2002 nicht linear verlief und mitunter auch auf 6 Prozent fiel. Die Zunahme war in Stratzing am größten, von 0,58 Prozent in 2002 auf einen Anteil von 5,82 Prozent 2018. Rohrendorf bei Krems, Senftenberg und Straß im Straßertale zeigten jeweils eine Zunahme von über 3 Prozent und hatten 2018 einen Anteil von 7,51, 7,28 bzw. 7,57 Prozent. Den geringsten Anteil verzeichneten Weinzierl am Walde mit 0,54 Prozent sowie Göpfritz an der Wild mit 1,86 Prozent.

Die größten Anteile der Personen mit ausländischer Herkunft lassen sich vor allem im Süden und Osten der LEADER Region und somit in der Nähe von Krems und Horn sowie entlang der Kamptalbahn lokalisieren.

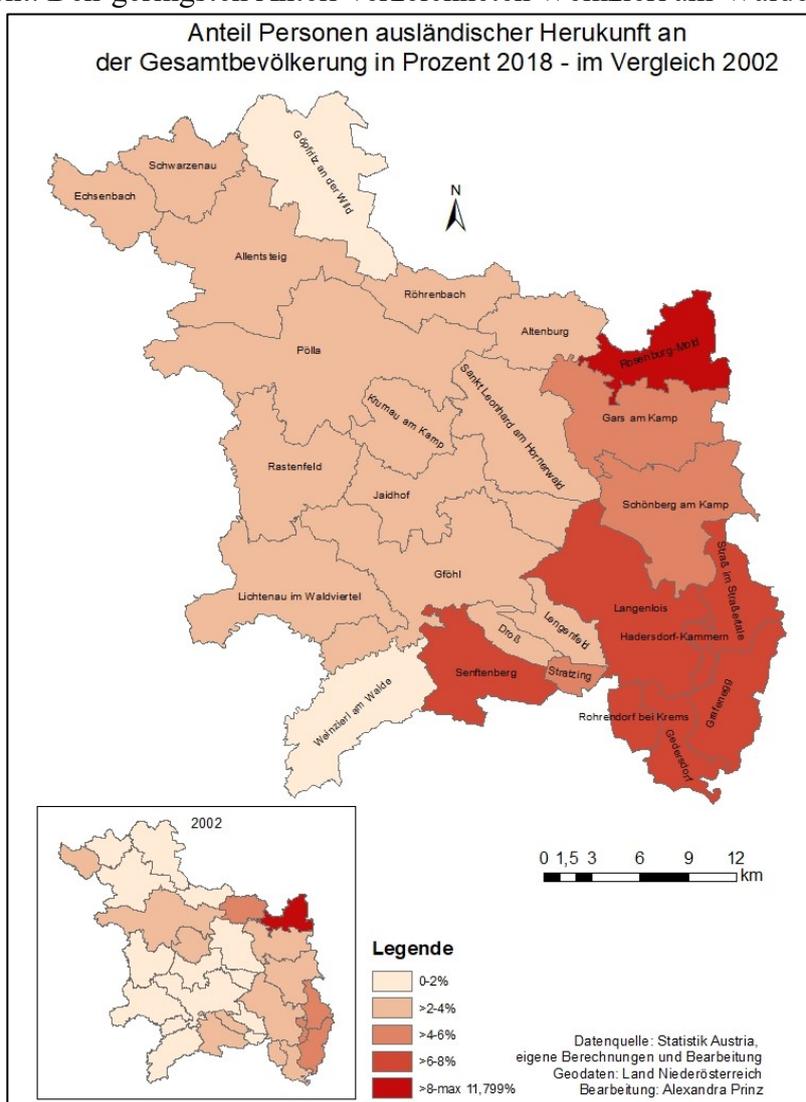


Abb. 17 Anteil der Personen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung in Prozent 2018 - im Vergleich 2002, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Bearbeitung

4.2.5. Erwerbstätige und Arbeitsplätze in der LEADER Region Kamptal

Die in der Statistik ausgewiesene Zahl der „Erwerbstätigen am Arbeitsort“ kann mit der Zahl der Arbeitsplätze in einer Gemeinde verglichen werden. Die „Erwerbstätigen am Arbeitsort“ sind Erwerbstätige, die in der bestimmten Gemeinde arbeiten, unabhängig davon, wo sie wohnen. Beispielsweise ist eine Person, die in der Region X wohnt, aber in der Region Y arbeitet, eine Erwerbstätige am Arbeitsort der Gemeinde Y sowie eine Erwerbstätige am Wohnort X. Durch diesen Indikator sind die Wettbewerbsfähigkeit, deren Veränderung sowie die Standortqualität einer Gemeinde erkennbar. (vgl. ÖROK oJ c: Einleitung)

Die meisten Erwerbstätigen am Arbeitsort und somit Arbeitsplätze gab es 2011 in Langenlois – nämlich 2895. Hier gab es von 2001 auf 2011 einen Anstieg um 750 Erwerbstätige. Gars am Kamp und Allentsteig verzeichneten mit 1383 bzw. 1301 die zweit und drittmeisten Arbeitsplätze, wobei diese im Vergleich zu 2001 weniger wurden. Die Zahl der Arbeitsplätze in Gföhl stieg hingegen im selben Zeitraum von 1027 auf 1954 an. Die wenigsten Arbeitsplätze gab es 2011 in Röhrenbach und Droß mit jeweils 105 sowie in Stratzing und in Krumau am Kamp mit jeweils 108 Erwerbstätigen am Arbeitsort. (siehe Abb. 18 und 19)

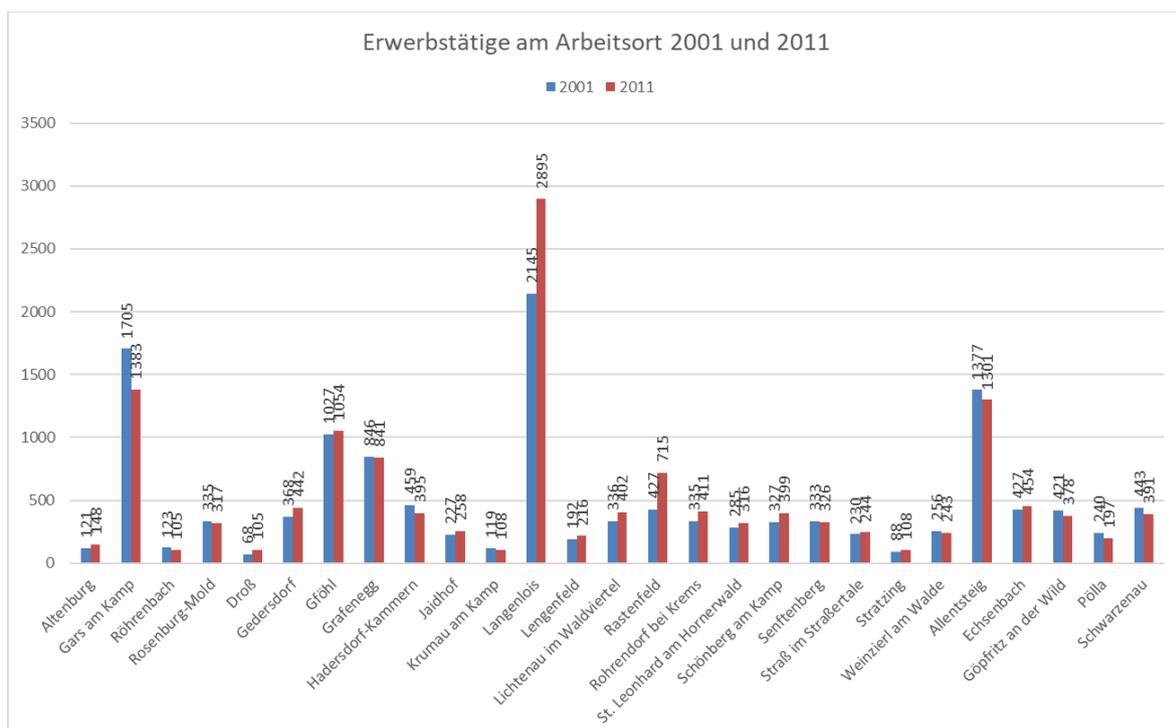


Abb. 18 Erwerbstätige am Arbeitsort 2001 und 2011,
Quelle: Amt der NÖ Landesregierung (oJ c), eigene Darstellung

Die AuspendlerInnenquote, also der Anteil der AuspendlerInnen an den Erwerbstätigen am Wohnort, war 2011 in Droß mit 84,1 Prozent am größten, gefolgt von Rohrendorf bei Krems mit 81,4 Prozent und Stratzing mit 81 Prozent – jeweils Gemeinden unweit von Krems (siehe Abb. 21). Am geringsten war der Anteil in Gars am Kamp mit 60 Prozent, gefolgt von Langenlois mit 60,9 Prozent und St. Leonhard am Hornerwald 61,7 Prozent. Auffällig ist der Anstieg des AuspendlerInnenanteils zwischen 2001 und 2011 um 22 Prozent in Allentsteig, in Röhrenbach (12 Prozent), Gars am Kamp (10 Prozent) sowie Göpfritz an der Wild um 8 Prozent. Rückgänge um etwa ein Prozent hingegen gab es nur in Lichtenau im Waldviertel, Gedersdorf, Hadersdorf Kammern sowie Schönberg am Kamp.

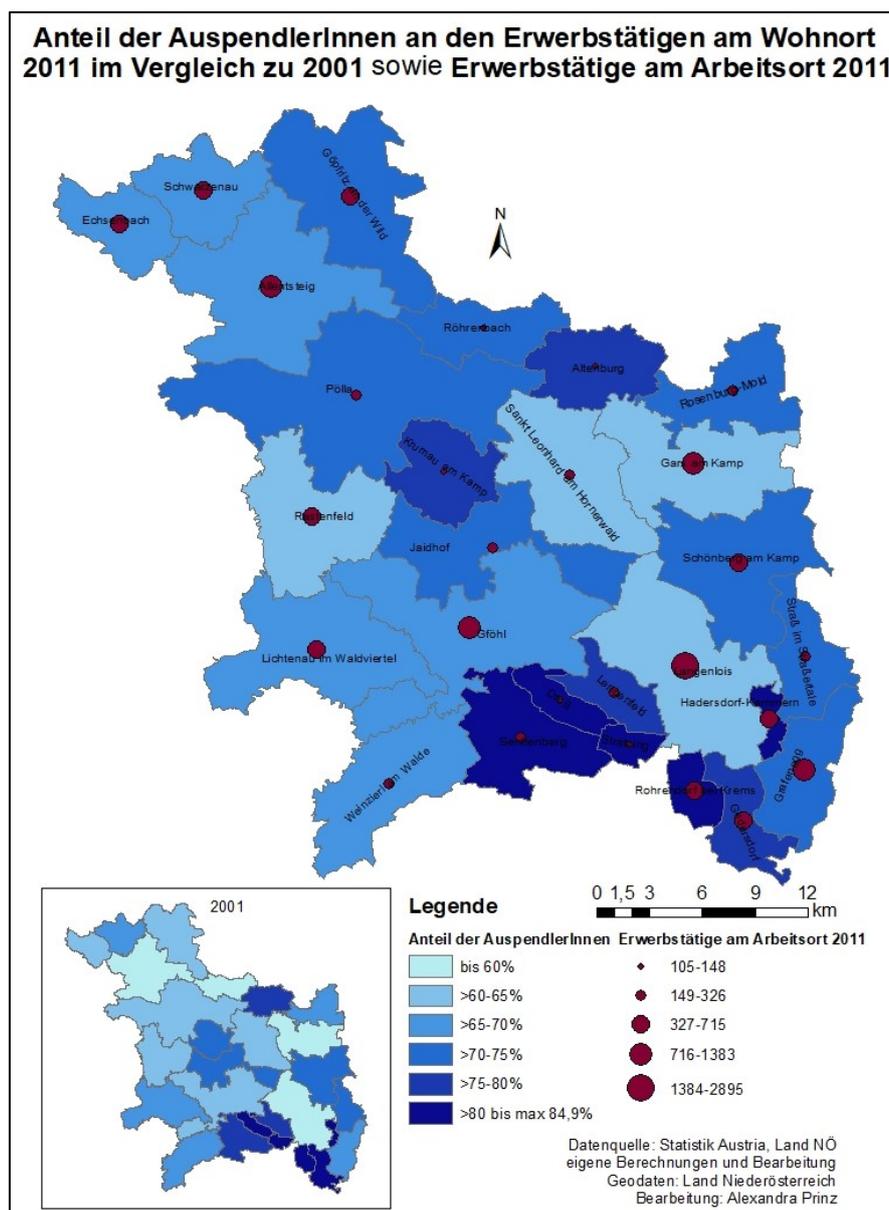


Abb. 19 Anteil AuspendlerInnen an Erwerbstätigen am Wohnort 2011/2001, Erwerbstätige am Arbeitsort 2011, Quelle: Statistik Austria, Amt der NÖ Landesregierung (oJ c), eigene Darstellung

4.3. Bestandsanalyse der Daseinsvorsorge in der LEADER Region Kamptal

Der Bestand der Daseinsvorsorge der LEADER Region kann mit den ausgewiesenen zentralen Orten im mittlerweile verworfenen Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm von 1973 verglichen werden. In der Region wurden Gars am Kamp, Rastendorf und Allentsteig als Zentraler Ort der Stufe 1 und Gföhl und Langenlois als Zentraler Ort der Stufe 2 ausgewiesen. Die angrenzende Bezirkshauptstädte Horn und Krems wurden als Zentraler Ort der Stufe 4 bzw. Stufe 5 ausgewiesen.

Nahversorger

In Bezug auf die Nahversorgung (Supermärkte, Greißler, Bäcker,...) und Versorgung mit ÄrztInnen hatten, verglichen mit den Zentralen Orten, auch Langenlois und Gföhl 2019 die größte Anzahl an Anbietern und Angebot (vgl. Abb.: 20 und 21). Weiters verfügt auch Hadersdorf-Kammern über ein größeres Angebot an Nahversorgern. Droß, Jaidhof und Röhrenbach hatten, auf Grundlage der auf den Homepages der Gemeinden ausgewiesenen Betriebe, keinen eigenen Nahversorger. Diese Gemeinden sind aber Nachbargemeinden von zumindest Zentralen-Orten der Stufe 2, also Langenlois, Gföhl, Horn oder Krems. Alle anderen Gemeinden hatten hingegen einen bis zwei Nahversorger.

Aber auch in der Region haben in den letzten Jahren einige Nahversorger zugesperrt. In Pölla gab es früher vier Lebensmittelgeschäfte in den Pfarrgemeinden, jetzt nur mehr eines in Neupölla (vgl. I6 7-9). In Rastendorf wurde aufgrund von Platzmangel ein neuer Nahversorger in einem multifunktionalen Zentrum inklusive Arzt, Café und Polizeistation errichtet, wofür ein alter leerstehender Gebäudekomplex abgerissen wurde. Auch in Langenlois wurde vor drei Jahren ein Nahversorger im neuen Gemeindegebiet „Lange Sonne“ errichtet. Dieser funktioniert laut MLINARITSCH nicht so gut, obwohl er für viele Leute fußläufig zu erreichen wäre. Langenlois hat aber am Stadtrand einige größere Geschäfte die häufiger frequentiert werden. (vgl. I3 206-217)

Ärztliche Versorgung

Die meisten ÄrztInnen gab es 2019 es in Langenlois und in Gföhl – nämlich 22 bzw. 13 ÄrztInnen (Abb. 21). In Gars am Kamp, St. Leonhard am Hornerwald und in Schwarzenau gab es jeweils fünf ÄrztInnen, in Droß und Allentsteig vier sowie das Landeskrankenhaus Allentsteig, eine Einrichtung für die neurologische Rehabilitation. Keine eigenen (praktischen) ÄrztInnen hatten hingegen Röhrenbach, Jaidhof und Eichenbach.

Nahversorger und Bahnstrecken in der LEADER Region Kamptal 2019

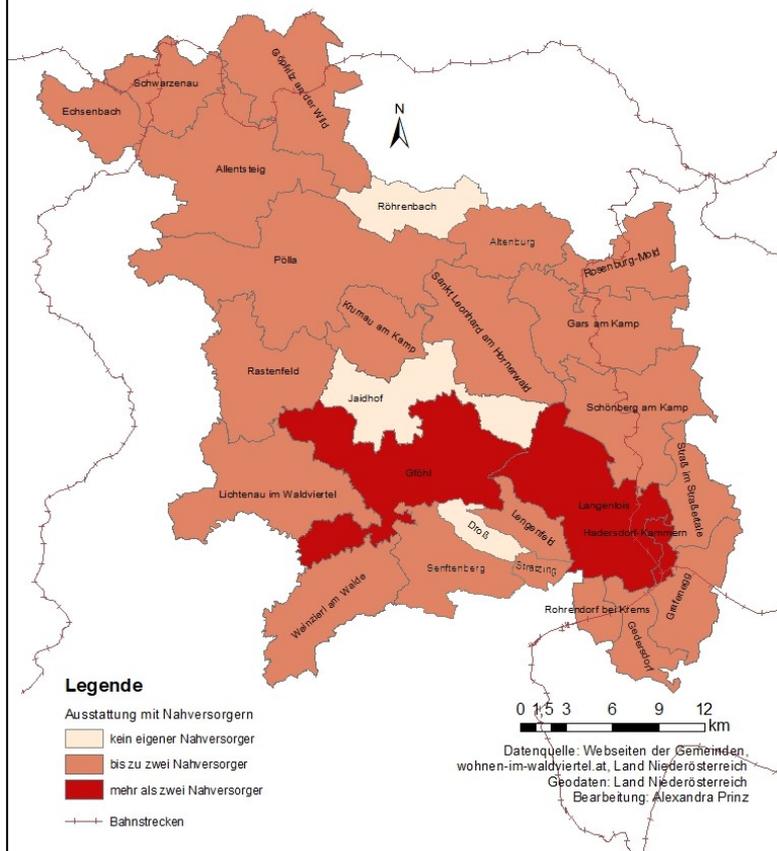


Abb. 20 Nahversorger und Bahnstrecken in der Leader Region Kamptal 2019

ÄrztInnen in der LEADER Region Kamptal 2019

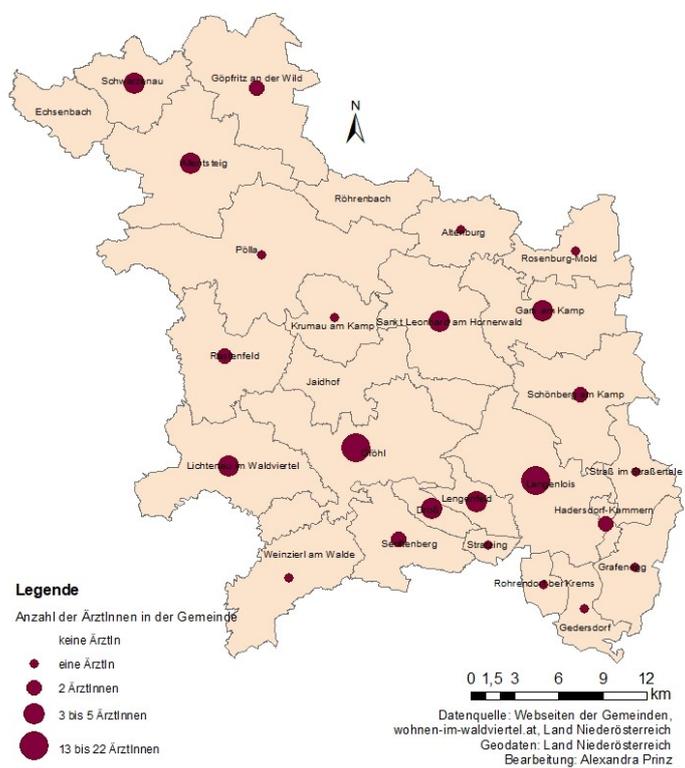


Abb. 21 ÄrztInnen in der Leader Region Kamptal 2019

Öffentlicher Verkehr

Die Region ist auf Schienen durch die Kamptalbahn, welche von Hadersdorf am Kamp Richtung Sigmundsherberg verläuft, sowie durch die Franz-Josefs-Bahn, welche von Wien über Sigmundsherberg weiter Richtung Gmünd verläuft, erschlossen. Weiters führt die Zugverbindung von Wien nach Krems durch Gemeinden der Region. Zusanbindung haben daher die Gemeinden Grafenegg, Hadersdorf am Kamp, Langenlois, Schönberg am Kamp, Gars am Kamp und Rosenberg-Mold, sowie Göpfritz an der Wild und Schwarzenau. (Siehe Abb. 20)

Die Linien E und F des Wieselbusses fahren Montag bis Freitag mindestens viermal in der Früh und ab Mittag wieder mindestens viermal retour von Waidhofen/Thaya nach St. Pölten unter anderem mit Halt in *Gars am Kamp* und *Langenlois* bzw. von Gmünd nach St Pölten mit Stopp in *Rastendorf* und in *Gföhl*. Es gibt auch einige Regionalbusse wie die Linie 700, welche von Zwettl über Rastendorf, Senftenberg und Lichtenau nach Krems und vice versa fährt. Mehrmals täglich gibt es auch eine Busverbindung von Krems über Senftenberg nach Gföhl, teilweise mit Verbindungen nach Jaidhof und Krumau am Kamp. Eine weitere Verbindung nach Krems verläuft beispielsweise von Langenlois über Lengenfeld und Droß. Von Rastendorf gibt es eine Verbindung über Neupölla und Altenburg nach Horn. Weiters fährt ein Bus von St. Leonhard am Hornerwald über Gars am Kamp nach Horn. Von Allentsteig gibt es Busse über Göpfritz an der Wild nach Horn. Nach Zwettl gelangt man beispielsweise von Göpfritz an der Wild über Allentsteig und Echtenbach. (vgl. VOR oJ) Man kann daher ableiten, dass Rastendorf, Gföhl sowie Gars am Kamp und Göpfritz an der Wild wichtige Knoten für den öffentlichen (Bus-) Verkehr der umliegenden Gemeinden sind.

Seit August 2019 gibt es optimierte Fahrpläne für die Regionalbusse und Waldviertel-Linien. Die neuen Busse sind barrierefrei und mit einem Fahrgastinformationssystem und gratis WLAN ausgerüstet. Bei den Waldviertel Linien Krems-Zwettl-Gmünd und Horn-Göpfritz-Waidhofen/Thaya wurde das Angebot werktags auf einen Stundentakt verdoppelt, am Wochenende und Feiertagen wurde eine Regionalbusverbindung im Zwei-Stunden-Takt eingeführt. (vgl. kamptalbahn.at 2019)

Pflegeeinrichtungen für ältere Personen:

Stationäre Pflege: In und um die LEADER Region gibt es mehrere Pflegeheime, eines in Langenlois, in Horn, Eggenburg, Zwettl und in Mautern sowie drei in Krems. Das Pflegezentrum

in Langenlois umfasst „Langzeitpflege, Kurzzeitpflege/Übergangspflege, Tagesbetreuung bis Betreutes Wohnen“ (Pflegezentrum Langenlois GmbH oJ).

Mobile Pflege: Für die Pflege zuhause bietet die Caritas in der Region mehrere soziale Pflegestationen an. Die soziale Pflegestation Allentsteig-Schwarzenau ist zu dem für Echtsenbach und Göpfritz an der Wild zuständig, die Station in Gföhl zusätzlich für Senftenberg, Jaidhof und Krumau am Kamp, die Station in Lichtenau unter anderem für Weinzierl und Rastefeld. Das Betreuungsgebiet der sozialen Pflegestation in Krems erstreckt sich außerdem über Stratzing, Droß, Lengenfeld, Rohrendorf, Gedersdorf, Hadersdorf und Langenlois. (vgl. Caritas St. Pölten oJ)

Auch seitens des Hilfswerks gibt es Dienstleistungen für die Hilfe und Pflege daheim. Die Standorte in Krems, Horn-Eggenburg, Zwettl, Langenlois und Ottenschlag decken mit ihren Betreuungsgebieten die gesamte LEADER Region ab. Das Angebot umfasst die Hauskrankenpflege, die Heimhilfe, die mobile Pflegeberatung sowie die mobile Physiotherapie. Die Standorte in Langenlois und in Krems bieten weiters noch eine soziale Alltagsbegleitung an. (vgl. Hilfswerk Niederösterreich oJ) Das Rote Kreuz bietet ebenso Betreuung an.

Kinderbetreuung

Alle Gemeinden der Region verfügen über zumindest einen Kindergarten. Die Gemeinden Stratzing und Droß führen gemeinsam einen Kindergartenverband, in dem alle Kindergartenkinder der beiden Gemeinden im Kindergarten in Droß betreut werden.

Seit 2017 gibt es in Gföhl eine Kinderbetreuungseinrichtung inklusive Kleinkinderbetreuung für Kinder im Alter zwischen sechs Monate und drei Jahre. Laut ETZENBERGER werden hier auch Kinder aus den Nachbargemeinden mitbetreut. Gföhl hat weiters einen sechs-gruppigen Kindergarten, der mehr oder weniger gut ausgelastet ist. Die Gemeinde ist aber in der Lage, jedes zweijährige Kind aufzunehmen, das aufgenommen werden möchte. (vgl. I4 89-92, 120-122)

In Langenlois gibt es das „Kamptalerchen“, ein Eltern-Kind Zentrum, welches als privater, gemeinnütziger Verein geführt wird und den Großteil der erforderlichen Geldmittel aus Kurs-einnahmen und Mitgliedsbeiträgen erzielt. Der Verein bekommt zusätzlich Subventionen aus öffentlicher Hand sowie Förderungen aus der Wirtschaft. Seit 2014 ist diese Einrichtung Rechtsträger der Kleinkindergruppe GEWUSEL, eine eingruppig geführte Kleinkindergruppe für Kinder ab Eins. “Die Kleinkindergruppe GEWUSEL bietet berufstätigen Langenloiser

Eltern und Familien aus den umliegenden Gemeinden (Einzugsgebiet 15 km) die Möglichkeit, ihre Kinder 2-5 Tage pro Woche halb- oder ganztags betreuen zu lassen.“ (Kamptalerchen oJ)

In Gars am Kamp gibt es die private Kindertagesgruppe „Sonnenschein“, bei der es sich um eine Kooperation von Gemeinde und Wirtschaftsbetrieben des Ortes handelt. Hier richtet sich das Betreuungsangebot an Kinder zwischen eins und 15 Jahren aus dem Ort sowie umliegenden Gemeinden von 6.30 bis 18.30 Uhr. (vgl. I2 23-28)

4.4. Stärken und Schwächen der LEADER Region

Die südlichen und südöstlichen Gemeinden der Region haben vor allem einen Vorteil aufgrund der Nähe zu Krems und zu Wien sowie wegen der guten öffentlichen Verkehrsanbindung durch die Franz-Josephs-Bahn und die Kamptalbahn (vgl. I2 50,66). In der LEADER Region gibt es weiters einige Leitbetriebe im Tourismusbereich sowie Weintourismus, den Naturpark Kamptal oder die Kampseen im Norden.

In den Interviews wurden von mehreren ExpertInnen auch die aktiven Vereine in den Gemeinden als Stärke in der Region genannt. Durch diese Vereine kann auch die junge Bevölkerung in der Region gehalten oder zB nach einem Studium in Wien durch die Kontakte in den Vereinen wieder zurück in die Heimat gezogen werden.

In Bezug auf die Pflege von älteren Personen ist die ISL-Akademie in St. Leonhard am Hornerwald ein positiver Aspekt, da dadurch Personal in der Region bleibt und auch immer wieder PraktikantInnen verfügbar sind, die sich freuen vor Ort arbeiten zu können (vgl. I6 238-245)

In der Kleinregion ASTEG findet ein Pilotprojekt zum flächendeckenden Breitbandausbau statt, welches bis Ende 2020 abgeschlossen sein soll (vgl. I2 58f). Hierfür wurde Pölla in die Kleinregion ASTEG aufgenommen und die ASTEGplus-iProjekt GmbH gegründet. Diese Gesellschaft soll den Breitbandausbau in Allentsteig, Pölla, Echtsenbach und Schwarzenau ausführen. Die Gesellschaft ist auch Fördernehmer und wird die Errichtung und den Betrieb des Breitbandnetzes in der Region ebenso wie die Vergabe der Leistungen übernehmen. Somit steht das Netz im Eigentum der Region ASTEG. (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2019: 27)

Als Schwäche wurde das Fehlen von Starterwohnungen für Jugendliche genannt. In den Ortszentren gibt es auch oftmals Leerstände, die das Erscheinungsbild des Ortes prägen. Es gibt

auch einige ältere Personen, die allein in einem Haus im Ortskern leben, sich aber nicht mehr um das Erscheinungsbild der Fassade oder der Grünflächen kümmern oder kümmern können.

In Hinblick auf den öffentlichen Verkehr wurde weiters das Fehlen des Angebots des öffentlichen Verkehrs für die letzte Meile genannt, wobei es in der Region bereits Lösungsansätze gibt.

Der Gruppenübungsplatz des Bundesheeres ist eine große Herausforderung vor allem für die Kleinregion ASTEG. Dieser wirkt laut STRUMMER stark bei Entscheidungen mit. Die Vertreter des Gruppenübungsplatzes sind Teil der Kleinregion und mittlerweile ist man bemüht, dass sich beispielsweise die Soldaten bei Vereinen in der Region engagieren. (vgl. I2 52-57)

4.5. Einteilung der LEADER Region Kamptal in unterschiedliche Raumtypen

Für die Erfassung des Handlungsbedarfs sowie die spätere Zuordnung der Handlungsempfehlungen erfolgt eine Einteilung der Region in Raumtypen, da es aufgrund der heterogenen Strukturen der Region schwierig ist, allgemeingültige Aussagen zu treffen. Die Klassifizierung der vier Raumtypen erfolgt unter Berücksichtigung der Zu- und Abwanderungszahlen der Gemeinden sowie der Altersverteilung. (siehe Abb. 22)

Dabei wurde die Wanderungsbilanz von 2011 bis 2017 aus dem Weber Diagramm für die Bewertung der Zu- oder Abwanderungszahlen der Gemeinden verwendet. Bei der Altersverteilung wurde der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2018 sowie dessen Abweichung vom Durchschnittswert Niederösterreichs mit 19,95 Prozent berücksichtigt. Die Geburtenbilanz fließt hier nicht ein. Es ist aber anzumerken, dass Altenburg, und Lichtenau im Waldviertel trotz Abwanderung aufgrund der positiven Geburtenbilanz in den letzten Jahren einen leichten Bevölkerungszuwachs hatten.

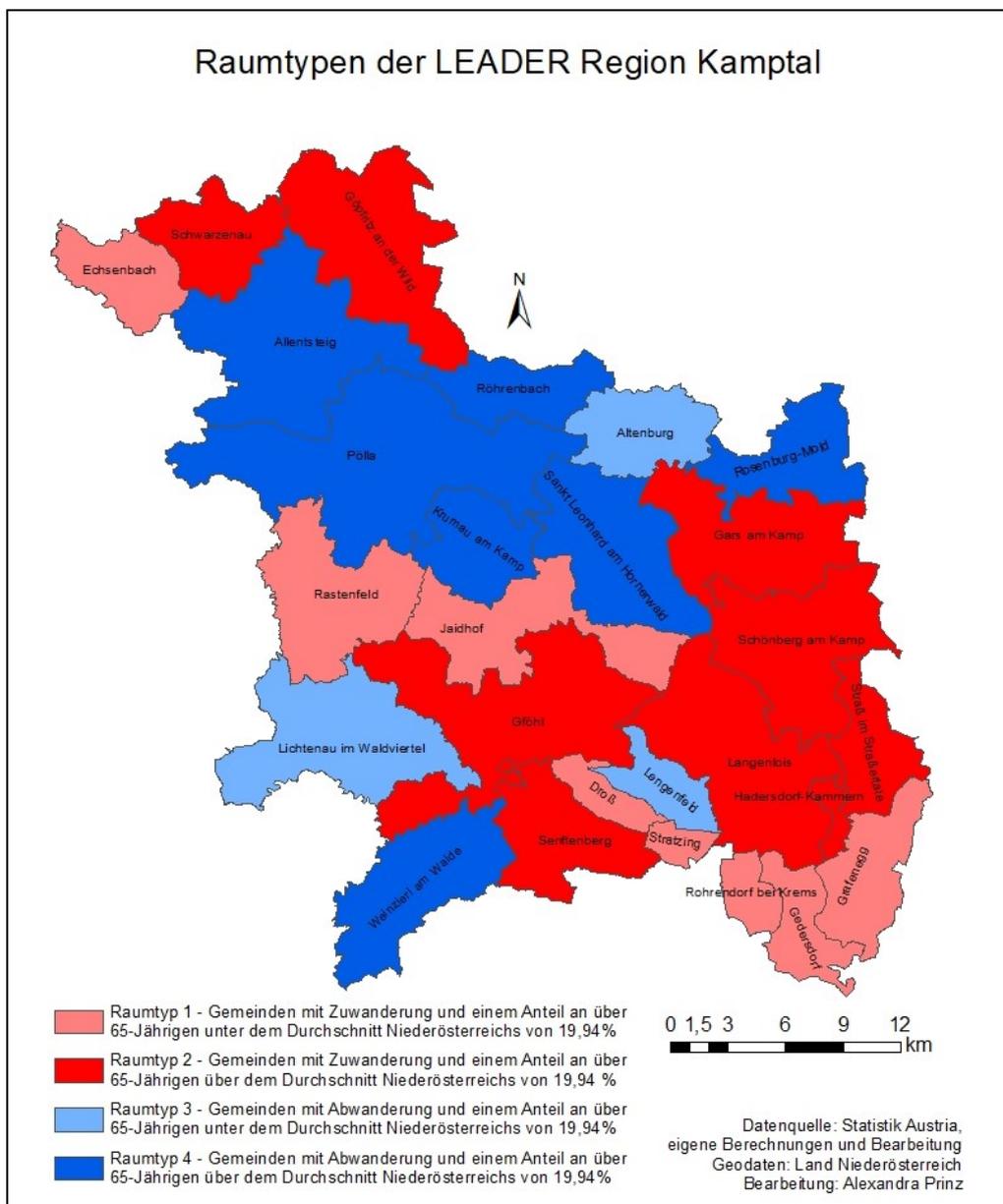


Abb. 22 Einteilung der LEADER Region Kamptal in Raumtypen

Auffällig ist hierbei die unterschiedliche Verteilung der Raumtypen. Die Raumtypen 1 und 2 mit Zuwanderung befinden sich vor allem im Südosten der Region sowie im Norden. Die Abwanderungsgemeinden des Raumtyps 4 befinden sich deutlich erkennbar nebeneinander im nördlichen und westlichen Teil der Region.

4.6. Berücksichtigung des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge in der lokalen Entwicklungsstrategie der LEADER Region

Um die Entwicklungsnotwendigkeiten der LEADER Region Kamptal abzuleiten wurden in der lokalen Entwicklungsstrategie 2013 die Entwicklungsbedarfe der Region angesprochen, wobei auch einige Punkte mit dem demographischen Wandel und dessen Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge in Verbindung gesetzt werden können. Folgende Bereiche können dabei hervorgehoben werden:

Bedarf an Nahversorgung (vgl. auch Kapitel 3.3.1 und 4.3):

„9. In vielen Orten fehlt die Nahversorgung, die den Bedarfen unterschiedlicher Zielgruppen entspricht. Das schwächt Wirtschaft und Gemeinwohl. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf, allerdings braucht es dazu innovative Lösungen.“ (Verein Leader-Region Kamptal 2014: 15)

Mobilitätsverhalten und Angebot von öffentlichem Verkehr (vgl. auch 3.3.5 und 4.3):

„15. Im Bereich der Mobilität gibt es einen großen Handlungsbedarf. Einerseits soll an Änderungen im Mobilitätsverhalten von BewohnerInnen und Gästen gearbeitet werden. Andererseits soll das Angebot an alternativen öffentlichen bzw. halböffentlichen Verkehrsangeboten ausgebaut werden.“ (ebd. 16)

Differenzierte Wohnraumanforderungen und -bedürfnisse (vgl. auch 3.3.3, 4.2.3 und 4.3):

„17. Der demografische Wandel und geänderte Lebensformen schwächen oft den sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach neuen Formen des Wohnens. Ältere Menschen werden einen größeren Anteil an der Bevölkerung haben. Gleichzeitig differenzieren sich die Fähigkeiten und Bedürfnisse Älterer stark. Hier regional abgestimmte Antworten zu finden ist eine große Aufgabe, die vor uns liegt.“ (ebd.)

Zielgruppengerechte BürgerInnenaktivierung:

„18. Jugendliche beteiligen sich oft zu wenig an kommunalen und regionalen Vorhaben und erleben oftmals ein zu geringes Eingehen auf ihre Bedürfnisse. Hier bedarf es neuer zielgruppengerechter Formate, die zur Aktivierung der Jugendlichen beitragen können.“ (ebd.)

Integrationsmaßnahmen (vgl. auch 4.2.4):

„20. Unsere Region braucht Zuzug von außen, um wirtschaftlich und sozial zukunftsfähig zu bleiben. Neue BewohnerInnen werden häufig nicht ausreichend willkommen geheißen und integriert.“ (Verein Leader-Region Kamptal 2014: 16)

Gewährleistung der Güter des täglichen Bedarfs (vgl. auch 3.3.1-3.3.4 sowie 4.3):

„22. Die Versorgung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, aber auch die Nahversorgung mit den an die verschiedenen Lebensphasen der BewohnerInnen und Gäste angepassten Gütern des täglichen Bedarfs ist in den periphereren Teilen der Region gefährdet. Hier sollen neue innovative Ansätze entwickelt und umgesetzt werden.“ (ebd.)

Vermeidung von Leerstand:

„23. Neue innovative Ansätze gilt es auch bei leerstehenden Gebäuden zu entwickeln, um dem Bedarf des demografischen Wandels vorzuzorgen“ (ebd.)

Aufbauen auf diese insgesamt 31 Entwicklungsbedarfe wurden in der lokale Entwicklungsstrategie drei strategische Aktionsfelder abgeleitet:

- die Steigerung der Wertschöpfung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes,
- die Erhaltung und schonende Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes sowie
- die Stärkung des Gemeinwohls und des sozialen Miteinanders. (vgl. Verein Leader-Region Kamptal 2014: 18)

Außerdem gilt der Bereich „Bildung“ als Querschnittsthema. Diese Aktionsfelder sollen dabei helfen die beiden Oberziele „Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung in der LEADER Regionen“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in der Region sind verbessert“ zu erreichen. (vgl. ebd.)

Aus diesen Aktionsfeldern wurden insgesamt 13 Aktionsfeldthemen abgeleitet, welche Strategien für die Auslösung regionaler Entwicklungsprozesse enthalten. Außerdem wurden sechs integrative strategische Schwerpunkte definiert:

1. *„Entwicklung und gemeinsame Vermarktung regionaler Spezialitäten, „Aus guter Erde - für gesunden Genuss“*
2. *Stärkung des touristischen Gesamterlebnisses: „Erde, Wasser, Wald, Wein, Gesundheit und Kultur“*
3. *Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten*

4. *Ökologische Energie- und Mobilitätsoffensive*
5. *Offene, barrierefreie Region für alle*
6. *Neue Bildung als Basis für Innovation, Beteiligung und Zusammenarbeit“* (Verein Leader-Region Kamptal 2014: 18)

Für die Erarbeitung und Umsetzung der LEADER Strategie wurden weiters sieben Handlungsgrundsätze erarbeitet. Zum einen sollen Innovation und Kooperation im Zentrum stehen. Weiters sollen die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig verbessert werden. Trotz der Heterogenität der Region soll es eine regionale Ausgewogenheit und solidarische Entwicklung geben. Außerdem soll der Fokus auf strategisch bedeutsame Themen gelegt werden. Ein weiterer Punkt ist die Chancengleichheit für alle – vor allem für benachteiligte Gruppen. Zudem wird die Aktivierung und Mitwirkung der BürgerInnen hervorgehoben. (vgl. Verein Leader-Region Kamptal 2014: 20f)

5. Wechselwirkungen des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge in der LEADER Region Kamptal

Aufbauend auf die Erkenntnisse aus der Analyse der LEADER Region Kamptal im vorigen Kapitel werden in diesem Kapitel die Ergebnisse der empirischen Erhebung vorgestellt. Dabei wird besonders auf die sieben geführten und ausgewerteten ExpertInneninterviews Bezug genommen. Dadurch soll die Forschungsfrage, inwieweit sich der demographische Wandel auf die Daseinsvorsorge in der LEADER Region Kamptal auswirkt, beantwortet werden. Außerdem wird darauf eingegangen, inwiefern in der Region bereits auf Veränderungen reagiert wurde, welche Maßnahmen getroffen wurden und welche Projekte es gab bzw. gibt.

5.1. Auswirkungen der demographischen Veränderung auf die LEADER Region Kamptal

Anstieg des Pflegedarfs und Nachfrage nach vielfältigeren Betreuungsarten sowie Mangel an Pflegepersonal

Am häufigsten wird sowohl in der Literatur als auch von den ExpertInnen der Anstieg des Pflegebedarfs aufgrund der größeren Zahl der alten Bevölkerung als Auswirkung des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge genannt. Mit dieser Entwicklung muss sich nicht nur die Region Kamptal befassen, sondern ganz Österreich. Begründet wird der Anstieg zum einen durch das Steigen der Lebenserwartung der Bevölkerung und zum anderen durch die Veränderung der Lebensstile. Die Mehrgenerationenhaushalte werden weniger und auch die Rolle der arbeitenden Frau hat sich verändert, wodurch auch weniger pflegende Angehörige direkt verfügbar sind und es daher andere Betreuungsformen braucht.

DITTRICH betonte, dass die Alterungsprozesse nicht nur für das Kamptal, sondern für ganz Niederösterreich ein Thema sind - und dies nicht nur in den peripheren, strukturschwachen Gebieten, sondern auch in den Stadtregionen. Dieser Prozess schlägt sich im Bereich der Daseinsvorsorge vor allem bei den Pflegeleistungen nieder, weshalb auch schon einige Maßnahmen gesetzt wurden, wie der Ausbau von mobilen Hilfsdienstleistungen als auch der stationären Leistungen. Insgesamt sind die Anforderungen an die Betreuungs- und Pflegearten, sowohl im stationären als auch im mobilen Bereich, vielfältiger geworden. Sie reichen von Personen die zu Hause von

der Familie oder von einer 24-Stundenbetreuungskraft aus Osteuropa betreut werden über regionale Pflege- und Altersheime sowie Sozialzentren, mobile Pflege, betreutes Wohnen oder Senioren Wohngemeinschaften. Andere Maßnahmen betreffen hier aber auch die Barrierefreiheit beim öffentlichen Verkehr, von dem nicht nur ältere Personen, sondern auch Mütter und Väter mit Kinderwägen oder RollstuhlfahrerInnen profitieren. (vgl. I1 26-34, 321-337)

Es gibt wie bereits erwähnt in und um die LEADER Region mehrere Pflegeheime. Das Pflegeheim in Langenlois ist laut MLINARITSCH gut ausgelastet, aber es fehlt vor allem an Tagesbetreuungszentren für ältere oder demenzkranke Menschen, um pflegende Angehörige zu entlasten. (vgl. I3 141-146)

In der Region gibt es mehrere mobile Hilfsdienste sowie Krankenhaustransporte, durch die die alten Leute versorgt werden können. In Gföhl gibt es beispielsweise (Kranken-)Betreuungsdienste vom Hilfswerk, Caritas und der Volkshilfe sowie durch das Rote Kreuz und dementsprechend ist auch die Nachfrage seitens der Bevölkerung (vgl. I4 162-167).

DORN, welcher Regionalleiter für die sozialen Pflegestationen des Zentralraumes Nieder-österreich der Caritas ist, erwähnte auch, dass es sehr schwierig sei, geeignetes Pflegepersonal zu bekommen, sowohl in der mobilen Pflege als auch in der stationären Pflege und es ebenfalls einen Rückgang der Anmeldungen in den Gesundheits- und Pflegeschulen gab. Auch bei den HeimhelferInnen, wobei es sich um eine Berufsgruppe der mobilen Pflege handelt, die unter anderem die KundInnen bei der Aufrechterhaltung des Haushalts sowie bei der Körperpflege unterstützen, gibt es laut STUMMER bei der Sozialstation in Gföhl einen Engpass an MitarbeiterInnen, sodass man der Nachfrage nicht gerecht werden kann (vgl. I7 7-15, 274-276). Die Sozialstation in Gföhl betreut mehrere Gemeinden im Umkreis von 15 bis 20 km (ebd. 82-85). HeimhelferInnen werden meist Teilzeit angestellt; viele PflegerInnen präferieren aber eine Vollzeitstelle, weshalb sie oftmals in die stationäre Pflege gehen und dort auch geblockte Dienste wahrnehmen können. Daher gibt es Überlegungen, Spezialisierungen in der Pflege bzw. im Diplombereich anzubieten, wie beispielsweise SpezialistInnen im Demenzbereich, Kinästhetik oder WundmanagerInnen um auch Vollzeitstellen anbieten zu können und so das Personal in der Region halten zu können. (vgl. I7 112-129)

Seitens der Politik gibt es derzeit auch Kampagnen zur Imageaufbesserung der Pflegeberufe, um gegen den Personalmangel vorzugehen (vgl. I7 206-211). Weiters kam es seit der Legalisierung der 24 Stunden Betreuung im Jahr 2006 (vgl. Hilfswerk 2018) zu einem Anstieg an

PflegerInnen sowie von Agenturen, die 24-Stunden-Betreuungsservice vermitteln (vgl. I7 254-257). Bei diesen Betreuungskräften handelt es sich oftmals um Frauen, die vor allem aus dem Osten nach Österreich kommen. Hier wäre laut MLINARITSCH eine weitere Integration, Anerkennung und Wahrnehmung dieser Pflegekräfte in den Gemeinden erstrebenswert. (vgl. I3 659-666)

Alt ist nicht mehr nur „alt“

In den Interviews wurde auch mehrmals betont, dass die ältere Bevölkerung immer aktiver wird und auch bleibt. Für diese muss ebenfalls ein Angebot da sein, das sie auch nutzen kann (vgl. I3 86-88). Bereits in Kapitel 2.4.2 wurde das in der Literatur erwähnte Stichwort „Silver Economy“, womit das Entstehen neuer Wirtschaftszweige gemeint ist, genannt, sowie die Beschäftigung durch das Ehrenamt im Alter (vgl. ÖROK 2018: 35).

Durch den demographischen Wandel ergibt sich weiters die Chance, dass ältere Personen stärker als Freiwillige in das Gemeinschaftsgeschehen eingebunden werden können. Dadurch können sich Projekte entwickeln, in denen ältere, agile Personen andere ältere Personen unterstützen und das vorhandene Know-How einsetzen oder diverse andere Hilfestellungen leisten, wie beispielsweise das Erklären der Smartphonennutzung oder das Projekt „Mahlzeit“, bei dem ältere Leute zu einem gemeinsamen Essen in ein Gasthaus fahren. (vgl. I2 109-121) In den Interviews wurde mehrmals die „Nachbarschaftshilfe Plus“ in Pölla und Röhrenbach als Sozialprojekt erwähnt. Dieses beschäftigt sich mit den Herausforderungen der alternden Gesellschaft und den veränderten Familienstrukturen und wird in Kapitel 5.3 noch näher erläutert.

Nachfrage nach neuen Wohnformen vs. Entdichtung und Leerstände

Die Veränderung der Haushaltsstrukturen bedarf auch einer Anpassung des Wohnangebots (vgl. WEHRHAN et al 2016: 68). Aufgrund der höheren Qualität und Ausstattung bei Neubauten wird es aber auch in Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang eine Nachfrage nach neu erbauten Gebäuden geben. Auch die Pluralisierung der Lebensstile führt zu heterogenen Wohnungswünschen. Dennoch gibt es in den Gemeinden auch Leerstände, weshalb das Ausweisen neuer Baulandflächen kaum tragbar ist und sich ein Teufelskreis mit weiteren Leerständen, Attraktivitätsverlust der Gemeinde und Abwanderung ergeben könnte. (vgl. PRIEBIS 2013: 259f)

Dieses Handlungsfeld wurde sowohl in der Literatur als auch von den ExpertInnen erwähnt. In einigen Gemeinden der Region wird daher unter anderem versucht, der älteren Bevölkerung

das Leben in den eigenen vier Wänden oder zumindest im Heimatort so lange wie möglich zu sichern.

In Gföhl wurde vor zwei Jahren ein Wohnhaus mit betreutem Wohnen eröffnet, wobei die Wohneinheiten sofort vergriffen waren. Deshalb gibt es in der Gemeinde Verhandlungen mit Wohnbauträgern, im Zentrum ein neues Wohnhaus für Wohnen im Alter zu schaffen. Dieses soll dann nicht nur für die GemeindegängerInnen, sondern auch von BürgerInnen aus den Nachbargemeinden genutzt werden können, da Gföhl auch aufgrund der Versorgung mit ÄrztInnen, Nahversorgern etc. als zentraler Ort ein idealer Standort für die ältere Bevölkerung ist. (vgl. I4 18-24)

In Pölla wurde ein SeniorInnenwohnhaus errichtet, welches alle Bedürfnisse der Zielgruppe abdecken soll und in dem sich die BewohnerInnen um nichts mehr kümmern müssen. Es wurde aber festgestellt, dass wenige bereit sind, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen, sondern die Bevölkerung so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen möchte. In Pölla war daher das Seniorenwohnhaus, welches von der Siedlungsgenossenschaft Waldviertel errichtet wurde, mit dieser Zielgruppe nicht voll zu besetzen. (vgl. I6 89-97)

Die neuen Wohnbauten werden – zumindest in Gföhl – so geschaffen, dass die Wohneinheiten sowie der Zugang barrierefrei sind und auch die Möglichkeit besteht, eine 24-Stunden-Pflegekraft unterzubringen. Bürgermeisterin ETZENBERGER betonte daher, dass es wichtig sei, das Lebensumfeld der älteren Leute so zu gestalten, damit sie im Ort wohnen bleiben können. Wenn dies im eigenen Wohnhaus nicht möglich ist, sollen die Personen zumindest in der Gemeinde bleiben können, um so auch ein Generationenbild aufrecht zu erhalten. (vgl. I4 45-50) Aufgrund der veränderten Familien- und Lebensformen können die älteren Leute durch die mobilen Hilfsdienste versorgt werden oder auch die pflegenden Angehörigen entlastet werden.

In Niederösterreich gibt es weiters eine neue Wohnbauförderung, wo es um die barrierefreie Gestaltung der Wohnungen geht. Vor allem für die Generation der Babyboomer bedarf es in Zukunft geeignete Wohnformen, hier schlägt STRUMMER als Beispiel Senioren WGs vor. (vgl. I2 104-106)

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung sowie des Anstiegs der Scheidungsraten und somit der Individualisierung der Bevölkerung wohnen immer mehr Personen allein, zB Witwen oder Geschiedene, in großen Einfamilienhäusern. Daraus ergeben sich Unternutzungen und Leerstände in Wohngebäuden oder Bauernhäusern aber auch in früheren Geschäfts- und

Dienstleistungsgebäuden. (vgl. AINZ et al. 2013: 74) Durch die Entdichtung und somit der Reduzierung der in einem Haushalt lebenden Personen wird es schwieriger werden die „quartiersbezogene Versorgungsinfrastruktur“, zu der unter anderem die Nahversorgung zählt, zu erhalten. (vgl. PRIEBIS 2013: 258)

Auch wurde in einem Interview erwähnt, dass aufgrund der älter werdenden Bevölkerung, die BewohnerInnen länger in ihren Räumlichkeiten bleiben. Als Beispiel nannte die Expertin eine in einem Haus im Zentrum alleinlebende verwitwete Frau, wodurch sich im Ortszentrum ein nach außen sichtbarer Leerstand ergibt, obwohl dort noch jemand wohnt. Dadurch ergibt sich ein Ortsbild mit scheinbar unbelebten oder verfallenen Häusern, da die Jüngeren zum Arbeiten in andere Gemeinden fahren und die Älteren allein in einem Haus im Zentrum wohnen. Als weiteres Beispiel nannte sie einen Platz in Langenlois, bei dem die Erben ein Haus im Zentrum nicht nutzten, aber auch nicht verkaufen wollten und sich somit ein Leerstand ergab. Trotz Bemühungen des Bürgermeisters waren die Besitzer nicht bereit, die Fassade zu verschönern oder das Haus zu vermieten. (vgl. I3 89-98, 252-257)

In Schönberg am Kamp sind laut Bürgermeister STROMMER ein Viertel der Bevölkerung Nebenwohnsitzer. Dies sind im Regelfall WienerInnen, die in der Gemeinde ein Wochenendhaus besitzen und an Wochenenden und hauptsächlich im Sommer kommen. Hier kommt es zu Problemen bei der Aufrechterhaltung des Nahversorgers und der Wirtshäuser vor allem im Winter, da hier etwa 600 Personen in der Gemeinde fehlen. Dies wirkt sich wiederum auf die Ertragsanteile der Gemeinde aus, da diese durch die Nebenwohnsitze keine Finanzanteile erhält. (vgl. I5 161-170)

Als Gegenbeispiel nannte MLINARITSCH ein neues multifunktionales Zentrum, welches in Rastfeld errichtet wurde. Da das Gebäude des ehemaligen Nahversorgers zu klein wurde und auch Arzt und Polizei im Ort neue Räumlichkeiten benötigten, wurde von der Gemeinde ein altes leerstehendes Objekt im Zentrum des Ortes gekauft und abgerissen und ein neues Gebäude errichtet. Bei der Planung wurde besonders auf die Barrierefreiheit geachtet, um auch Menschen mit Beeinträchtigungen die Nutzung des Nahversorgers zu ermöglichen. Weiters nannte sie ein leerstehendes Gebäudeareal eines Wirtschaftsbetriebes in der Nähe des Zentrums von Gars am Kamp, welcher in Konkurs ging. Eine Unternehmensgruppe investierte in das Gebäude und belebte diesen Komplex wieder. Hier gibt es beispielsweise neue Co-Working-Spaces, ein Café und eine Kindererlebniswelt. (vgl. I3 201-208, 548-555)

Steigender Bedarf nach vielfältiger Kinderbetreuung und Infragestellen von Schulstandorten

Im Bereich der Kinderbetreuung wurde oftmals erwähnt, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen - trotz Abnahme der Geburtenrate - zunimmt. Die Veränderung bzw. die Zunahme der Betreuungsleistung für (Kleinst-)Kinder begründet DITTRICH damit, dass die Kinder schon früher in solche Einrichtungen gegeben werden (vgl. I1 35-38). Auch die Betreuungsarten werden vielfältiger und es bedarf längerer Öffnungszeiten. Als Gründe führten mehrere ExpertInnen bspw. veränderte Familienverhältnisse, keine Betreuungsmöglichkeiten durch Familienangehörige oder unterschiedliche und veränderte Arbeitszeiten und -verhältnisse an.

Einige Gemeinden haben keine eigene Betreuungseinrichtungen für Kleinstkinder. Hier wird entweder mit anderen Gemeinden oder Wirtschaftsbetrieben kooperiert (vgl. I2 23-25, 141f) oder die Eltern müssen den Transport der Kinder in die nächstgelegene Gemeinde mit Kleinstkinderbetreuung selbst organisieren wie bspw. in Pölla (vgl. I6 53f). Das Kindergartenalter wurde weiters bereits auf zweieinhalb Jahre herabgesetzt und es gibt Sommerbetreuungsmöglichkeiten in den Kindergärten, um auch Ferienbetreuungszeiten abdecken zu können. Neben den öffentlichen Betreuungseinrichtungen haben sich zusätzlich private Initiativen entwickelt, um die Nachfrage zu stillen. (vgl. I3 668-676)

Auf der anderen Seite werden Schulstandorte in einzelnen Ortschaften oder Katastralgemeinden in Frage gestellt, da es zu wenige SchülerInnen gibt (vgl. I1 38-39). In der Tabelle 6 sieht man den Rückgang der privaten und öffentlichen Volksschulen von 1985 bis 2019 in Österreich bzw. Niederösterreich.

Tabelle 6: Veränderung der Anzahl der öffentlichen und privaten Volksschulen 1985-2019, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Öffentliche und private Volksschulen		
Schuljahr	Österreich	NÖ
1985/86	3 411	657
1990/91	3 386	655
1995/96	3 383	650
2000/01	3 360	652
2005/06	3 296	655
2010/11	3 171	636
2015/16	3 039	628
2018/19	3 026	633

Beispielsweise wurde 2012/2013 die Hauptschule in St. Leonhard am Hornerwald aufgrund zu geringer SchülerInnenanzahl und weiteren Geburtenrückgängen geschlossen. Die SchülerInnen können seither Schulen in Gars am Kamp oder Gföhl besuchen (vgl. QUIXTNER et al 2012). Stattdessen wurde an diesem Standort die ISL Akademie, eine Ausbildungseinrichtung für Betreuung und Pflege, eröffnet und 2016 durch ein Gesundheitszentrum ergänzt.

Entstehung kleinregionaler Mobilität und dichtere Taktung des öffentlichen Verkehrs – dennoch ÖV in peripheren Lagen „nicht berauschend“

Laut DITTRICH gibt es nach einer Studie der Niederösterreichischen Landesregierung keine eindeutige Korrelation zwischen dem Angebot von öffentlichem Verkehr und der Bevölkerungsentwicklung in den Regionen in Niederösterreich. Der Ausbau der Franz Josephs Bahn wäre beispielsweise keine Garantie für einen Bevölkerungszuwachs. Dennoch braucht es unbedingt den öffentlichen Verkehr auch in peripheren Regionen. (vgl. I1 398-414)

STROMMER meinte, dass die Nachfrage nach einem größeren Angebot an öffentlichen Verkehr nicht offensichtlich sei und die Region durch die Kamptalbahn relativ gut versorgt ist. Dennoch sind die peripher gelegenen Katastralgemeinden (bspw. von Schönberg am Kamp) unterversorgt bzw. gar nicht mit dem öffentlichen Verkehr versorgt. Die BürgerInnen sind aber im Regelfall sehr gut privat organisiert und es gibt auch mobile Greissler, die in die Gemeinden fahren. (vgl. I5 60-65) Auch MÜLLNER bewertete das Angebot des öffentlichen Verkehrs in Pölla als „*noch nie berauschend*“, dennoch ist das Angebot in Verbesserung (I6 25f). DITTRICH meinte hingegen, dass es sehr schwierig sei, den öffentlichen Verkehr als gut oder schlecht zu bewerten, da die Bevölkerung aufgrund des unterschiedlichen Bedarfes verschiedenartig zufrieden zu stellen ist (vgl. I1 425-428).

Bei der Verkehrsplanung des Landes wird sich verstärkt auf den Ausbau der Buslinien und nur mehr auf ein paar wenige Bahnlinien konzentriert, da diese flexibler und besser in die Fläche gehen können (vgl. I1 416-419).

„Da ist gerade einiges an Verbesserung in Ausarbeitung. Wir haben sehr wohl öffentlichen Verkehr und Busverbindungen. Dieser wird aber jetzt verbessert, vor allem von den Intervallen her – die werden verkürzt und es wird für den ländlichen Raum eine Verbesserung geben. Wir sind auch gerade dabei in der Kleinregion Mobilität zu schaffen, für Menschen die niemanden zu Hause haben, so eine Art Sammeltaxi. Das Projekt nennt sich „IST Mobil“. Das heißt man ruft an und bestellt sich einfach diesen Transport.“ (I4 36-41)

In letzter Zeit wurde DITTRICH zufolge stärkerer Fokus auf bedienerfreundliches Angebot gelegt. Anstatt dieses nur auf Gemeinde Ebene anzubieten, werden Anrufsammeltaxis regional organisiert. Somit ist mehr Flexibilität gegeben und es steht ein gewisses Angebot auch am Abend und am Wochenende sowie zu einer dichteren Taktung unter Tags zur Verfügung. (vgl.

II 419-324) Das Projekt IST-Mobil wurde von mehreren ExpertInnen erwähnt und wird im Kapitel 5.3 noch genauer erklärt.

Künftiger ÄrztInnenmangel im ländlichen Raum befürchtet

Das ÄrztInnenangebot wurde allesamt von den ExpertInnen als gut bewertet, da in fast jedem Ort zumindest ein praktischer Arzt vorhanden ist. Daher sind die Wechselwirkungen mit dem demographischen Wandel derzeit eher gering.

In St. Leonhard wurde in den letzten Jahren ein eigenes Ärztezentrum gebaut und auch Gföhl hat sich als guter Ärztestandort entwickelt. MLINARITSCH zufolge wird der Ärztemangel in der Region allerdings ein zukünftiges Thema sein, weswegen es Lösungen brauchen wird, ÄrztInnen in den ländlichen Raum zu bringen. (vgl. I3 701-715)

Gesellschaftliche Veränderung hat Einfluss auf das Kaufverhalten – Bau von Geschäften an Stadträndern

In Pölla gab es laut MÜLLNER früher vier Nahversorger während es heute nur mehr ein Geschäft gibt. Als Grund nannte er den gesellschaftlichen Wandel und somit die Veränderung des Kaufverhaltens. (vgl. I6 1-9) Die Handelsketten wählten einen Standort am Stadtrand, da dort das Platzangebot größer ist und der Handel auf den Einkauf mit Autos ausgerichtet ist. Auch laut der LEADER Managerin funktionieren in Langenlois die größeren Lebensmittelgeschäfte am Stadtrand besser als der Nahversorger in dem neuen Wohngebiet der Langen Sonne (vgl. I3 210-216).

Heterogene Entwicklung der Region

Eine große Herausforderung wird auch die räumlich sehr ausdifferenzierte Wanderungs- und Geburtenbilanz werden – sowohl innerhalb der Hauptregion Waldviertel als auch der LEADER Region. Ein Problem für die Zukunft wird die Frage sein, wie stark die absoluten Bevölkerungsrückgänge wirklich sind, da einzelne Gemeinden auch Wanderungsgewinne aufweisen. Es verliert nicht das ganze Waldviertel an Bevölkerung aufgrund der Wanderung, sondern die negative Geburtenbilanz ist ein Problem. Diese Entwicklung ist laut DITTRICH aus Raumordnungssicht am schwierigsten zu steuern. Nicht nur zwischen den unterschiedlichen Gemeinden, sondern auch innerhalb der Gemeinden mit mehreren Ortschaften oder Katastralgemeinden gibt es Differenzen in der Entwicklung. Hier besteht die Möglichkeit, dass der Hauptort im

raumordnerischen Idealbild gut funktioniert, aber die verschiedenen Dörfer oder kleinere Häuseransammlungen Probleme dabei haben werden, weiterhin gut versorgt zu werden. (vgl. I1 40-53.) Auch ETZENBERGER betonte, dass der demographische Wandel in Gföhl in den einzelnen Katastralgemeinden – Gföhl hat 18 Katastralgemeinden – eher spürbar ist als im Zentrum. Während sich im Zentrum viele junge Familien in den Reihenhäusern und Wohnungen aber auch in Einfamilienhäusern ansiedeln, ist in den Katastralgemeinden die Abwanderung der Jungen spürbar, während die alten Menschen in den Häusern bleiben (vgl. I4 3-7). In Schönberg am Kamp hingegen verläuft die Bevölkerungsveränderung der Katastralgemeinden laut STROMMER vergleichsweise ähnlich wie im Zentrum (vgl. I5 4.8).

Auch in der Literatur ist zu finden, dass aus unterschiedlichsten Gründen die wirtschaftliche Entwicklung, der demographische Wandel und die Veränderungen der Lebensverhältnisse nicht gleichmäßig im Raum stattfinden. RIED (2016: 2) sieht aus dieser sich daraus ergebenden Heterogenität den Vorteil, dass die Bevölkerung ihren Wohnort aus einer Vielfalt an Angeboten auswählen kann und somit Lebensverhältnisse ihrer Präferenzen entsprechend finden kann. Trends wie die „(Re-)Urbanisierung“ oder „Neue Ländlichkeit“ zeigen auf, dass dieses vielfältige Angebot auch genutzt wird.

5.2. Getätigte Maßnahmen in der Region in Bezug zum demographischen Wandel

5.2.1. Maßnahmen überörtliche Raumordnung

Seitens der überörtlichen Raumordnung gab es laut DITTRICH bereits Maßnahmen für die Gemeinden, um diese in Bezug auf die Veränderungen zu sensibilisieren bzw. einen Bewusstseinswandel voran zu treiben. Beispielsweise können sich Gemeinden mit einem Infrastrukturkostenkalkulator über die potenziellen Kosten in den einzelnen Gemeindegebieten informieren. So können von der Gemeinde bei einem Wunsch nach Wachstum und einem Ausbau von Siedlungsgebieten die möglichen Kosten für die technische (bspw. Wasserversorgung, Entsorgung, Infrastruktur für Strom, Schneeräumungskosten) aber auch die soziale Infrastruktur (bspw. zusätzliche Kindergartenplätze) berechnet werden. Auch Themen, die nur indirekt mit dem demographischen Wandel zu tun haben, werden behandelt, wie die Ortskernbelebung oder die Innen- vor Außenentwicklung, die teilweise auch als Folgewirkung der demographischen Veränderung gesehen werden kann. Hier wurden Broschüren und Folder sowie die Zeitung „Raumdialog“ der Raumordnungsabteilung gestaltet, in denen diese Themen behandelt und die Prozesse beschrieben werden. (vgl. II 116-133)

Weiters werden wie bereits erwähnt durch NAFES Gemeinden und Wirtschaft bei der Attraktivierung der Stadt- und Ortskerne sowie beim Erhalt der Grundversorgung unterstützt.

5.2.2. Maßnahmen örtliche Raumordnung

Die Auseinandersetzung der Gemeinden mit dem demographischen Wandel hat in den letzten Jahren zugenommen, sie sind besser und stärker sensibilisiert als früher. Anders als auf Regional- und Landesebene wird in den Gemeinden der demographische Wandel aufgrund einer Veränderung der Nachfrage, beispielsweise nach Pflegeplätzen, mobilem Betreuungsangebot oder nach Kindergartenplätzen, täglich gespürt. Dies geschah in den letzten Jahren meist auch ungesteuert, ohne konkrete Maßnahmen, sondern wurde als räumliche und gesellschaftspolitische Auswirkung bzw. Veränderung wahrgenommen. (vgl. II 105-116)

STRUMMER meinte, dass der demographische Wandel bei den Gemeinden als Querschnittsthema gesehen wird und vieles einfach passiert und nicht als demographischer Wandel wahrgenommen wird (II 30-33). Auch in diversen Konzepten wird der demographische Wandel

meist als Querschnittsthema berücksichtigt. Bezüglich Planungsdauer äußerte sich der Experte wie folgt:

„Man muss es aber bewusst machen, dass man nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel und langfristig plant. Bei Politikern ist das oftmals eine Schwierigkeit, die denken hauptsächlich in ihrer Regierungsperiode.“ (I2 34-36)

Der demographische Wandel per se wird in den örtlichen Raumordnungsprogrammen laut MÜLLNER in Pölla und STROMMER in Schönberg am Kamp kaum behandelt (vgl. I5 76). MÜLLNER meint es seien hauptsächlich die Entwicklungen, auf die man reagiert:

„Man erkennt das Problem und überlegt sich eine Lösung. Alles fließt. Es ist jetzt nicht so, dass man sagt wir haben jetzt 2019 und 2030 ist das so und so und jetzt müssen wir das schon so machen. Das passiert eigentlich nicht, weil man muss die Dinge tun wenn die Zeit reif ist dafür.“ (I6 66-70)

Demgegenüber betonte ETZENBERGER die Bemühung in Gföhl zur Innenentwicklung. Die Lücken sollen geschlossen werden indem zentrumsnaher Wohnraum geschaffen wird bzw. leerstehender Raum im Ortskern wiederverwertet wird. (vgl. I4 71-74)

STRUMMER und ETZENBERGER hoben in den Interviews die Wichtigkeit der Ortskernbelebung hervor. Durch das Wohnen im Ortskern und einem höheren Anteil an Personen, die im Zentrum wohnen, ist es einfacher die Nahversorgung und eine Vielfalt an Angebot aufrecht zu halten. Im Bereich der Ortskernbelebung gibt es auch Programme, die sehr stark mit Bevölkerungsbe teiligung arbeiten. (vgl. I2 187-189, I4 288-291)

„Die alten Menschen in der Gemeinde zu halten ist auf jeden Fall sehr wichtig – ich finde das ist eine sehr sensible Frage und bin der Meinung, dass sich eine Gemeinde auszeichnet, wenn sie sich für die älteren Menschen interessiert und ihnen die Möglichkeit schafft hier zu bleiben. Nicht nur auf die Betreuung von Kleinkindern zu schauen, sondern auch an die älteren Menschen denken und schauen, dass man es auch für sie so gestaltet, dass es schön ist und wohnbar ist.“ (I4 185-189)

Neben anderen ist man in Gföhl daher bedacht, Barrieren zu beseitigen. So wurden beim Neubau von Straßen darauf geachtet, dass die Gehsteige breit genug sind und die Übergänge abgesenkt sind. Weiters wurden die neuen Wohnbauten barrierefrei errichtet und es besteht auch die Möglichkeit, eine 24 Stunden-Betreuungskraft unterzubringen. (vgl. I4 189-195.)

Auch STROMMER hat für Schönberg am Kamp Ideen für barrierefreies Wohnen in zentraler Lage mit Nähe zu Nahversorgern und den öffentlichen Verkehr. Die Ideen liegen aber noch in weiter Ferne. Die Möglichkeit ein Pflegeheim zu errichten besteht im Ort hingegen nicht. (vgl. I5 54-57)

In Schönberg am Kamp wurden weiters vom Bürgermeister Jugendgespräche mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 23 geführt. Dabei können diese Anregungen geben, was im Ort für sie fehlt, was sie brauchen und was getan werden kann, damit die Jugendlichen im Ort wohnen bleiben. Erste Ergebnisse waren beispielsweise, dass sich die Jungen wünschen, mehr in die Bevölkerung eingegliedert zu werden und man sie zB bei Veranstaltungen mehr einbindet. Hierfür sollen gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. (vgl. I5 107-113.) In Pölla hingegen bekommen beispielsweise Studierende in Wien die Gemeindezeitung ihrer Heimatgemeinde, um so die Bindung und den Kontakt aufrecht zu halten. (vgl. I2 130-132)

5.2.3. Kooperationen

DITTRICH erwähnte, dass LEADER eine gute Institution sei, um gewisse Unterschiede in einer Region auszugleichen. Liegen Gemeinden mit Bevölkerungsverlust neben wachsenden Gemeinden, kann durch interkommunale Kooperation einfacher ausgeglichen werden oder gegenseitig Angebote oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Jede Gemeinde kann so von ihren Stärken profitieren. (vgl. I1 67-72)

Trotz der Annahme, dass Gemeindekooperationen besser funktionieren sollten, wenn es sich um eine hohe Geldsumme handelt, funktionieren diese laut DITTRICH vor allem, wenn sie möglichst niederschwellig sind und die Kosten geringer sind. Wichtig ist auch, dass alle Gemeinden einen Mehrwert aus den Kooperationen ziehen und eine Win-Win-Situation entsteht. Bei der technischen Infrastruktur funktionieren Kooperationen beispielsweise durch Abwasserverbände, bei sozialen Einrichtungen durch Sozialsprengellösungen, wo Kinderbetreuung aber auch Altenbetreuung regional gelöst werden. Die Gemeinden arbeiten auch beim Betrieb von Freizeiteinrichtungen zusammen, wie beispielsweise bei Freibädern, wo die Betriebskosten aufgeteilt werden. Schwieriger hingegen funktionieren laut dem Experten Kooperationen bei Gemeinden mit mehr finanziellen Mitteln, da sie nicht so stark von anderen Gemeinden abhängig sind, mehr Kommunalsteuereinnahmen haben und sich vieles selbst leisten können oder wollen. Im Vergleich dazu haben Gemeinden in strukturschwächeren

peripheren Regionen weniger Steuereinnahmen und sind stärker von Kooperationen abhängig. (vgl. I1 78-100)

Auch den anderen ExpertInnen zufolge gibt es in den Gemeinden hauptsächlich Kooperationen im Bereich der (Kleinst-)kinderbetreuung sowie bei den Schulen. Außerdem funktioniert die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Altenbetreuung gut. Weiters handelt es sich bei den Projekten Nachbarschaftshilfe Plus sowie bei dem Anrufsammeltaxi IST Mobil um Kooperationen von Gemeinden. ETZENBERGER meinte, dass es bei den Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen, welche es neben Gföhl ebenfalls in Lichtenau und in Rastendorf gibt, keine Konkurrenz besteht (vgl. I4 104-107). STRUMMER war hingegen der Ansicht:

„Beim betreuten Wohnen ist es schon schwieriger zu kooperieren, weil es um Hauptwohnsitze geht. Die Gemeinden der Kleinregionen müssten hierbei mehr ausverhandeln, die eine macht Kleinstkinderbetreuung, die andere betreutes Wohnen – jede Gemeinde muss ein Stück vom Kuchen bekommen.“ (I2 143-145)

Laut MLINARITSCH sind die Kleinregionen Kampseen und ASTEG die einzig gut funktionierende KR der LEADER Region in denen auch kooperiert wird. In der KR ASTEG wurde beispielsweise gemeinsam das Thema Glasfaser vorangetrieben. (vgl. I3 21f, 28f)

ETZENBERGER über die Kleinregion Kampseen: *„Wir arbeiten in der Kleinregion mit sechs weiteren Gemeinden zusammen. Die Zusammenarbeit ist sehr gut und die Nachbargemeinden wissen auch, dass wir in Gföhl sehr viel anbieten können.“* (vgl. I4 79f)

Die Kleinregionen Kampstal Süd, Kamp-Taffa oder Kremstal arbeiten laut MLINARITSCH hingegen nicht wirklich zusammen und werden hauptsächlich auf dem Papier aufrechterhalten. Die KR Kampstal Süd kooperiert jedoch bspw. im Abfallverband. Ansonsten gibt es andere Themenfelder, bei denen sich die BürgermeisterInnen treffen und austauschen. (vgl. I3 38-53)

„Das ist aber Ok, wenn es die Gemeinden nicht wirklich brauchen. Sprich, der Ursprung der Kleinregionen war, dass sich Regionen gefunden haben, dann hat das Land eben gesagt ihr müsst Kleinregionen werden. Viele von diesen Kleinregionen gibt es aber nur am Papier.“ (ebd. 50-53)

Bei der Vergabe der Fördergelder der LEADER Region erfolgte ebenfalls eine Einteilung in Kleinregionen, wobei jede ein gewisses Grundbudget erhält. Bei der Vergabe wird daher auch

berücksichtigt, dass am Ende der Förderperiode Gemeinden oder Teilregionen, welche weniger Mittel erhalten haben, bevorzugt werden. Neben der Verteilung auf die Region spielt aber auch die Projekt- und Themenvielfalt eine große Rolle. (vgl. I3 260-265.)

Laut DORN arbeitet die Caritas auch im Bereich der Pflege in Form von regelmäßigen Arbeitsgemeinschaften mit anderen Organisationen zusammen, um diverse Projekte zu besprechen. Weiters gibt es auch laufende Kooperationen mit den örtlichen Gemeinden der Pflegestationen, beispielsweise auch im Bereich des betreuten Wohnens mit der Gemeinde und den Wohnbauträgern. (vgl. I7 519-529, 539f)

5.3. Projekte in der LEADER Region Kamptal

Wohnen im Waldviertel

Bei „Wohnen im Waldviertel“ handelt es sich um eine freiwillige Gemeindekooperation, in der auch einige Gemeinden der LEADER Region Kamptal dabei sind. Es werden seit 2009 Werbekampagnen im Zentralraum Wien und Linz sowie auch im Waldviertel selbst geschaltet, die das Waldviertel als Wohnstandort promoten sollen. Projektidee und Konzeption stammen von der „Wallenberger & Linhard Regionalberatung KG“, die auch später die Projektkoordination sowie die Zielentwicklung weiterführte. Gemeinsam mit dem Verein Interkomm konnten anfangs 44 Gemeinden zur Projektvorbereitung gewonnen werden. Derzeit nehmen 56 Gemeinden des Waldviertels an dem Projekt teil. Neben dem Wohnen wird auch den Themen Arbeiten und Leben im Waldviertel eine Plattform gegeben. (vgl. Verein Interkomm Waldviertel oJ a)

Bei Wohnen im Waldviertel werden beispielsweise leerstehende Gebäude präsentiert, mit einem weiteren Augenmerk auf die bestehende Infrastruktur und Arbeitsplätze. Aufgrund der niedrigen Geburtenrate wird im Waldviertel vor allem der Zuzug von Jungfamilien forciert. Durch die Plattform soll außerdem die Problematik des Mangels an Facharbeitskräften im Waldviertel behandelt werden. (vgl. I2 72f, 84-86)

Interkomm

1999 wurde der Verein Interkomm Waldviertel von fünf Waldviertler Gemeinden gemeinsam mit der Wallenberger & Linhard Regionalberatung KG gegründet. Mittlerweile sind 60 Gemeinden aus Niederösterreich Mitglied des Vereins, welcher durch Mitgliedsbeiträge finanziert wird. Als Leitziele des Vereins werden der interkommunale Erfahrungsaustausch, die

gemeinsame Nutzung des Know-hows und der Ressourcen sowie die gemeinschaftliche Erarbeitung und Umsetzung von Projekten genannt. Die folgenden Gemeinden der LEADER Region sind Teil des Vereins: Allentsteig, Echtenbach, Gars am Kamp, Gföhl, Göpfritz an der Wild, Jaidhof, Krumau am Kamp, Lichtenau, Pölla, Rastendorf, Röhrenbach, Schwarzenau (vgl. Verein Interkomm Waldviertel oJ b)

Nachbarschaftshilfe Plus

Hierbei handelt es sich um eine überparteiliche Gemeindekooperation, bei der soziale Dienste – also Nachbarschaftshilfe – angeboten werden, welche von BüromitarbeiterInnen koordiniert und von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ausgeführt werden. Das Angebot ist für die BürgerInnen gratis. Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bekommen für ihren Aufwand einen Fahrtspesenersatz und können sich bei Veranstaltungen austauschen. Beim Angebot handelt es sich um Fahr- und Bringdienste zB zu ÄrztInnen oder Behörden, Besucherdienste, Spaziergehendienste, vorübergehende Kinderbetreuung oder Notfalldienste beispielsweise durch kurzfristige Hilfestellungen bei Krankheit. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass es sich nicht um Pflegedienste oder hauswirtschaftliche Dienste handelt. (vgl. Marktgemeinde Pölla oJ) Das Projekt wurde mittlerweile auf Rastendorf und Lichtenau ausgeweitet.

IST-Mobil

Bei IST-Mobil handelt es sich um ein LEADER Projekt, bei dem anhand einer Studie ausgearbeitet wurde, wie ein alternatives Anrufsammeltaxi in der Region funktionieren könnte. Das Konzept wurde zuerst für die 27 Mitgliedsgemeinden erstellt und anschließend die Kosten kalkuliert, um zu erheben, welche Gemeinden Interesse hätten das Projekt weiter zu bearbeiten. Vor allem schlechter erreichbare Gemeinden hatten dabei ihr Interesse verkündet wie zB Gföhl, Lichtenau, Rastendorf, Pölla oder Röhrenbach – also eher nördliche Gemeinden der Region. Bis zur Umsetzung haben sich 11 Gemeinden zusammengefunden, die an dem Projekt teilnehmen. Beim Anrufsammeltaxi soll es um die „letzten Kilometer“ gehen und es soll von allen Generationen genutzt werden können. (vgl. I3 275-288) Zum Zeitpunkt des Interviews war das Projekt gerade in der Ausschreibung.

Bürgermeister Strommer aus Schönberg erklärte beim Interview, dass sich die Gemeinde gegen eine Beteiligung bei dem LEADER Projekt IST-Mobil entschieden hat, da der Kosten-Nutzenfaktor für sie nicht gegeben war und es zu wenig Leute nutzen würden. Da der Bürgermeister

selbst ein Mietwagenunternehmen hat, wüsste er, wie viele Anfragen es im Jahr gibt und dass sich das für die Gemeinde Schönberg nicht rechnen würde. (vgl. I 5 66-72)

Mitfahrbankerl

In den Gemeinden St. Leonhard am Hornerwald, Gars am Kamp und Rosenberg-Mold sowie in anderen Gemeinden in Niederösterreich wurde gemeinsam mit dem Mobilitätsmanagement der NÖ.Regional.GmbH das Projekt „Mitfahrbankerl“ umgesetzt. Die Idee lehnt am Autostoppen an. Hier wurde an ausgewählten Plätzen der Gemeinden „Mitfahrbankerl“ aufgestellt. Es gibt Richtungstafeln, auf denen man das gewünschte Ziel schreiben kann und man wartet bis einE AutofahrerIn in die gewünschte Richtung fährt. Dadurch soll eine Ergänzung zum öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen und das gemeinsame Autofahren gefördert sowie die Gemeinschaft im Ort gestärkt werden. (vgl. KEM Tullnerfeld Ost oJ)

6. Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der demographischen Veränderung

Basierend auf den Erkenntnissen gewonnen aus den ExpertInneninterviews und der Literaturanalyse über die Herausforderungen und Folgen des demographischen Wandels sowie umgesetzter Strategien und Projekte in der LEADER Region Kamptal werden in diesem Kapitel nun konkrete Handlungsempfehlungen für die verschiedenen räumlichen Ebenen und AkteurInnen abgeleitet. Teilweise wurden die Empfehlungen mit Best Practice Beispielen ergänzt, um diese anschaulicher zu gestalten.

6.1. Regionalpolitische Herangehensweisen

Im Umgang mit demographischen Veränderungen im Bezug auf die Daseinsvorsorge kann grundsätzlich zwischen zwei regionalpolitischen Herangehensweisen unterschieden werden. Zum einen sind dies Gegensteuerungsmaßnahmen und zum anderen Anpassungsstrategien. (vgl. KÜPPER 2008: 84f)

6.1.1. Gegensteuerungsmaßnahmen

Mit Gegensteuerungsmaßnahmen ist das Umkehren, Verlangsamen oder Stabilisieren des demographischen Trends gemeint, weshalb es sich um eine offensive Strategie handelt. Hierbei gibt es zwei relevante Handlungsoptionen: Einerseits die Steigerung der Fertilität, beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuung, sowie die Gestaltung von flexiblen Arbeitsmodellen. Andererseits die Vermeidung von Abwanderung und die Kompensierung der Bevölkerungsabnahme durch Zuwanderung, indem attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. (vgl. KÜPPER 2008: 84f) Die Herangehensweise des Gegensteuerns wird auf lokaler oder regionaler Ebene von KLEE (2010) aber eher als „illusorisch“ bewertet. Auf kommunaler Ebene könne im besten Fall der Bereich der Wirtschaftspolitik und -förderung einen Einfluss darauf haben, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen oder zu halten, um Abwanderung von Erwerbspersonen zu stoppen und so den Bevölkerungsrückgang zu bremsen. (vgl. ebd.: 17f)

6.1.2. Anpassungsstrategien

Bei der Anpassungsstrategie handelt es sich um eine defensive Strategie, in der die demographische Veränderung „als unveränderbarer Tatbestand akzeptiert“ und „eine Anpassung der Raum- und Siedlungsstruktur an eine alternde und abnehmende Bevölkerung“ intendiert wird (vgl. KÜPPER 2008: 84). Als Handlungsoptionen können hier bspw. der Ausbau von

Einrichtungen für ältere Personen, sowie altersgerechte Wohnungen, kompakte Siedlungsstrukturen durch Innenentwicklung und dezentrale Konzentration oder der Ausbau der regionalen und interkommunalen Kooperationen genannt werden. (vgl. KÜPPER 2008:84f, AINZ et al 2013: 93ff)

Auch bei der Infrastruktur und den Rahmenbedingungen, um diese aufrecht zu erhalten, übt der demographische Wandel Anpassungsdruck aus. Dabei gibt es drei Varianten, wie die Infrastruktur neugestaltet werden kann:

- *Ausbau*, beispielsweise von Pflegeeinrichtungen für Alte, Kinderbetreuungseinrichtungen und Integrationsleistungen,
- *Anpassung*, beispielsweise durch Verkleinerung, Angebotsumstrukturierung, räumliche Flexibilisierung (zB durch mobile Dienste) oder neue Kooperationen,
- *Rückbau*, vor allem von nicht mehr tragfähiger Infrastruktur

(vgl. AINZ et al 2013: 89).

6.1.3. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine weitere Strategie, um mit dem demographischen Wandel umzugehen. Sensibilisierung und Informationen über demographische Trends, die Vermittlung der Folgen und Konsequenzen des demographischen Wandels sowie erforderliche Anpassungsprozesse sind dabei hilfreich, den Gemeinden und der Bevölkerung das Thema näher zu bringen. Dies kann über Leitfäden, Broschüren, Workshops sowie über das Internet erfolgen. (vgl. AINZ et al 2013: 91)

6.2. Hauptregionsstrategie 2024 Waldviertel

Die Hauptregionsstrategie 2024 des Waldviertels setzt auf vier Aktionsfelder. Zwei davon beinhalten Strategien, welche auch für die LEADER Region Kamptal im Bezug zur Daseinsvorsorge relevant sind. Dies sind das Aktionsfeld 3 „Daseinsvorsorge“ und das Aktionsfeld 4 „Kooperationssysteme“, welche folgende Punkte mit Maßnahmen enthalten:

- „Innen vor außen“ als Leitmotiv in der Raumentwicklung, mit den Stichworten Ortskernbelebung sowie Forcierung einer multifunktionalen durchmischten Nachnutzung bestehender Gebäude
- Dezentrale Konzentration in der Siedlungspolitik

- Kooperationen der Gemeinden, um die Funktionen der Daseinsvorsorge regional abzustimmen. So soll auch die Versorgung mit Gütern, Sozialdiensten und öffentlichen Dienstleistungen gesichert werden und sich das Waldviertel als Wohnstandort positionieren.
- Im Bereich der Mobilität sollen die Hauptachsen ausgebaut werden und die grenzüberschreitende Mobilität verbessert werden. Weiters soll die Franz-Josefs-Bahn erneuert werden. Außerdem braucht es kostengünstige und attraktive Angebote des öffentlichen Verkehrs in peripheren Gebieten.
- Anhand offensiver Generationenpolitik soll ein besseres Zusammenleben erreicht werden.
- Mittels unterschiedlicher Maßnahmen soll durch die Erweiterung und Verbesserung des Bildungsangebotes das Arbeitskräftepotenzial verbessert werden.
- Bereitschaft der Bevölkerung zur Beteiligung, vernetztes Handeln der eingebundenen Organisationen sowie der Wille zur regelmäßigen Evaluation sind Voraussetzung, dass die Hauptregionsstrategie umgesetzt werden kann. Durch Abstimmung und Koordination der Themenbereiche wird die Kommunikation der relevanten AkteurInnen und der Bevölkerung gestärkt.

(vgl. NÖ.Regional.GmbH 2015: 12)

Der demographische Wandel wird in der Hauptregionsstrategie 2024 neben Nachhaltigkeit und Gender Mainstreaming als eines von drei Querschnittsthemen gesehen. Diese Querschnittsthemen sollen bei allen Aktionsfeldern von Relevanz sein und sowohl bei der Erarbeitung als auch bei der Umsetzung der Strategieinhalte berücksichtigt werden.

Die genannten Maßnahmen der Hauptregionsstrategien sind bereits ein guter Ausgangspunkt für Handlungsempfehlungen bei den Herausforderungen, vor denen die LEADER Region Kamptal steht.

6.3. Handlungsempfehlungen für die LEADER Region Kamptal

Die LEADER Region unterliegt einer sehr heterogenen Bevölkerungsentwicklung und auch die Verteilung der Leistungen der Daseinsvorsorge ist sehr divergent. Die Handlungsempfehlungen werden im Folgenden, bezugnehmend auf die unterschiedlichen Auswirkungen, den verschiedenen zuständigen Ebenen zugeteilt – die der überörtlichen (ÜÖ) und örtlichen (Ö) Raumordnung, die der Regionalentwicklung und -planung (R), die der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (Z), also die BewohnerInnen der Region, sowie anderen Fachplanungen (andere). Außerdem werden, wo möglich, die Handlungsempfehlungen den Herangehensweisen Gegensteuerungsmaßnahmen (G) sowie Anpassungsmaßnahmen (A) zugewiesen.

Mit Bezug auf das Ausmaß der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge in der Region werden die Handlungsempfehlungen auf folgende Thesen aufgebaut:

- Die älter werdende Gesellschaft bedarf künftig, begründet durch den Rückgang der informellen Pflege (vor allem durch die Familie), eines größeren und vielfältigeren Pflegeangebots sowie neuer Wohnformen.
- Es besteht das Bedürfnis, so lange wie möglich ein eigenständiges Leben in der Wohnung/im Haus in der Heimatgemeinde führen zu können.
- Die heterogene Entwicklung in der Region fordert Kooperationen unter den Gemeinden, um Unterschiede in der Versorgungsqualität auszugleichen.
- Ein attraktives Lebensumfeld, inklusive gut erreichbarem Arbeitsplatz und Nahversorgungsmöglichkeiten sowie Möglichkeit der Kinderbetreuung, hält junge Familien in den Gemeinden.
- Die heterogenen Lebensentwürfe der BewohnerInnen erfordern unterschiedliche Wohnformen und eine differenziertere Ausstattung der Infrastruktur.

6.3.1. Empfehlungen für den Umgang mit der heterogenen Entwicklung der Region

Die ungleichartige Struktur der Region bewirkt eine heterogene Bevölkerungsentwicklung – sowohl zwischen den Gemeinden der Region als auch teilweise innerhalb der Gemeinden. Gemeinden mit positiven und negativen Wanderungssalden liegen nebeneinander, weshalb auch die Herausforderungen in Bezug auf die Auslastung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge

sowie die Tragfähigkeitsgrenzen verschiedenartig sind. Entweder kann hier ein Mehr an Infrastruktur verlangt werden, oder es benötigt einen Rück- oder Umbau von vorhandener Infrastruktur. Handlungsmöglichkeiten können hier daher eher in einem kleinräumigen Maßstab gegeben werden. Bezugnehmend auf die Daseinsvorsorge betrifft die heterogene Entwicklung, welche auch anhand der Karte mit der Einteilung in Raumtypen (Abb. 22) erkennbar ist, alle Bereiche und auch alle Gemeinden der LEADER Region gleichermaßen.

Als Beispiele für Anpassungsstrategien, um Ungleichheiten in der LEADER Region abzubauen, können die Kooperationen im Bereich der Kleinstkinderbetreuung in Gföhl, die Privatinitiativen „Kamptalerchen“ in Langenlois und „Sonnenschein“ in Gars am Kamp sowie Kooperationen im Bereich der Pflege genannt werden.

Handlungsempfehlungen	Ebene
<p><u>Zielgerichtete Raumordnung</u></p> <p>Um auf das Nebeneinander von Gemeinden mit Zuwanderung und Abwanderung reagieren zu können, sollte die Raumordnung gezielter ausgerichtet werden. Beispielsweise sollen nach DITTRICH Gemeinden mit Abwanderung oder höheren Altersquoten andere Instrumente verwenden als jene Gemeinden, die von Bevölkerungszuwachs profitieren und aus diesem Grund handeln müssen. Die Raumordnung sollte sich hier damit befassen, wie das Wachstum gehandhabt und die Bevölkerung gut verteilt werden kann. Bei anderen Gemeinden wird es nicht darum gehen, die Abwanderung zu stoppen, sondern die Bevölkerungszahl so weit wie möglich stabil zu halten und zu bündeln. Dadurch kann eine kritische Masse erhalten bleiben, damit eine funktionsfähige Daseinsvorsorge mit funktionierendem Gemeindeleben mit Vereinen etc. möglich ist. (vgl. II 58-67) Es bedarf daher einer differenzierten und nicht mehr nur pauschalierenden Betrachtungs- und Herangehensweise auf allen Ebenen. Nicht überall werden Gegensteuerungsmaßnahmen erfolgreich oder leistbar sein, weshalb auch Anpassungsstrategien wie Multifunktionalisierung, Vernetzung oder Flexibilisierung erarbeitet werden müssen. (vgl. POZAREK et al 2013: 32f)</p>	<p>ÜÖ</p> <p>R</p> <p>Ö</p>

Stärkung der Region als Planungsebene

R

Wird die Region als Planungsebene gestärkt, können Maßnahmen aus verschiedenen Arbeitsfeldern besser koordiniert und die finanziellen Mittel stärker auf die unterschiedlichen politischen Handlungsfelder abgestimmt werden. Dazu können informelle Instrumente wie die regionalen Entwicklungskonzepte oder Leitbilder zur Planungs koordinierung verwendet werden. (AINZ et al 2013: 93) Diese Leitbilder sollen interdisziplinär gestaltet werden, da der demographische Wandel nicht nur die ökonomische oder gestalterische Perspektive betrifft, sondern einer ganzheitlichen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung bedarf (vgl. STRAUß 2008: 15).

Wie bereits in der Theorie erwähnt, sind aufgrund der Heterogenität des ländlichen Raumes eine Regionalisierung der Politik sowie Regional Governance-Strukturen sinnvoll. In der Waldviertler Hauptregionsstrategie 2024 wird der demographische Wandel als Querschnittsthema gesehen und es wurden Strategien mit dem Bezug zur Daseinsvorsorge ausgearbeitet. Sinnvoll wäre es aber auch, wenn es auf Kleinregionsebene Ansprechpersonen gäbe, wodurch die Arbeit der KR untereinander, der Wissensaustausch sowie Projektarbeiten und -koordination besser funktionieren würde. In der KR Kampseen gibt es beispielsweise eine Kleinregionsbetreuerin für 5 Stunden in der Woche sowie eine zuständige Person für den Tourismus (vgl. I3 66-68). Dadurch ist die Region von Seiten des LEADER Managements besser ansprechbar.

Weiters ist es wichtig, dass die Fördermittel für Projekte gerecht in der LEADER Region aufgeteilt werden. Außerdem soll die Weiterfinanzierung von Projekten nach der Startphase, beispielsweise durch andere Geldgeber, in der Planung berücksichtigt werden, damit bei den Gemeinden und der Bevölkerung weniger Unsicherheit bezüglich der längerfristigen Finanzierung besteht.

(A) Stärkung der zentralen Orte und dezentrale Konzentration forcieren, um eine kompakte und stabile Raumstruktur sicherzustellen. Durch Konzentration der Siedlungstätigkeit auf die zentralen Orte und Siedlungsschwerpunkte kann beispielsweise auch Zersiedelung vermieden werden (vgl. AINZ et al 2013: 126).

ÜÖ
Ö

Weiters können dadurch Synergieeffekte und Größenvorteile sowie eine Erleichterung der Verkehrsanbindung erzielt werden (vgl. KÜPPER 2008: 86).

Das zentrale Orte System kann, wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, als Grundgerüst für die Bewältigung regionaler Anpassungsprozesse bei der Versorgung mit Infrastruktur gesehen werden. Es muss aber flexibel an die jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen angepasst werden. Beispielsweise könnten manche Leistungen temporär auch mobil gestaltet werden. (vgl. GROWE 2008: 25) Dazu zählen unter anderem mobile Angebote in der Pflege oder bei der Nahversorgung bspw. durch fahrende Greissler oder Bäcker. Eine kompaktere Raumstruktur und Dezentralisierung mit mobilen, bedarfsgerechten und flexibleren Organisationsformen erfüllt auch eher die Anforderungen älterer Personen, da sie aufgrund der eingeschränkteren Mobilität kleinräumigere Aktionsräume haben (vgl. KÜPPER 2008: 86). Vor allem Güter des täglichen Gebrauchs sollten zumindest mobil in allen Gemeinden verfügbar sein.

Obwohl das zentrale Orte Raumordnungsprogramm in Niederösterreich außer Kraft gesetzt wurde, gibt es laut DITTRICH eine interne Nutzung des zentrale Orte Konzepts. (vgl. II 277-279). In der LEADER Region Kamptal gibt es neben einem zentralen Ort der Stufe 1 mit Bevölkerungsverlust (Allentsteig) vier zentrale Orte (Stufe 2: Langenlois und Gföhl, sowie Stufe 1: Gars am Kamp und Rastefeld), die auch eine positive Bevölkerungsentwicklung zeigen. Vor allem diese zentralen Orte sollten mit den umliegenden Gemeinden kooperieren, um die dezentrale Versorgung sicherzustellen und die Daseinsvorsorge sowie den Zugang zu dieser zu sichern.

Daher soll das Land Niederösterreich als Aufsichtsbehörde weiterhin entsprechende Vorgaben und Leitlinien für die nachhaltige Siedlungsentwicklung für die Gemeinden aufbereiten.

(A) Unterstützung von interkommunalen Kooperationen zwischen Gemeinden, Vereinen, Unternehmen sowie Förderung von Netzwerken. So kann durch Aufgaben- und Funktionsteilung die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge sichergestellt werden. (vgl. AINZ et al 2013: 123f) Diese

R
Ö

Maßnahme wird auch in der Hauptregionsstrategie 2024 empfohlen und wurde bereits im Theorieteil in Kapitel 2 genauer erläutert.

In Zukunft wird nicht mehr jede Gemeinde alles anbieten können, weshalb es eine Bündelung der Ressourcen der Gemeinden braucht. Der Bedarf im Bereich der Daseinsvorsorge sowie der technischen Infrastruktur soll künftig regional ermittelt werden und an dem dafür jeweilig günstigsten Standort erfüllt werden. Das bedeutet auch, dass manche Gemeinden beispielsweise auf neue Siedlungs- oder Gewerbefläche zugunsten eines besseren intraregionalen Standortes verzichten müssen. Dazu wäre ein Ausgleichssystem sinnvoll, damit diese Entwicklung nicht zum Nachteil weniger zentraler Standorte geschieht. (vgl. POZAREK et al 2013: 62)

Zweckmäßig wäre es, Kooperationen in jenen Bereichen zu starten, wo diese auch einfach umzusetzen sind, beispielsweise durch dezentrale Kindergärten oder gemeinsame Standesämter. Hierfür könnten die Kleinregionen eine koordinierende Rolle einnehmen. (vgl. ebd.) In der Region gibt es bereits einige Kooperationen, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung, technischer Infrastruktur wie bspw. Abwasserverbände, das Projekt IST-Mobil oder im Bereich der mobilen Pflege. Interkommunale Zusammenarbeit wird aber vor allem für Abwanderungsgemeinden in der Region immer wichtiger. Hier sollen von Seiten des LEADER Managements sowie auf Kleinregionsebene weiter die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander gefördert und unterstützt werden.

6.3.2. Empfehlungen im Umgang mit der Alterung und dem Anstieg des Pflegebedarfs

Die Alterungsprozesse werden künftig in ganz Niederösterreich ein Thema sein und somit müssen sich sowohl periphere Gebiete als auch Städte mit den Herausforderungen auseinandersetzen. In Bezug zur Daseinsvorsorge wirkt sich die Alterung auf einen Anstieg des Pflegebedarfs aus und betrifft somit das Angebot an Pflegeeinrichtungen und -formen sowie unterschiedlicher Wohnformen, begründet unter anderem durch den Rückgang der informellen Pflege - vor allem durch die Familie. Alterung wird künftig alle Raumtypen der Region betreffen. Die Gemeinden der Raumtypen 2 und 4 (Abb. 22) weisen derzeit schon einen höheren Anteil an über 65-Jährigen als der Durchschnitt Niederösterreichs auf und sind daher derzeit am stärksten betroffen.

Getätigte Anpassungsmaßnahmen in der LEADER Region Kamptal waren beispielsweise der Bau bzw. die Planung eines Wohnhauses mit betreutem Wohnen bzw. für Wohnen im Alter im Zentrum von Gföhl und Pölla sowie der Ausbau der mobilen Pflege. Als Gegensteuerungsmaßnahmen können hier die Kampagne der Imageaufbesserung der Pflegeberufe des Land Niederösterreichs oder das Projekt der Nachbarschaftshilfe Plus genannt werden.

Handlungsempfehlung	Ebene
<p><u>(A) Umdenken in der Planung</u></p> <p>Die alternde Bevölkerung sowie Bevölkerungsrückgänge bedürfen eines Umdenkens in der Planung. Anstatt der Lenkung von Wachstum, bspw. durch Ausweisung von neuem Bauland, erfordert es die Gestaltung des Umbaus und bei Bedarf auch des Rückbaus von Infrastruktur. (vgl. AINZ et al 2013: 94) (siehe auch Innenentwicklung in Kapitel 5.3.3) Als Beispiel kann hier die Nachnutzung der stillgelegten Hauptschule in St. Leonhard am Hornerwald durch die ISL Akademie und dem Gesundheitszentrum genannt werden.</p>	<p>ÜÖ</p> <p>Ö</p>
<p><u>(A) Neue Modelle und Konzepte im Bereich der Pflege</u></p> <p>Um auch andere Formen der pflegerischen Versorgung zu ermöglichen sind neue Modelle und Konzepte notwendig. Diese können auch informell oder außerfamiliär sein. Hier können Nachbarschaftstreff oder Beratungsstellen für Senioren WGs sowie altengerechtes Bauen und Wohnen als Beispiel genannt werden. (vgl. AINZ et al 2013: 95)</p> <p>In der Region gibt es bereits Konzepte wie bspw. Angebote im Bereich der mobilen Pflege oder Demenzberatung. Dennoch braucht es aufgrund des künftig steigenden Bedarfs die Ausarbeitung neuer Konzepte.</p> <p>Als innovatives Beispiel kann hierfür „Ambient Assisted Living“ (AAL) genannt werden, bei dem es sich zusammenfassend um Konzepte, Produkte und Dienstleistungen handelt, die Menschen im Alltag durch den Einsatz von Kommunikations- und Informationstechnologien unterstützen. Dabei werden Technologien und das soziale Umfeld miteinander verbunden, um die Lebensqualität der Menschen zu</p>	<p>R</p> <p>Ö</p> <p>andere</p>

erhöhen. Diese Technologien sollen kranke Menschen dabei unterstützen, bspw. bei einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes, schneller medizinische Hilfe wahrnehmen zu können. Während sich einige dieser Produkte noch in der Forschungs- und Entwicklungsphase befinden, gibt es bereit Produkte wie Sturzmeldesysteme, Hilfeanrufanlangen aber auch Internetportale zur sozialen Integration älterer Menschen bspw. mit Services zur Lebensmittellieferung oder Gedächtnistraining. (vgl. BMSGPK oJ) AAL oder auch „umgebungsunterstütztes Leben“ ist bestimmt ein Bereich, der noch viel Forschung bedarf, aber künftig ein großes Potenzial als Ergänzung für die verschiedenen Wohnformen hat.

(A) Unterstützung von pflegenden Angehörigen

Auch wenn der Anteil der Pflege durch Angehörige etwas zurück geht, wird noch immer der größte Teil der pflegerischen Versorgung innerhalb der Familie geleistet. Ein wichtiges Thema für die körperliche und geistige Gesundheit pflegender Angehöriger ist deren Entlastung und Begleitung bspw. durch fachkundige Ansprechpersonen. Wichtig sind auch Wertschätzung und Anerkennung der Pflegearbeit sowie ortsnahe und niederschwellige Betreuungsgruppen, Schulungen oder Workshops für die Angehörigen. (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2016: 20) In der Region werden laut DORN und STUMMER beispielsweise monatlich Betreuungsnachmittage für SeniorInnen organisiert, die die Angehörigen entlasten. Außerdem werden Beratungen durch Diplompflegerkräfte sowie Demenzberatung für Angehörige angeboten. Weiters gibt es seitens des Hilfswerks das Pilotprojekt der sozialen AlltagsbegleiterInnen, die den KundInnen in ihrem häuslichen Umfeld Gesellschaft leisten und unterstützen und so die pflegenden Angehörigen für ein paar Stunden entlasten. (vgl. I7 124f, 212-218, 334-337)

(A) Errichtung von Tagesbetreuungscentren für pflegebedürftige ältere Menschen oder Demenzkranke in der Region, um pflegende Angehörige zu entlasten oder ihnen einen Berufsalltag zu ermöglichen.

R

andere

ÜÖ

andere

(A) Planung auch auf Nicht-PKW-BesitzerInnen auslegen, damit diese ihre täglichen Erledigungen zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewerkstelligen können. Diese Planung betrifft sowohl die Innenentwicklung, die im Punkt 6.3.3. näher erklärt wird, als auch das Angebot des öffentlichen Verkehrs. Davon profitieren nicht nur ältere Personen, die nicht (mehr) mit einem PKW fahren können oder wollen, sondern auch jüngere Personen ohne Führerschein sowie Personen, die sich bewusst gegen ein Auto entscheiden.

Hier gab es in der Region bereits Projekte wie das Mitfahrbankerl, das auch Bewusstsein seitens der Bevölkerung in Bezug zu Fahrgemeinschaften schaffen kann, oder das IST-Mobil, um vor allem im peripheren Bereich durch Mikro-ÖV den öffentlichen Verkehr zu ermöglichen.

ÜÖ
R
Ö

(A) Förderung neuer Wohnformen und zentrumnahes Wohnen

Auch wenn die meisten Menschen tendenziell so lange wie möglich selbständig im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung leben möchten, gibt es oftmals Gründe für einen Wohnortwechsel oder für einen Wechsel in eine andere Wohnform zB wenn das eigene Haus zu groß geworden ist, die Versorgungsstruktur vor Ort nicht ausreicht oder das Bedürfnis in Gemeinschaft zu leben besteht. Die Vorstellungen, wie ältere Personen wohnen möchten werden immer differenzierter – dies betrifft auch jene Personen, die Betreuung und Pflege benötigen. (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2016: 10) Daher sollen neue selbstbestimmte Wohnformen wie Generationenwohnen oder Senioren WGs in der Region gefördert werden. Auch zentrumnahes Wohnen fördert die Selbständigkeit älterer Personen.

Als Beispiel für neue Wohnformen können auch Quartierskonzepte genannt werden. „Diese berücksichtigen neben der Schaffung eines wertschätzenden Umfeldes und von bedarfsgerechten Wohnangeboten und Dienstleistungen auch die soziale und räumliche Infrastruktur des Wohnumfeldes.“ (Amt der Oö. Landesregierung 2016: 10) Das Diakoniewerk führt bspw. in Bad Zell in Oberösterreich ein Haus für SeniorInnen, in dem es vier Hausgemeinschaften sowie fünf Wohnungen mit Betreuung für Menschen im Alter gibt. Gemeinsam mit der Gemeinde wurde die Quartiersarbeit in Bad Zell entwickelt, welche unter dem Titel „Mehr Zeller

R
Ö
andere

Nachbarschaft“ steht. Derzeit gibt es hier Dienste im Bereich Besuchsdienst, Mittagstisch und Mobilitätsdienst. (vgl. Diakoniewerk oJ)

(A) Förderung und Unterstützung des Ausbaus der Barrierefreiheit in Wohnungen

Künftig ist mit einem weiteren Anstieg der Haushaltzahlen zu rechnen, da auch ältere Menschen meist allein oder zu zweit leben. Trotzdem weicht der Wohnraum oft von den zukünftig notwendigen Anforderungen ab – die Wohnungen sind zu groß und oftmals nicht barrierefrei. Weiters sind sie oft nicht mehr marktfähig, weil sich eine Sanierung des Wohnraums nicht mehr lohnt. In der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ von Nordfriesland von 2012 gab es diesbezüglich Vorschläge, die auch in der LEADER Region Kamptal umgesetzt werden könnten. Hier wurden mit örtlichen Handwerkerschaften Seminare für HandwerkerInnen, ArchitektInnen sowie anderen Fachleute organisiert, bei denen es um den barrierefreien Umbau von vorhandenen Häusern und Wohnungen ging. (vgl. LAMERS 2012: 30) Solche Seminare könnten auch in der LEADER Region von den Gemeinden für die Bevölkerung sowie lokale AkteurInnen gehalten werden, um alten Menschen so lange wie möglich das Leben zu Hause sicherzustellen sowie dem Problem der vermeintlichen Leerstände entgegen zu wirken.

(A/G) Barrierefreiheit in den Einrichtungen und der Infrastruktur der Gemeinde

Auch die Einrichtungen der Gemeinden sollen altersgerecht ausgebaut bzw. an die altersstrukturellen Veränderungen angepasst werden. Bei diversen Planungen sollen alle demographierelevanten AkteurInnen mit einbezogen werden, wie Ältere, Kinder/Jugendliche/Familien, MigrantInnen oder nicht PKW-BesitzerInnen sowie deren Bedürfnisse und Wünsche stärker berücksichtigt werden. (vgl. AINZ et al 2013: 95, 115) Dazu können zB Ortsbegehungen mit den unterschiedlichen oben genannten AkteurInnen durchgeführt werden, um den möglichen Handlungsbedarf zu eruieren. Denn von barrierefreiem Bauen profitieren nicht nur Alte, sondern alle Generationen.

(A/G) Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes

R

Aufgrund des Anstiegs der älteren Personen wird dem Ehrenamt ein bedeutendes Potenzial zugeschrieben, da ein steigender Anteil an älteren Personen so gesund, gebildet und mobil ist wie nie zuvor und dies auch in Zukunft sein wird. Freiwilligenarbeit kann noch dazu als sinnvolle Freizeitbeschäftigung dienen und es stärkt die Bindung an die Region. (vgl. KÜPPER 2008: 87) Ehrenamtliche Angebote können weiters als ergänzende Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und Versorgung gesehen werden. Diese können aber das Angebot des Staates nicht ersetzen. Die Organisation von ehrenamtlichen Angeboten wird auf kleinräumiger Ebene empfohlen. (vgl. FISCHER et al 2017: 544)

Z

Als Beispiel für ehrenamtliche Projekte können hier Zeitbanken genannt werden, wo auf Vereinsbasis Nachbarschaftshilfe in allen Lebensbereichen angeboten wird. Beispielsweise ist es das Ziel der Zeitbank 55+ „dass die Mitglieder so lange wie möglich selbständig und in der vertrauten Umgebung eine hohe Lebensqualität genießen“ können. (vgl. Zeitbank 55+ Tragwein oJ)

In der Region gibt es derzeit schon einige Möglichkeiten sich freiwillig zu engagieren. Die Motivation Ehrenamt zu leisten soll unbedingt weiter unterstützt werden. Daher ist auch eine Ausweitung der Nachbarschaftshilfe Plus in andere Gemeinden der Region zu überprüfen. Die Einrichtung einer Anlaufstelle für Freiwillige auf Gemeindeebene, um diese zu vermitteln bzw. die Einsatzbereiche zu überprüfen (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2016: 16), wäre eine weitere Handlungsmöglichkeit.

(G) Freizeit-, Erholungs- und Bildungsangebote für Ältere fördern

R

Freizeit- und Erholungsangebote sollen auch auf die ältere Generation ausgerichtet werden. Dadurch wird auch die Attraktivität der Gemeinde als Wohnstandort für diese Zielgruppe erhöht. Auch die Bildungsnachfrage älterer Menschen wird künftig ansteigen, wobei diese nicht nur Empfänger von Angeboten sind, sondern auch Bildungsvermittler, Kulturschaffende sowie innovative und kreative Vordenker für

Ö

andere

künftige gesellschaftliche Aufgaben sein können (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2016: 17).

Als Beispiel kann die SeniorInnenUNI der IMC FH Krems genannt werden. Hierbei handelt es sich um ein Weiterbildungsangebot für Frauen und Männer, die sich in der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase befinden und neue Aufgabefelder entdecken wollen. Dabei werden Schwerpunkte auf die Kompetenzerweiterung und den Wissensaufbau für ein ehrenamtliches Engagement gelegt. Weiters findet ein Austausch mit StudentInnen der FH statt, wodurch ein generationsübergreifender Zugang geschaffen und eine Diskussionsplattform gegeben ist. (vgl. IMC FH Krems oJ) In der LEADER Region gab es beispielsweise Kurse, in denen SeniorInnen die Smartphone Nutzung nähergebracht wurde. Generell können Angebote für Bildung, Freizeit oder Bewegung durch Vereine organisiert werden oder durch die Volkshochschulen angeboten werden.

(G) Anerkennung und Sichtbarmachen des Personals der 24-Stunden-Betreuung sowie Integrationsmaßnahmen für das Personal in den Gemeinden realisieren, beispielsweise durch das Organisieren von Stammtischen oder Ausflügen.

R
Z
andere

(G) Generationenbeziehungen fördern

Der Zusammenhalt zwischen den Generationen ist nicht selbstverständlich und muss daher immer wieder aufgebaut werden. Generationenbeziehungen werden vor allem aufgrund der demographischen Veränderung sowie der Veränderung der Familienstrukturen immer wichtiger. Der Dialog zwischen den Generationen fördert den gegenseitigen Respekt oder die Weitergabe von Erfahrungen und Wissen an die nächsten Generationen und aktivieren somit die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen. Viele dieser Generationenkontakte finden informell wie bspw. in der Nachbarschaft statt. (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2016: 18) Daher kann auch die Nachbarschaftshilfe Plus als ein Projekt gesehen werden, das die Generationenbeziehungen fördern kann, sowie die bereits genannten Quartierskonzepte.

Aber auch in die Vereinsarbeit sollen intergenerationelle sowie interkulturelle Themen aufgenommen werden. Außerdem sollen Hochbetagte aber auch junge

Z

Leute sowie ZuwanderInnen oder SaisonarbeiterInnen (wie bspw. auch die BetreuerInnen der 24-Stunden Hilfe) in die Vereine aktiv eingeladen werden. Dadurch kommt es zu einem umfangreicheren Kompetenz- und Interessensaustausch. (vgl. AINZ et al 2013: 119f)

(G/A) Förderung von Projekten mit Bezug zum demographischen Wandel

R

Projekte, welche den demographischen Wandel und seine Auswirkungen thematisieren, sollen entwickelt und gefördert werden. Außerdem soll auf die Thematik mit Hilfe von Workshops oder Foren aufmerksam gemacht werden. (vgl. AINZ et al 2013: 123) Die Förderung von Projekten mit Bezug zur Alterung sind daher sinnvoll, da Angebote, die gezielt an die ältere Bevölkerung gerichtet sind, an geeigneten Standorten die Tragfähigkeit und Wirtschaftlichkeit bereits vorhandener Einrichtungen und Infrastrukturen verbessern können. Weiters können auf regionaler Ebene Jobs, wie bspw. Dienstleistungen oder Betreuung, für die Jungen hervorgebracht werden und somit deren Sesshaftigkeit in der Region bestärkt werden. (vgl. POZAREK et al 2013: 35)

Ö

6.3.3. Empfehlungen für den Umgang mit Abwanderung, der Pluralisierung der Lebensstile und der Veränderung der Wohnraumanforderungen

Die veränderten und heterogenen Lebensstile der Bevölkerung benötigen unterschiedliche Wohnformen und eine differenzierte Ausstattung mit Infrastruktur. Die kritische Masse zur Bewahrung der verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge in den Gemeinden kann eher erhalten werden, wenn es zum einen älteren Personen ermöglicht wird, länger in ihrer Heimatgemeinde zu wohnen, und zum anderen, junge Familien durch familienfreundliche Wohn- und Lebensqualität in den Gemeinden gehalten werden oder zum Zuzug animiert werden.

Einige Gemeinden der Region sind von einem Rückgang der Bevölkerungszahlen und somit von Abwanderung betroffen (Raumtypen 3 und 4, vgl. Abb. 22). Diese Gemeinden sind vor allem gefährdet, die Tragfähigkeitsgrenzen zu unterschreiten, wodurch sich das Angebot an Daseinsvorsorge reduzieren kann. Die Abwanderung hat unter anderem Einfluss auf die Nahversorgung, da sich die Kaufkraft reduziert, die Versorgung mit öffentlichem Verkehr, da sich

die Zahl der NutzerInnen vermindert oder die Kinderbetreuung, weil die Mindestanzahl an Kindern nicht mehr erreicht wird. In diesen Gemeinden wird ein größerer Aufwand erfordert, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und so die Basisversorgung aufrechtzuerhalten.

Gemeinden mit Zuwanderung, das sind die Gemeinden der Raumtypen 1 und 2, müssen sich hingegen verstärkt mit Integration und den heterogenen Wohnraumanforderungen der BürgerInnen auseinandersetzen.

Durch den Erhalt und die Implementierung eines abwechslungsreichen Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes kann die demographische Entwicklung stabilisiert werden. Wichtig ist es auch die Wohn- und Lebensqualität durch öffentliche Einrichtungen und Institutionen der Daseinsvorsorge, wie auch Kinderbetreuungseinrichtungen in der Nähe des Wohnortes vor allem für junge Familien zu optimieren und auch das Wohnumfeld kinder- und familienfreundlich zu gestalten. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Einbeziehung und Integration von Zugewanderten. (vgl. AINZ et al 2013:92f)

Die Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen im Ort zu halten betrifft grundsätzlich alle Gemeinden, jedoch wird es für Abwanderungsgemeinden (Raumtypen 3 und 4) künftig eine größere Herausforderung sein, die kritische Masse für die Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu erhalten.

Als Anpassungsstrategien in der Region können hier beispielsweise die Etablierung des IST-Mobils oder des Mitfahrbankerls genannt werden, die Privatinitiativen zur Kinderbetreuung in Langenlois oder Gars am Kamp sowie der Rückbau der alten Hauptschule in St. Leonhard am Hornerwald und der Neunutzung dieses Gebäudes durch die ISL Akademie. Weiters kann die Umnutzung bzw. multifunktionale Nutzung leerstehender Objekte in Rastefeld und Gars am Kamp genannt werden. Als Gegensteuerungsmaßnahmen können die Ortskernbelebung in Gföhl, das Projekt „Wohnen im Waldviertel“ oder die Jugendgespräche des Bürgermeisters in Schönberg am Kamp genannt werden.

Handlungsempfehlung	Ebene
<p><u>Langfristige vs. kurzfristige Planung</u></p> <p>Für die Planung wird die Bestrebung eines strategisch integrativen Ansatzes empfohlen, welcher langfristig orientiert ist und Prioritäten setzt. Durch konstantes</p>	<p>Ö</p>

Monitoring und Controlling bleibt die Planung aber offen für Revisionen und Lerneffekte, wodurch Flexibilität gewährleistet werden kann, welche vor allem aufgrund der unsicheren kleinräumigen Prognosen wichtig ist. (vgl. KÜPPER 2008: 89f) Derzeit wird in der Region eher der planerische Ansatz des Inkrementalismus angewandt, bei der die Planung als schrittweiser, pragmatischer Prozess verstanden wird. Beispielsweise wird hier abgewartet, bis eine bestimmte Kennzahl der Auslastung unterschritten wird, ehe mit der Schließung oder alternativen Betriebskonzepten reagiert wird (vgl. ebd.: 90).

Es ist abzuwägen, in welchen Bereichen langfristig und in welchen kurzfristig geplant werden soll. Jedoch wäre es sinnvoll, wenn in den örtlichen Raumordnungsprogrammen Strategien für den Umgang mit den möglichen Herausforderungen des demographischen Wandels aufgenommen werden. Hier kann bspw. das Stichwort Innenentwicklung genannt werden (siehe nächste Seite). Vor allem Abwanderungsgemeinden brauchen Strategien, wie sie besonders junge Frauen und aktiv im Erwerbsleben stehende Personen, beispielsweise durch ein familienfreundliches Wohnumfeld inklusive Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder flexiblen Arbeitszeiten, in den Gemeinden halten können.

(A) Zentrale Orte und dezentrale Konzentration

(siehe Kapitel 6.3.1)

ÜÖ

Ö

(A) Innenentwicklung und Nutzung von Leerständen

Sowohl in schrumpfenden als auch in wachsenden Gemeinden wird sich die Raumplanung in Zukunft noch stärker mit der Innenentwicklung beschäftigen müssen. Dazu zählen unter anderem auch Flächenkonversionen, Leerstandsmanagement, Adaptierung von Häusern sowie Rückbau. (vgl. AINZ et al 2013: 81, 117).

Bei einer vorausschauenden Bodenpolitik werden unbebaute Grundstücke gesichert. Generell soll zentral gelegenen Baulücken der Vorrang gegeben werden und somit primär die Innenverdichtung behandelt werden, anstatt neues Bauland auszuweisen. (vgl. LAMERS 2012: 30) Denn vor allem schrumpfende Gemeinden sehen durch das Ausweisen neuer Bauflächen die Chance, neue EinwohnerInnen gewinnen zu

ÜÖ

Ö

können. Jedoch sollen die Gemeinden eher auf den Erhalt und Ausbau der Attraktivität der Gemeinde achten und sich somit auf den Bestand konzentrieren. (vgl. SCHMIDT 2010: 12) Falls Außenentwicklung nicht verhindert werden kann, müssen verstärkt die Folgekosten berücksichtigt werden. Hierfür können der Niederösterreichische Infrastrukturkostenkalkulator sowie weitere Planungstools des Landes Niederösterreich herangezogen werden.

Daher sollen sich die Gemeinden neben einer vorausschauenden Bodenpolitik verstärkt mit der Weiterentwicklung des Bestandes befassen - wie die Nachnutzung und Umnutzung von Gebäuden (vgl. AINZ et al 2013: 81, 117). Dazu müssen die leerstehenden Gebäude in der Gemeinde erfasst und eventuell saniert sowie Überlegungen gemacht werden, wie die Gebäude sinnvoll nachgenutzt werden können. Leerstehende Gebäudekomplexe können wie die bereits genannten Beispiele in Gars am Kamp oder Rastendorf sowie in St. Leonhard am Hornerwald adaptiert und umgenutzt werden.

(A) Multifunktionale Nutzung von Gebäuden

Vor allem in Abwanderungsgemeinden ist die multifunktionale Nutzung von Gebäuden sinnvoll, indem hier beispielsweise Nahversorger, Post und Arzt gebündelt in einem Gebäude vorzufinden sind. Dadurch können Ressourcen gespart und dennoch einige Dienste der Daseinsvorsorge dezentral angeboten werden. In der Region gibt es bereits gute Beispiele, wie Leerstände multifunktional nachgenutzt wurden – In Gars am Kamp als Co-Working Spaces, Kindererlebniswelt und Café oder in Rastendorf von einem Nahversorger, der Polizeistation, einer Hausärztin sowie einem Café.

(A) Fördern von Netzwerken und Kooperationen

Es wird empfohlen Kooperationen zwischen Gemeinden, Vereinen, Unternehmen und Verbänden, sowohl finanziell als auch organisatorisch, zu fördern, um die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen (vgl. AINZ et al 2013: 123) (siehe auch Kapitel 6.3.1 interkommunale Kooperationen)

Ö

andere

R

Ö

(A) Aufrechterhaltung der Nahversorger in den Gemeinden bspw. mit Unterstützung von NAFES um auch für immobile Personengruppen die wohnortnahe Versorgung sicher zu stellen. Die Nahversorger sind vor allem in den Abwanderungsgemeinden gefährdet, wie bspw. in Pölla, wo sich die Anzahl der Nahversorger von vier auf einen reduzierte.

Wenn es nicht möglich ist die bestehenden Nahversorger zu erhalten, ist ein Ausbau von mobilen Angeboten zu überprüfen. Neben Bäckern, die ein erweitertes Sortiment mobil verkaufen sind auch mobile Verkaufsstellen eine Alternative für den ländlichen Raum. Dabei kann sich der Kunde periodisch und zu ausgewählten Zeitpunkten mit Produkten des täglichen Bedarfs in einer mobilen Verkaufsstelle versorgen. Dabei kann diese Verkaufsstelle nicht nur eine Gemeinde, sondern eine ganze Region versorgen. Bei den Halteplätzen soll der Weg von der Wohnung zum mobilen Verkaufsgeschäft maximal 500 Meter betragen. Da der Platz limitiert ist, muss das Sortiment sorgfältig ausgewählt werden, um rentabel zu sein. Trotz zeitlicher Einschränkung der Verkaufsmöglichkeit werden soziale Kontakte gefördert, da der Wagen von mehreren Kunden zum gleichen Zeitpunkt aufgesucht wird. (vgl. MEIXNER et al 2007: 28f)

Auch der bereits genannte Punkt der multifunktionalen Nutzung von Gebäuden ist im Bereich der Nahversorgung eine Option. Durch die Vergabe von Einkaufsgutscheinen für die örtlichen Nahversorger durch die Gemeinde an die Bevölkerung oder durch den Einkauf der Vereine bei den Geschäften im Ort kann weiteres Bewusstsein für das regionale Einkaufen geschaffen werden.

Die Regionalplanung soll außerdem als Moderator und Motivator dienen, damit neben der Versorgungskomponente auch die soziale Komponente der Nahversorger erhalten bleibt. Dafür könnten laut PRIEBIS (2013: 208) regionale Einzelhandelskonzepte erstellt werden. Außerdem kann die Öffentlichkeit durch Wettbewerbe auf die Wichtigkeit der örtlichen Grundversorgung und somit auf die Bedeutung der Aufrechterhaltung der dezentralen Handelsstrukturen aufmerksam gemacht werden.

ÜÖ

R

Ö

Z

andere

(A) Bedarfs- und generationengerechte Planung und Wohnpolitik:

Ö

Beim Wohnbau muss auf die Veränderung der Altersstruktur sowie die veränderten Familienformen und Haushaltsstrukturen mit flexiblen Wohnmöglichkeiten reagiert werden. Daher muss Wohnangebot geschaffen werden, welches durch flexible Wohnungsgrundrisse so gestaltet wird, dass familienfreundliches, aber auch adaptierbares, seniorengerechtes oder barrierefreies Wohnen möglich ist. Der gesellschaftliche Wandel macht zusätzlich gemeinschaftliches Bauen, Wohngruppen, Mehrgenerationenhäuser sowie betreutes und betreubares Wohnen immer wichtiger. Dafür können Planungsinstrumente wie beispielsweise Bebauungspläne, Ortsbildungskonzepte, Wohnbauförderung, Entwicklungskonzepte sowie partizipative Orts- und Regionalplanung herangezogen werden. (vgl. AINZ et al 2013: 79f, 82)

(A) Genossenschaftsmodelle neu aktivieren

R

Gemeinschaftliches Wohnen und verschiedene Wohnprojekte sollen bei Bereitschaft der BürgerInnen wieder aktiv in die Gemeinden eingebracht werden (vgl. AINZ et al 2013: 120). Solche Projekte könnten auch durch LEADER unterstützt werden.

Z

Als Beispiel kann hier das Wohnprojekt Nachbarschaftliches Wohnen – GENAWO GmbH in Garsten bei Steyr (OÖ) genannt werden, in dem die Gemeinschaftsflächen gelebte Nachbarschaft und „soziales Eingebundensein ermöglichen“ und die Wohnungen Rückzugsort sind. Außerdem wurde bei diesem Projekt ein alter denkmalgeschützter Hof revitalisiert, wodurch ein potenzieller Leerstand verhindert wurde. (vgl. GENAWO GmbH oJ)

(G) Strategien für einen befürchteten Ärztemangel

Ö

Um dem künftig befürchteten Ärztemangel entgegenzuwirken braucht es Strategien. Einerseits um die bestehenden ÄrztInnen in den Gemeinden halten zu können, wie bspw. durch attraktive Mietverträge für die Ordinationen, und andererseits, um junge ÄrztInnen für Regionen mit unbesetzten Stellen zu begeistern. Beispielsweise vergibt die Karl Landsteiner Privatuniversität in Krems AbsolventInnen des Masterstudiums Humanmedizin Kreditzuschüsse, wenn sich diese verpflichten in

andere

Niederösterreich in einer Krankenanstalt des Landes oder als niedergelassener Arzt zu praktizieren, bis sie den Kredit zurückbezahlt haben (vgl. Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften GmbH oJ).

(G) Stärkung der raumbezogenen bzw. regionalen Identität

Bei der raumbezogenen Identität handelt es sich laut WEICHHART et al. (2006: 21) um „*die persönliche oder emotionsbezogene Bindung von Menschen an bestimmte Orte oder Gebiete*“. Von diesem Phänomen ist jeder in irgendeiner Weise betroffen, es kann auch als „Heimatgefühl“ oder „Ortsbezogenheit“ bezeichnet werden. Weiters ist „*[r]aumbezogene Identität [...] ein Phänomen, das sich im Bewusstsein von Menschen abspielt*“, und somit Bestandteil des Denkens und der Bewusstseinsströme ist. (ebd. 21, 29) Die regionale Identität setzt sich aus drei Elementen zusammen:

- „Identification of“ oder regionale Merkmale – die Frage nach: woher kommen wir?, der Naturraum der die Menschen und ihre Arbeit innerhalb dieses Raumes prägt, spezielles Wissen und Können der Region sowie regionale Zusammenarbeit
- „Identification with“ oder Bindung der Menschen an die Region – ökonomische Bindung, soziale Bindung und kulturelle Bindung
- „Being identified“ oder Zuschreibungen, die Menschen der Region geben. (vgl. BAUMFELD 2011: 3ff)

Laut DITTRICH sind es auch eher die emotionalen Gründe, die Personen zum „dableiben“ bewegen (II 374-376). Werden also diese angesprochen, kann die Bevölkerung eher in der Region gehalten werden.

Beispielsweise steht beim Regionsblatt Kampseen neben Informationen über das Gemeindegesehen auch die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung, BewohnerInnen der Kleinregion Kampseen zu sein, im Vordergrund (vgl. Amt der NÖ Landesregierung oJ b). Die Kommunikation mit den BürgerInnen soll in unterschiedlichen Formaten gestaltet werden, bspw. über das Internet, Newsletter, Dialoge oder

R
Ö
Z

Events. Auch Weggezogene können über diese Wege erreicht werden und so die regionale Identität gestärkt werden.

Aber auch über die Vereinsarbeit kann die soziale sowie kulturelle Bindung an die Region gefördert werden. Deshalb sollen auch Jugendliche und Frauen verstärkt in die Vereine integriert und ihnen eventuell Schlüsselfunktionen zugeteilt werden, um die Bindung zu stärken.

Auch die folgenden beiden Punkte zur BürgerInnenbeteiligung und die Förderung inklusiver Projekte können als Maßnahmen im Bereich der Stärkung der regionalen Identität gesehen werden.

(G) Aktive BürgerInnenbeteiligung – Motivation der jungen Bevölkerung

Die BürgerInnen sollen aktiv in die Planung mit einbezogen werden. So wird die Akzeptanz von Maßnahmen, wie bspw. der Innenentwicklung und der damit in Verbindung stehenden schwierigeren Ausweisung von neuem Bauland sowie bei der Nach- und Neunutzung von Leerstand, gestärkt (vgl. GROWE 2008: 25).

Die BürgerInnen sollen selbst auch die Bereitschaft haben, die Angebote zur Beteiligung und Mitentscheidung anzunehmen und das eigene Know-How und eigene Ressourcen in die Gemeinde oder in das Vereinswesen einbringen. Außerdem ist es wichtig, die junge Bevölkerung aktiv bei Projekten einzuladen, damit auch deren Bedürfnisse für einen attraktiven Lebensraum, sowohl für die Gegenwart als auch die Zukunft, berücksichtigt werden, wie dies beispielsweise bei den Jugendgesprächen in Schönberg am Kamp der Fall war. Dazu braucht es – wie es auch bereits in der lokalen Entwicklungsstrategie erwähnt wurde – zielgruppenaktive Formate zur Aktivierung. Auch Zugezogene sollen aktiv in das Dorfleben und in Aktivitäten miteinbezogen werden.

Auch in Form von BürgerInnenräte, sowohl auf Gemeindeebene als auch auf regionaler Ebene, können sich BewohnerInnen beteiligen, um beispielsweise kreative Entwicklungen und Umsetzungen von Lösungen zu verschiedenen Themen zu bearbeiten. Weiters werden das Engagement und das demokratiepolitische Verständnis gestärkt. Hierfür werden nach dem Zufallsprinzip – unter

R
Ö
Z

Berücksichtigung des Geschlechtes, Alters und Wohnviertels – BürgerInnen ausgewählt um, mit Unterstützung eines Moderators, Themen des öffentlichen Interesses zu behandeln und Lösungs- bzw. Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Diese Ergebnisse werden danach zusammengefasst und öffentlich präsentiert. Danach löst sich der Rat auf und es besteht für die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit, die Themen bspw. in Arbeitsgruppen zu diskutieren. Es macht Sinn, alle paar Monate einen neuen BürgerInnenrat zu gründen, welcher neue Themen findet und die vorhergehenden Ergebnisse diskutiert. Dadurch kann ein Querschnitt an Interessen der Bevölkerung gesammelt werden. (vgl. BMK oJ) Auch JugendbürgerInnenräte können in diesem Format abgehalten werden.

(G) Fördern inklusiver Projekte

Fördern von Projekten, die sich mit den Themen Zusammenleben, Nachbarschaft und öffentlicher Raum beschäftigen (vgl. AINZ et al 2013: 117) und dabei auch alle Altersgruppen und Zugezogene motivieren, bei Projekten teilzunehmen. Als Beispiel kann das Sozialfestival „Tu was, dann tut sich was“ genannt werden, welches bereits in einigen Regionen durchgeführt wurde (Mühlviertler Alm, Lungau, Steirische Eisenstraße, Mostviertel Mitte). Hier wurde die Bevölkerung eingeladen, innerhalb der „Region in begleiteten Projektgemeinschaften Ideen zu entwickeln und umzusetzen, die den sozialen Zusammenhalt in der Region verbessern und die Teilhabemöglichkeiten von (benachteiligten) Menschen stärken.“ (Verein zur Förderung des Festivals Tu was, dann tut sich was oJ)

Weiters sollen auch multilokal Lebende, also Personen, die an zwei oder mehr Orten leben und sich heimisch und verbunden fühlen (vgl. Amt. der Oö. Landesregierung 2019: 4), wie bspw. weggezogene Studierende oder periodisch im Ort lebende Pflegekräfte, am Gemeindegesehen teilhaben können. Diese Multilokalen können ihre Eindrücke und Erfahrungen aus anderen Regionen einbringen und wiederum zur Belebung und Steigerung der Attraktivität in den Gemeinden beitragen sowie innovative Lösungen mitbringen. Beispielsweise könnte es hier regelmäßige Veranstaltungen zum Kennenlernen von Zugezogenen, Einheimischen und Weggezogenen geben. Weiters sollen sie auch in die Vereinsarbeit integriert werden. (ebd.: 26).

R
Ö
Z

7. Zusammenfassung und Fazit

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung der LEADER Region Kamptal zeigt ein sehr heterogenes Bild, in der Gemeinden mit einem Bevölkerungszuwachs neben Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang liegen. Auch die Altersverteilung ist innerhalb der Region sehr gemischt. Daher haben die Gemeinden je nach Raumtyp unterschiedliche Herausforderungen und brauchen somit auch verschiedene Herangehensweisen im Umgang mit der demographischen Veränderung. Aufgrund der Größe der LEADER Region Kamptal sowie den umfassenden Faktoren, die beim demographischen Wandel sowie der Leistungen der Daseinsvorsorge zusammenspielen, konnte leider nicht auf alle Gemeinden speziell eingegangen werden, da dies sonst den Umfang der Arbeit gesprengt hätte.

Im Großen und Ganzen lassen sich die in der Literatur genannten Auswirkungen auch in den regionalen Herausforderungen, die die interviewten ExpertInnen im Bezug auf die gegenwärtige und künftige Situation der Daseinsvorsorge formulierten, wieder finden. Generell kann gesagt werden, dass der Bedarf im Bereich der Pflege weiterhin ansteigen und es vielfältigere Betreuungsarten sowie Wohnformen für Ältere brauchen wird. Gleichzeitig bedarf es Maßnahmen, um einem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken. Dennoch eröffnen sich durch die immer älter werdende Gesellschaft neue Märkte und Optionen im Tourismus oder im Ehrenamt. Auf der anderen Seite gibt es trotz Geburtenrückgang einen Anstieg der Nachfrage von Kinderbetreuungsplätzen, dennoch wurden auch Schulstandorte in Frage gestellt. Im Gegensatz zueinander stehen auch die leerstehenden Gebäude und Geschäftsflächen in einigen Ortszentren sowie die Einkaufszentren mit großen Parkplätzen an den Ortsrändern. Weiters verändern sich durch die Individualisierung der Bevölkerung die Bedürfnisse nach unterschiedlichen Wohnformen. Die ältere Bevölkerung sowie die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse beeinflussen außerdem den öffentlichen Verkehr, weshalb es bedienerfreundliches und flexibleres Angebot bedarf.

Vor allem Abwanderungsgemeinden mit einem Anteil an über 65-Jährigen über dem Niederösterreichsdurchschnitt brauchen verstärkt Maßnahmen für die ältere Generationen sowie um junge Familien in den Gemeinden halten zu können. Alle Gemeinden der Region werden künftig verstärkt Angebote für die alternde Gesellschaft schaffen müssen. Gemeinden mit einem großen Bevölkerungszuwachs werden zusätzlich Integrationsmaßnahmen brauchen, um ein harmonisches Miteinander der EinwohnerInnen gewähren zu können.

Grundsätzlich gab es in der Region schon einige Ansätze bzw. Reaktionen auf die demographische Veränderung und deren Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge, wobei es hier auch Unterschiede gibt, inwieweit die Herausforderungen der Veränderung als Thematik bereits in den Gemeinden angekommen sind und behandelt wurden. Gemeinden wie Pölla, Langenlois, Gföhl, Rastendorf oder Eichenbach scheinen hier aktiver als manch andere Gemeinde. Innovative Herangehensweisen waren beispielsweise das Projekt IST-Mobil, private Initiativen bei der Kinderbetreuung, multifunktionale Nutzung leerstehender Objekte oder diverse Kooperationen.

In den raumordnungsrelevanten Dokumenten auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen wird der demographische Wandel meist als Querschnittsthema gesehen. Dennoch fehlt in den Entwicklungsstrategien der Gemeinden oftmals der Einbezug des demographischen Wandels. Daher sollten Bevölkerungsprognosen auch auf kleinräumiger Ebene erstellt werden, die die Gemeinden in den Entwicklungsstrategien zur Planung aufnehmen können. Wichtig wäre auch, dass Maßnahmen mittel- bis langfristig und nicht nur auf kurze politische Planungsperioden ausgelegt werden und die Führungsebenen ihre Eigeninteressen zurückstellen.

Im Bereich der Alterung bzw. deren Auswirkungen auf die Pflege gibt es bereits einige Publikationen und die Thematik wird politisch derzeit stark aufgegriffen. Einige LEADER Regionen Österreichs führten weiters Demographie Checks durch, in denen auch die Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge berücksichtigt wurden. Auf planerischer Ebene sollte überdies untersucht werden, inwieweit die Raumordnung mit anderen (Fach)Abteilungen des Landes (bspw. Kindergärten, Wohnungsförderung oder Landeskliniken und Landesbetreuungszentren) zusammenarbeitet. Welches Potenzial des Zusammenwirkens besteht hier in Bezug auf Ausbau, Rückbau, Umbau oder Standortbestimmung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge? Weiters wäre die Koordinierung dieser Zusammenarbeit von Interesse, um einen integrativen Ansatz in der Planung zu erzielen.

Eine Kooperation der AkteurInnen auf allen räumlichen Ebenen (überörtlich/regional/örtlich) sowie der öffentlichen Hand und Privatwirtschaft ist unumgänglich, um den umfangreichen Bereich der Daseinsvorsorge zu sichern. Auch die Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL), welche umfassend über den demographischen und sozio-ökonomischen Wandel publiziert, betont in einem Positionspapier die Wichtigkeit der Beteiligung der lokalen Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft sowie die Koordination aller AkteurInnen

durch ein Management zur Sicherung der Daseinsvorsorge (vgl. ARL 2016: 27f). Hierfür spielen die Regionalentwicklung und Regionalmanagements eine wichtige Rolle. Die vorliegende Arbeit soll in diesem Bereich ansetzen und mit ihren Analysen und Handlungsempfehlungen einen Beitrag für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung leisten.

Abkürzungsverzeichnis

Abb. – Abbildung

bspw. – beispielsweise

bzw. – beziehungsweise

etc. – et cetera

KR – Kleinregion

LEADER – Liaison entre actions de développement de l'économie rurale

LES – Lokale Entwicklungsstrategie

NAFES – Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadt- und Ortszentren

NÖ – Niederösterreich

ÖPNV – Öffentlicher Personennahverkehr

ÖREK – Österreichisches Raumentwicklungskonzept

ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz

ÖV – Öffentlicher Verkehr

SWOT Analyse – Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen), Threats (Risiken) Analyse

Tab. – Tabelle

vgl. – vergleiche

zB – zum Beispiel

Quellenverzeichnis

AINZ, G., DOLLINGER, F., HASLAUER, E., KOCH, A., KOCH, M., KRIPGANS, N., MARCHNER, G., PRINZ, T., SCHOSSLEITNER, R., SPITZER, W., WANKIEWICZ H. (2013): Der demographische Wandel. Herausforderungen für Raumplanung und Regionalentwicklung. Ergebnisse des Alpenraumprojekts DEMOCHANGE für die Modellregion Pinzgau-Pongau-Lungau im Land Salzburg. IN: MAIR, F. (Hrsg.): Materialien zur Raumplanung 24. – Salzburg

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven und Handlungsfelder. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 108.

Amt der NÖ Landesregierung (2004): Strategie Niederösterreich. Landesentwicklungskonzept. – St. Pölten. Online: <http://www.noel.gv.at/noel/Raumordnung/landesentwicklungskonzept.pdf> (30.4.2019)

Amt der NÖ Landesregierung (2015): Mobilitätskonzept Niederösterreich 2030+. Mobilität in ihrer Vielfalt sichern, zukunftsfähig gestalten und fördern. Heft 34. – St. Pölten

Amt der NÖ Landesregierung (2018): Richtlinie für die kleinregionale Zusammenarbeit in Niederösterreich. Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik. – St. Pölten Online: http://www.raumordnung-noel.at/fileadmin/root_raumordnung/infostand/kleinregional/KR_Richtlinie_122018.pdf (5.11.2019)

Amt der NÖ Landesregierung. Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung, Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung (2019): Leben in Stadt und Land. Das Magazin für Dorf- und Stadterneuerung in NÖ. Frühjahr 2019. – St. Pölten

Amt der Oö. Landesregierung (2019): Leben an mehreren Orten. Multilokalität als Chance für Stadt und Land. – Linz

Amt der Oö. Landesregierung (Hrsg) (2016): Altersfreundliche Lebensräume. Impulse und Zukunftsperspektiven. – Linz. Online: https://www.ooe-zukunftsakademie.at/flipbook/Altersfreundliche_Lebensraeume.html (10.10.2020)

BAUMFELD, L. (2011): Regionale Identität gestalten. – Wien. Online: http://www.baumfeld.at/files/11-10-28-Regionale_Identitaet.pdf 16.10.2020

BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. – Frankfurt a. M.

BKA (1992): Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm. Online: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LgblNO/LRNI_1992062/LRNI_1992062.pdf

BLOTEVOGEL, H. (2002): Zur Theorie und Praxis des Zentralen-Orte Konzepts in Deutschland. IN: BLOTEVOGEL, H. (Hrsg.): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. – Hannover, 10-23

BÖCHER, M. (2016): Regional Governance und ländliche Räume. IN: STAHL B. (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum. – Wiesbaden

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) (Abt. V/A/6 - Grundsatzangelegenheiten der Seniorinnen- und Senioren-, Bevölkerungs- und Freiwilligenpolitik) (2015): ALTERN UND ZUKUNFT. Bundesplan für Seniorinnen und Senioren. - Wien

DANIELZYK, R. (2013): Sicherung der Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation. Hannover/Dortmund. Online: http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Transfer4Danielzyk.pdf?__blob=publicationFile&v=2
(10.1.2019)

DE LANGE, N., GEIGE, M., HANEWINKEL, V., POTT, A. (2014): Bevölkerungsgeographie. – Paderborn

FABMANN, H. (2003): Demografie und Raumordnung – zum Verhältnis zweier benachbarten Disziplinen. IN: ÖROK (Hrsg.): Raumordnung im Umbruch – Herausforderungen, Konflikte, Veränderungen – Wien, 60-66

FABMANN, H. (2004): Zentrale-Orte-Konzept und Zentralitätskonzept in den Rechtsdokumenten der Bundesländer: vielfältig und unterschiedlich. = Forum Raumplanung 2004 (2), 14-20

FAVRY, E., HIESS, H., MUSOVIC Z., SMRZKA B. UND PFEFFERKORN, W. (2006): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance. Veränderungen, Herausforderungen, Handlungsbedarf. In: Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.): Schriftenreihe Nr. 171. – Wien

FISCHER, T., HIMMELBAUER, P., JOBST, M. (2017): Über den Mehrwert organisierter Nachbarschaftshilfe – dargestellt am Beispiel des Zeit-Hilfs-Netzes Steiermark. In: Raumforsch Raumordnung 75(6): 543–561 <https://doi.org/10.1007/s13147-017-0508-x>

- HUSA, K., WOHLSCHLÄGL H., WISBAUER, A. (2012): Grundzüge der Bevölkerungsgeographie. Lehrbehelf zur Lehrveranstaltung. WS 2012/2013. - Wien
- GANS, P. (2011): Bevölkerung: Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. – Darmstadt
- GIFFINGER, R., KRAMER, H., LUNAK, D. (2004): Zentrale Orte: ein zukunftsweisendes Konzept für das Stadtsystem in Österreich? = Forum Raumplanung 2004 (2), 21-31
- GROWE, A. (2008): Der „demographische Wandel“ in den neuen Leitbildern für die Raumentwicklung in Deutschland. IN: KÜPPER, P., KÜTTNER L., LUTHER, J., STRAUß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. 10. Junges Forum der ARL 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden – Hannover, 21-31
- KLEE, A. (2010): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir? IN: BREU, C. (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: Teil 12. Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern. – Hannover, 4-21
- KLEIN-HITPAß, A. (2008): Die Verkehrsnachfrage einer alternden Gesellschaft – sind wir fit für die Zukunft? IN: KÜPPER, P., KÜTTNER L., LUTHER, J., STRAUß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. 10. Junges Forum der ARL 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden – Hannover, 32-41
- KNORR, A. (2005): Gemeinwohl und Daseinsvorsorge in der Infrastruktur. IN: HARTWIG, K.H. und KNORR, A. (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in Der Infrastrukturpolitik. Beiträge Aus Dem Institut Für Verkehrswissenschaft an Der Universität Münster, 157 – Göttingen, 31-54
- KULS, W., KEMPER, F.J. (2000): Bevölkerungsgeographie. Eine Einführung. – Leipzig
- KÜPPER, P. (2008): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Reaktionen der Regionalpolitik auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen. IN: KÜPPER, P., KÜTTNER L., LUTHER, J., STRAUß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. 10. Junges Forum der ARL 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden – Hannover, 83-95
- LAMERS G. (2012): Altersgerechtes Wohnen: Mit der Bestandsaufnahme zur zukunftsfähigen Entwicklung. IN: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.): Region Schafft Zukunft. Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten. - Berlin

- LEODOLTER, S. (2013): Öffentlicher Verkehr hat Zukunft! - Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich; Tagungsband. IN: LEODOLTER, S. (Hrsg.): Verkehr und Infrastruktur (49) – Wien
- MAYRING, P. (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung. – Weinheim
- MEIER KRUKER, V., RAUH, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. – Darmstadt
- MEIXNER, O., PÖCHTRAGER S., HAAS, R: KOPPELSTÄTTER, M: (2007): Nahversorgung im ländlichen Raum – Eine entscheidungsorientierte Analyse mittels des Analytischen Hierarchieprozess. = Die Bodenkultur (58/1-4), 25-38
- MÜHLBÖCK A., Neunherz, A. (2008): Die Zukunft der Gemeinden im ländlichen Raum. IN: DIRNINGER, C., MÜHLBÖCK A., und NEUNHERZ A., (Hrsg.): Salzburger Regionenforum: der demografische Wandel im ländlichen Raum, 9-20
- MÜLLER W. (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen. IN: GANS P, SCHMITZ-VELTIN, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. – Hannover, 84-111
- NÖ Raumordnungsgesetz 2014 (NÖ ROG 2014)
- NÖ.Regional.GmbH (2018): Hauptregionsstrategien 2014-2014. Wirkungsorientierter Fortschrittbericht. Berichtszeitraum 2018. – Online: https://www.noeregional.at/fileadmin/root_noeregional/dokumente/Eigene_Publikationen/FB-noer-190315-Fortschrittsbericht_2018.pdf
- NÖ.Regional.GmbH (2015): Hauptregionsstrategie 2024. Waldviertel. – Online: https://www.noeregional.at/fileadmin/root_noeregional/service/PDF_noeregional_151006_Broschuere_Hauptregionsstrategie_Waldviertel.pdf
- ÖROK (2011): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011. – Wien
- ÖROK (2018): 15. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2015-2017. – Wien
- POZAREK, W. (2013): Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion – „SRO_peripher_Süd“. Zusammenfassender Ergebnisbericht. – Wien
- PRIEBS, A. (2013): Raumordnung in Deutschland. – Braunschweig

- PROSKE, M. (2010): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge. IN: BREU, C. (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: Teil 12. Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern. – Hannover, 45-69
- PÜRGY, E. (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich. IN: KRAUTSCHEID, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung. – Wiesbaden, 398-415
- PÜTZ, M. (2004): Regional Governance – Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München – München.
- RICHTER, B. (2003): Das Zentrale-Orte-Konzept aus neuer Sicht. IN: ÖROK (Hrsg.): Raumordnung im Umbruch – Herausforderungen, Konflikte, Veränderungen – Wien, 148-159
- RIED, W. (2016): Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum: Ziele und Indikatoren. IN: Herbst, M., Dünkel, F., Stahl, B. (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum. – Wiesbaden, 1-24
- SCHIPFER, R. K. (2005). Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich: Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. (Working Paper / Österreichisches Institut für Familienforschung, 51). Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien.
- SCHMIDT, K. (2010): Sicherung der Daseinsvorsorge in Schrumpfsregionen. IN: BMVBS (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte. Ein Moro-Forschungsfeld. – Berlin, 11-13
- SCHWARTING, H. (2008): Interkommunale Zusammenarbeit – Strategiebaustein im demographischen Wandel in Hessen. IN: KÜPPER, P., KÜTTNER L., LUTHER, J., STRAUß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. 10. Junges Forum der ARL 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden – Hannover. 71-82
- STOPPER, J. (2008): Demografischer Wandel und interkommunale Kooperation – Problemwahrnehmungen und Handlungsorientierungen in der Kommunalpolitik. IN: HEINELT, H., VETTER, A. (Hrsg.): Lokale Politikforschung Heute – Wiesbaden. S. 283-300
- STRAUß, C. (2008): Modelle, Ziele und Leitbilder künftiger räumlicher Entwicklung. IN: KÜPPER, P., KÜTTNER L., LUTHER, J., STRAUß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten

auf den demographischen Wandel. 10. Junges Forum der ARL 6. bis 8. Juni 2007 in Dresden - Hannover. 14-20

Verein Leader-Region Kamptal (2014): Lokale Entwicklungsstrategie. Leader-Region Kamptal zur Anerkennung als Lokale Aktionsgruppe im Rahmen von CLLD gem. Art. 32-35 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013. – Online: <https://www.leader-kamptal.at/download/36032/> (7.5.2019)

WEHRHAHN, R., SANDNER LE GALL, V. (2016): Bevölkerungsgeographie. – Darmstadt

WEICHHART, P., WEISKE, C., WERLEN, B. (2006): Place Identity und Images. Das Beispiel Eishüttenstadt. – Wien

Wirtschaftskammer NÖ (2018): NAFES – Förderrichtlinien (ab 1.1.2018). Förderperiode V – Vers. 3.1.2018. Online: https://www.nafes.at/files/nafes_foerderrichtlinien2018.pdf

Statistische Daten:

Amt der NÖ Landesregierung (oJ c): Gemeindedaten. Online: <https://www.noe.gv.at/noe/Zahlen-Fakten/Statistik-Gemeinden.html>

ÖROK (oJ a): Bevölkerungsstand am 01.01.2018 und Bevölkerungsstruktur in Österreich. Online: https://www.eduacademy.at/gwb/pluginfile.php/28389/mod_folder/content/0/Goeschl_2019_Gr5_expose.pdf?forcedownload=1 (23.7.2019)

ÖROK (oJ b): Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2018-2040 (ÖROK-Prognose, Hauptvariante). Online: https://www.oerok-atlas.at/oerokapi/files/exposes/bev_prog_2018-2040.pdf (19.7.2019)

ÖROK (oJ c): Erwerbstätige (am Wohnort/Arbeitsort) nach Geschlecht. Online: <https://www.oerok-atlas.at/oerok/files/summaries/34.pdf>

ÖROK (oJ d): ÖROK Atlas. Veränderung der Bevölkerungszahl insgesamt in % - 10-Jahres-Schritte. Online: <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/12>

ÖROK (oJ e): ÖROK Atlas. ÖROK-Regionalprognosen 2018-2040: Bevölkerung. Online: <https://www.oerok-atlas.at/#indicator/65>

Statistik Austria (2019a): Statistische Nachrichten. Jänner 2019. – Wien

Statistik Austria (2019b): Statistische Nachrichten. Februar 2019. – Wien

Statistik Austria (2019c): Kindertagesheimstatistik 2018/19. - Wien

Internetquellen

Amt der NÖ Landesregierung (oJ a): LEADER in der Programmperiode 2014 – 2020. Online: http://www.noe.gv.at/noe/LaendlicheEntwicklung/Foerd_LEADER_in_der_Programmperiode_2014_2020.html (23.7.2019)

Amt der NÖ Landesregierung (oJ b): Regionsblatt Region Kampseen. Online: [http://www.kleinregionen-noe.at/barrierefrei/projektetails.html?&tx_jmcontactcenter_pi2\[projectuid\]=17](http://www.kleinregionen-noe.at/barrierefrei/projektetails.html?&tx_jmcontactcenter_pi2[projectuid]=17) (17.10.2020)

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMSGK) (oJ): Das Gesundheitswesen im Überblick. Online: <https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistungen/gesundheitswesen/gesundheitsystem> (22.7.2019)

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (oJ): BürgerInnenrat. Online: <https://www.partizipation.at/buergerinnenrat.html> (19.10.2020)

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (oJ): Ambient Assisted Living – wie Hightech im Alltag hilft. Online: <https://www.gesundheit.gv.at/leben/altern/wohnen-im-alter/ambient-assisted-living> (22.10.2020)

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) (oJ): TÜPL Allentsteig – Vorwort. Online: <https://www.tuepl.at/cms/index.php?id=281> (29.6.2019)

Caritas St. Pölten (oJ): Betreuen und Pflegen im Zentralraum. Online: <https://www.caritas-stpoelten.at/hilfe-angebote/menschen-mit-pflegebedarf/betreuen-und-pflegen-zu-hause/sozialstationen-zentralraum/> (4.9.2019)

Diakoniewerk (oJ): Wohnen im Quartier. Mehr Zeller Nachbarschaft. Online: <https://www.diakoniewerk.at/was-wir-tun/wohnen/wohnen-fur-alle-generationen/wohnen-im-quartier/mehr-zeller-nachbarschaft> (12.10.2020)

GENAWO GmbH (oJ): Die Vision. Online: <http://genawo.at/philosophie/> (16.5.2020)

Hilfswerk (2018): Neue Daten zur 24-Stunden-Betreuung in Österreich. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180712_OTS0168/neue-daten-zur-24-stunden-betreuung-in-oesterreich-anhaenge (15.1.2020)

Hilfswerk Niederösterreich (oJ): <https://www.hilfswerk.at/niederoesterreich/hilfe-und-pflege-daheim/>

IMC FH Krems (oJ): SeniorInnenUNI 2020-2022. Online: <https://www.seniorenuni.at/seniorinnenuni-2020-2022/> (10.10.2020)

KamptalBahn.at (2019): VOR PM: AB 5. AUGUST 2019 STARTET NEUES BUSKONZEPT IM WALDVIERTEL. Online: www.kamptalBahn.at/?p=3923 (3.9.2019)

KAMPTALERCHEN (oJ): Kamptalerchen | Eltern.Kind.Zentrum. Online: <http://www.kamptalerchen.at/> (7.9.2019)

Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften GmbH (oJ): Stipendien und Finanzierung. Online: <https://www.kl.ac.at/studium/stipendien-finanzierung> (15.1.2020)

KEM Tullnerfeld Ost (oJ): Mitfahrbankerl. Online: http://tullnerfeld-ost.at/kem/images/downloads/mobilitaet/Mitfahrbankerl_Projektinformation.pdf (18.1.2020)

Land OÖ (oJ a): Die LEADER Methode. Online: <https://www.leader.at/impressum.aspx>

Land OÖ (oJ b): LEADER 2014-2020. Online: <https://www.leader.at/617.htm>

Marktgemeinde Pölla (oJ): Nachbarschaftshilfe Plus. Online: [HTTPS://WWW.POELLA.AT/NACHBARSCHAFTSHILFE_PLUS](https://www.poella.at/NACHBARSCHAFTSHILFE_PLUS) (18.1.2020)

Pflegezentrum Langenlois GmbH (oJ): Harmonie inmitten der Natur. Online: <http://www.pflegezentrum-langenlois.at/> (3.9.2019)

QUIXTNER A., KORNELL R. (2012): Nur mehr ein Anfänger: „Aus“ für Hauptschule in St. Leonhard. Online: <https://www.noen.at/user/horn/schulen/nur-mehr-ein-anfaenger-aus-fuer-hauptschule-in-st-leonhard-4684685> (17.1.2020)

Verein Interkomm Waldviertel - Verein zur Förderung kommunaler Zusammenarbeit (oJ a): Die Initiative. Online: <https://www.wohnen-im-waldviertel.at/ueber-uns/die-initiative.html> (10.1.2020)

Verein Interkomm Waldviertel - Verein zur Förderung kommunaler Zusammenarbeit (oJ b): Verein Interkomm Waldviertel. Online: <https://www.wohnen-im-waldviertel.at/ueber-uns/verein-interkomm.html> (10.1.2020)

Verein Leader-Region Kamptal (oJ): Die Region. Online: <https://www.leader-kamptal.at/die-region/> (23.7.2019)

VOR – Verkehrsverbund Ost-Region GmbH (oJ): Linienfahrplan. Online (<https://www.vor.at/fahrplan/fahrplanservices/linienfahrplan/>) 27.8.2019

Verein zur Förderung des Festivals Tu was, dann tut sich was. (oJ): Idee. Online: (<http://www.tu-was.at/idee-358.html>) 6.5.2020

Zeitbank 55+ Tragwein (oJ): Was ist die Zeitbank 55+? Online: <http://zb.zeitbank-plus.net/website.php?mdt=Tragwein> (18.5.2020)

ExpertInneninterviews

I1: DITTRICH, D. (2019): mündliches Interview vom 12.4.2019 in St. Pölten

I2: STRUMMER, J. (2019): mündliches Interview vom 5.4.2019 in Gars am Kamp

I3: MLINARITSCH, D (2019): mündliches Interview vom 22.5.2019 in Langenlois

I4: ETZENBERGER, L. (2019): mündliches Interview vom 23.4.2019 in Gföhl

I5: STROMMER, M. (2019): mündliches Interview vom 6.6.2019 in Schönberg am Kamp

I6: MÜLLNER, J. (2019): telefonisches Interview vom 7.6.2019

I7: DORN, F. (2019): mündliches Interview vom 23.4.2019 in Gföhl

I7: STUMMER, W. (2019): mündliches Interview vom 23.4.2019 in Gföhl

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Veränderung der Bevölkerungszahl zu Jahresbeginn 2006-2016 in Prozent, Quelle: ÖROK (oJ d).....	28
Abb. 2 Altersverteilung Österreich und Niederösterreich 2002 – 2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung.....	30
Abb. 3 ÖROK-Regionalprognose: Bevölkerungsveränderung 2018-2040 in Prozent, Quelle: ÖROK (oJ e).....	33
Abb. 4 Veränderung der Bevölkerung unter 19 Jahren in Prozent 2018-2040 ÖROK Prognose, Quelle: ÖROK (oJ e).....	34
Abb. 5 Veränderung der Bevölkerung über 65 Jahren in Prozent 2018-2040 ÖROK Prognose, Quelle: ÖROK (oJ e).....	35
Abb. 6 Veränderung der Anzahl der Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung.....	40
Abb. 7 Betreuungsquoten der 0-2 und 3-5 Jährigen in Österreich und Niederösterreich von 1995 bis 2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung	41
Abb. 8 Häusliche und außerhäusliche Betreuung und Pflege in Prozent 2017, Quelle: Statistik Austria 2019b: 144, eigene Darstellung).....	42
Abb. 9 LEADER Regionen in NÖ in der Förderperiode 2014-2020. Quelle: http://www.noe.gv.at/noe/LaendlicheEntwicklung/Foerd_LEADER_in_der_Programmperiode_2014__2020.html	51
Abb. 10 Gemeinden der LEADER Region Kamptal, Quelle: Verein Leader Region Kamptal (oJ).....	52
Abb. 11 Bevölkerungsentwicklung 2002-2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung..	55
Abb. 12 Bevölkerungsveränderung 2002 bis 2018 (in Prozent der Wohnbevölkerung 2002) sowie Anteil der Personen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung in der LEADER Region Kamptal.....	56
Abb. 13 Darstellung Weber Diagramm, Quelle: Husa et al 2012: 89, eigene Darstellung.....	58
Abb. 14 Bewegungstypendiagramm nach Weber für die Gemeinden der LEADER Region Kamptal, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung.....	58
Abb. 15 Altersverteilung in der Leader Region Kamptal, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung.....	60
Abb. 16 Altersverteilung der Gemeinden 2002 und 2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Darstellung.....	61
Abb. 17 Anteil der Personen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung in Prozent 2018 - im Vergleich 2002, Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung und Bearbeitung.....	63
Abb. 18 Erwerbstätige am Arbeitsort 2001 und 2011, Quelle: Amt der NÖ Landesregierung (oJ c), eigene Darstellung.....	64
Abb. 19 Anteil AuspendlerInnen an Erwerbstätigen am Wohnort 2011/2001, Erwerbstätige am Arbeitsort 2011, Quelle: Statistik Austria, Amt der NÖ Landesregierung (oJ c), eigene Darstellung.....	65
Abb. 20 Nahversorger und Bahnstrecken in der Leader Region Kamptal 2019.....	67
Abb. 21 ÄrztInnen in der Leader Region Kamptal 2019.....	67
Abb. 22 Einteilung der LEADER Region Kamptal in Raumtypen.....	72

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 InterviewpartnerInnen.....	4
Tabelle 2 Haushalte nach Haushaltsgröße 2005-2018 in Österreich und Niederösterreich, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung.....	31
Tabelle 3: Durchschnittliche Haushaltsgröße in Österreich und NÖ 1985-2018, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung.....	32
Tabelle 4 Mitgliedsgemeinden der LEADER Region Kamptal in der Förderperiode 2014-2020 inklusive Bevölkerungszahlen 2018 und 2002 im Vergleich,, Quellen: Statistik Austria, Amt der NÖ Landesregierung (oJ c) eigene Darstellung und Berechnung.....	53
Tabelle 5 Privathaushalte in der LEADER Region Kamptal, Quelle: Amt der NÖ Landesregierung (oJ c), eigene Darstellung und Berechnung.....	62
Tabelle 6: Veränderung der Anzahl der öffentlichen und privaten Volksschulen 1985-2019, Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung.....	81

Anhang

Interviewleitfäden

Leitfaden Experteninterview Mag. Dominik Dittrich, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Überörtliche Raumordnung

12.4.2019 in St. Pölten

Thema der Masterarbeit: „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der Leader Region Kamptal“

Fokus bei der Daseinsvorsorge liegt bei den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr

-
- Inwiefern wird in Ihrer Abteilung der überörtlichen Raumordnung die demographische Veränderung behandelt?
 - Welche Herausforderungen oder auch Chancen haben sich in den letzten 20 Jahren durch die demographische Veränderung (auch in Bezug auf die Daseinsvorsorge) in der Leader Region Kamptal/im Waldviertel ergeben? Welche Auswirkungen hatten diese auf die Region?
 - Von welchen Veränderungen wird die Leader Region Kamptal/das Waldviertel in den nächsten 20 Jahren am meisten betroffen sein und welche Auswirkungen haben diese auf die Daseinsvorsorge?
-
- Wie wird in der überörtlichen Raumplanung mit dem Nebeneinander von Gemeinden mit Zuwanderung und Gemeinden mit Abwanderung umgegangen?
 - Gibt es dazu beispielhafte Projekte?
 - In welchen Bereichen der Daseinsvorsorge funktionieren Gemeindekooperationen besser und in welchen schlechter?
 - In welchen Gemeinden gibt es beispielhafte Kooperationen, um die Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu erhalten?
 - Werden die Faktoren des gesellschaftlichen Wandels Ihrer Meinung nach auf kommunaler Ebene genügend thematisiert bzw. sich mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt?
 - Wie hat sich der Bezug zu dem Thema in den letzten Jahren verändert? Welche Maßnahmen gab es?
 - Wie sieht es mit der Informations- und Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung in der Region in Bezug auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aus?
 - Fand ein Umdenken statt?
 - Wird die Bevölkerung bei der Lösungsfindung beteiligt?
 - Inwiefern können die Dorf- und Stadterneuerung, NAFES oder Gemeinde21 auf die demographischen Veränderungen reagieren und auf die Planung und Erhaltung der Daseinsvorsorge eingreifen?
 - Welche Maßnahmen gibt es seitens dieser Einrichtungen?
 - Welche weiteren Einrichtungen mit welchen Akteuren bzw. Institutionen gibt es noch, die das Sicherstellen der Daseinsvorsorge unterstützen?
-

- Wie sieht die Vernetzung/Zusammenarbeit der Raumordnungsabteilung mit den anderen Fachabteilungen der NÖ Landesregierung und anderen Organisationen/Institutionen aus, um die Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu erhalten/planen und an die demographischen Veränderungen anzupassen?
 - Inwiefern konnte durch das mittlerweile außer Kraft gesetzte Zentrale Orte Raumordnungsprogramm das Angebot und die Erreichbarkeit der Daseinsvorsorgeeinrichtungen gewährleistet werden?
 - Wie sieht die Umsetzung dieses Programmes heute aus?
-

- Wie hat sich die Nachfrage für die Betreuung alter Personen verändert? Welche Maßnahmen wurden für die alternde Gesellschaft gesetzt?
 - Wie hat sich die Nachfrage in Bezug auf die Kinderbetreuung verändert? Welche Maßnahmen wurden gesetzt?
 - Gibt es spezielle Maßnahmen, um die junge Bevölkerung in den Gemeinden/in der Region zu halten?
 - Welche Maßnahmen gibt es, um die öffentliche Verkehrsanbindung in periphere Regionen sicherzustellen?
-

- Worin sehen Sie die Stärken und worin die Schwächen der Leader Region, um auf die demographischen Veränderungen reagieren zu können?
- Welche weiteren Maßnahmen/Konzepte gibt es, die in Zukunft das Sicherstellen der Daseinsvorsorge erzielen?

**Interviewleitfaden Experteninterview DI Josef Strummer, NÖ.Regional.GmbH
Büroleiter Waldviertel, Bereichsleiter Demografischer Wandel**

5. April 2019 in Gars am Kamp

Thema der Masterarbeit: „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der Leader Region Kamptal“

Fokus bei der Daseinsvorsorge liegt bei den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr

- Was ist Ihr Tätigkeitsfeld als Büroleiter Waldviertel bzw. als Bereichsleiter des Demografischen Wandel in der NÖ Regional GmbH?
- Inwiefern haben sich die Gemeinden der Region mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt?
- Wird der demographischen Wandels ihrer Meinung nach in den Gemeinden genügend thematisiert?

- Worin sehen Sie die größten Herausforderungen bezüglich der demographischen Veränderung in der Leader Region in den nächsten Jahren?
 - Wo liegen die Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge?
- Welche Auswirkungen denken Sie hat die demographische Veränderung in der Region?
- Worin sehen Sie die Chancen der demographischen Veränderung auch in Bezug auf die Daseinsvorsorge?
- Wie wird mit dem Nebeneinander von Gemeinden mit Zuwanderung und Gemeinden mit Abwanderung umgegangen? Welche Herausforderungen, Chancen oder Risiken ergeben sich daraus?

- Worin sehen Sie die Stärken der Region? In Bezug zur Daseinsvorsorge?
- Worin sehen Sie die Schwächen der Region? In Bezug zur Daseinsvorsorge?

- In welchen Bereichen der Daseinsvorsorge gibt es Kooperationen? In welchen Bereichen funktionieren diese besser und in welchen schlechter?
 - In welchen Gemeinden gibt es beispielhafte Kooperationen, um die Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu erhalten?
- Wie sieht es mit der Informations- und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung in der Region in Bezug auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aus? Wie wird die Bevölkerung bei der Lösungsfindung beteiligt? Bzw. gibt es ehrenamtliche Möglichkeiten einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen?
- Welche weiteren Maßnahmen empfinden Sie in Bezug auf die Erhaltung der Daseinsvorsorge für relevant?

- Wie sehen Angebot und Nachfrage von mobilen Diensten zB in den Bereichen der Betreuung oder auch der Nahversorgung aus?
- Welche Maßnahmen gibt es zur Ortskernbelebung und zum Erhalt der Nahversorgung?
- Wie wird mit Leerstand in den Ortszentren umgegangen? Gibt es Initiativen diese wiederzubeleben, eventuell auch für soziale Einrichtungen?

- Wie funktioniert die Zusammenarbeit der NÖ.Regional GmbH und der Landesregierung?
 - Wie sieht die Nutzung des Mitfahrbankerls in St. Leonhard und Gars am Kamp in heute aus? Wird es angedacht auch in anderen Gemeinden umzusetzen?
-
- Wie hat sich die Nachfrage für die Betreuung alter Personen verändert? Welche Maßnahmen wurden für die alternde Gesellschaft gesetzt?
 - Wie hat sich die Nachfrage in Bezug auf die Kinderbetreuung verändert? Welche Maßnahmen wurden gesetzt?
 - Gibt es spezielle Maßnahmen, um die junge Bevölkerung in den Gemeinden/in der Region zu halten?

Interviewleitfaden Expertinneninterview Dana Mlinaritsch – Leader Management.

22.5.2019 in Langenlois

Thema der Masterarbeit: „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der Leader Region Kamptal“

Fokus bei der Daseinsvorsorge liegt bei den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr

- Inwiefern hat sich die demographische Veränderung/der demographische Wandel in der Leader Region in den letzten Jahren sichtbar gemacht? Welche Herausforderungen haben sich in den letzten 20 Jahren durch die demographische Veränderung ergeben und welche Auswirkungen hatten diese auf die Daseinsvorsorge?
 - Worin sehen Sie die größten Herausforderungen bezüglich der demographischen Veränderung in der Leader Region in den nächsten Jahren? Wo liegen die Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge?
-
- Wie wird in der Leader Region mit der Heterogenität der Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden umgegangen? Bsp. Allentsteig mit starker Abwanderung und einem hohen Anteil an altern Personen im Gegensatz zu Langenlois oder Grafenegg mit Zuwanderung und einem geringeren Anteil an älteren Personen? Wird da versucht, dass es in Abwanderungsgemeinden verstärkt Projekte gibt?
 - Wie sieht es mit der Verteilung der Förderungen aus?
 - Welche Gemeinden sind besonders aktiv, wenn es um Projekte geht? Auch im Bezug zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge? Ortskernbelebung etc.?
 - Wie bewerten Sie die kleinräumige Zusammenarbeit bzw. die Zusammenarbeit der Kleinregionen?
 - Gibt es bezüglich der Daseinsvorsorge Kooperationen? Wenn ja, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge?
 - In welchen Bereichen funktionieren Kooperationen besser, in welchen schlechter?
 - Wie sieht es mit der Informations- und Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung in der Gemeinde/Region in Bezug auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aus?
 - Fand ein Umdenken statt?
 - Wird die Bevölkerung bei der Lösungsfindung beteiligt?
 - Wie würden Sie die Aktivität der BürgerInnen bei der Einreichung von Leader-Projekten sowie den Beteiligungsprozesse bei Gemeinde- oder der Dorf- und Stadterneuerung bewerten?
 - Definiertes Ziel in der Lokalen Entwicklungsstrategie: *Es gibt Konzept(e) u. Umsetzungsmaßnahmen für die Entwicklung leerstehender Gebäude.* –
 - Gibt es solche Konzepte mittlerweile?
 - Wie wird mit Leerstand umgegangen in den Gemeinden?

- In der LES von 2013 werden bei den Schwächen in Bezug auf das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in der Region mangelhafte Einrichtungen für Kinderbetreuung, zu wenig Startwohnungen für Jugendliche, das Fehlen von Begegnungsräume für Jugendliche sowie zu wenig Einrichtungen für betreutes Wohnen aufgelistet. Was hat sich in der aktuellen Förderbewegung diesbezüglich getan? Bestehen diese Schwächen nach wie vor?
 - LES Aktionsplan: *Konzept „Wohnen im Alter in meiner Gemeinde“ & „Generationenwohnen in leerstehenden Gebäuden“* Projektträger: *Gemeinden Rohrendorf & Gedersdorf; Kleinregion Kampseen & ASTEG* – Wie ist der Stand der Umsetzung dieses Konzeptes? Gingen die Konzepte von den Gemeinden oder der Leader Region aus?
-

- Wie hat sich die Nachfrage für die Betreuung alter Personen verändert? Welche Maßnahmen wurden für die alternde Gesellschaft gesetzt?
 - Wie hat sich die Nachfrage in Bezug auf die Kinderbetreuung verändert? Welche Maßnahmen wurden gesetzt?
 - Gibt es spezielle Maßnahmen, um die junge Bevölkerung in den Gemeinden/in der Region zu halten?
 - Welche Maßnahmen gibt es, um die öffentliche Verkehrsanbindung in periphere Regionen sicherzustellen?
 - Wie wird IST-Mobil oder das Mitfahrbankerl von den BewohnerInnen angenommen?
 - Wie bewerten Sie das Angebot an Ärzten und medizinischer Versorgung? Gibt es Maßnahmen um auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren zu können?
 - Wie sieht es mit Asylquartieren oder Flüchtlingsunterkünfte in der Region aus? Welche Projekte gibt es hier zur Integration?
-

- Worin sehen Sie die Chancen der demographischen Veränderung für die Gemeinden/die Region?
- Worin sehen Sie die Stärken und worin die Schwächen der Leader Region um auf die demographischen Veränderungen reagieren zu können?
- Welche weiteren Maßnahmen/Konzepte gibt es, die in Zukunft das Sicherstellen der Daseinsvorsorge erzielen?

Interviewleitfaden ExpertInneninterviews mit den Bürgermeistern/der Bürgermeisterin

Thema der Masterarbeit: „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der Leader Region Kamptal“

Fokus bei der Daseinsvorsorge liegt bei den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr

- Inwiefern hat sich die demographische Veränderung in der Gemeinde in den letzten Jahren sichtbar gemacht?
 - Welche Herausforderungen haben sich in den letzten 20 Jahren durch die demographische Veränderung auch in Bezug auf die Daseinsvorsorge (Betreuung von Alten und Kindern, öffentlicher Verkehr, ärztliche Versorgung, Nahversorgung) in der Gemeinde ergeben?
 - Welche Auswirkungen hatten diese?
 - Worin sehen Sie die größten Herausforderungen bezüglich der demographischen Veränderung in der Gemeinde in den nächsten Jahren?
 - Wo liegen die Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge in Verbindung mit der demographischen Veränderung?
 - Kommt der demographische Wandel/die demographische Veränderung im örtlichen Raumordnungsprogramm oder im Entwicklungskonzept der Gemeinde vor? Wenn ja, inwiefern? Oder wird je nach Veränderung der Bedürfnisse und der Nachfrage kurzfristig reagiert?
 - Wie funktioniert die kleinregionale Zusammenarbeit?
 - Gibt es bezüglich der Daseinsvorsorge Kooperationen mit anderen Gemeinden? Wenn ja, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge?
 - In welchen Bereichen funktionieren Kooperationen besser und in welchen schlechter?
 - Wie sieht es mit der Informations- und Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung in der Gemeinde/Region in Bezug auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aus? Fand ein Umdenken statt? Wird die Bevölkerung bei der Lösungsfindung beteiligt?
-
- Wie hat sich die Nachfrage für die Betreuung alter Personen verändert? Welche Maßnahmen wurden für die alternde Gesellschaft gesetzt?
 - Wie hat sich die Nachfrage in Bezug auf die Kinderbetreuung verändert? Welche Maßnahmen wurden gesetzt?
 - Gibt es spezielle Maßnahmen, um die junge Bevölkerung in den Gemeinden/in der Region zu halten?
 - Welche Maßnahmen gibt es, um die öffentliche Verkehrsanbindung in periphere Regionen sicherzustellen?
 - Wie bewerten Sie das Angebot an Ärzten und medizinischer Versorgung und/oder sind Maßnahmen um auf den gesellschaftlichen Wandel (älter werdende Bevölkerung, sinkende Geburtenrate, mehr Single Haushalte) reagieren zu können notwendig?
 - Wie schaut es mit dem Angebot und der Nachfrage mobiler Dienste aus?
-

- Worin sehen Sie die Chancen der demographischen Veränderung für die Gemeinde/die Region?
- Worin sehen Sie die Stärken und worin die Schwächen der Leader Region, um auf die demographischen Veränderungen reagieren zu können?
- Welche weiteren Maßnahmen/ Konzepte gibt es, die in Zukunft das Sicherstellen der Daseinsvorsorge erzielen?

Interviewleitfaden ExpertInneninterview Franz Dorn, Caritas Regionalleitung und DGKP Waltraud Stummer, Einsatzleitung Soziale Pflegestation Gföhl

15.4.2019 in Gföhl

Thema der Masterarbeit: „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge am Beispiel der Leader Region Kamptal“

Fokus bei der Daseinsvorsorge liegt bei den Bereichen Nahversorgung, Betreuungseinrichtungen für Kinder und alte Menschen, ärztliche Versorgung und öffentlicher Verkehr

- Inwiefern wird die demographische Veränderung von der Caritas behandelt? Gibt es eigene Konzepte oder ähnliches, die sich mit den Herausforderungen der Veränderung beschäftigen?
 - Welche Herausforderungen aber auch Chancen ergeben sich durch die demographische Veränderung in der Region (Leader Region Kamptal/Waldviertel) im Bereich der Daseinsvorsorge/im Bereich der Pflege? Welche Auswirkungen haben diese Herausforderungen?
 - Wie hat sich der Bedarf nach Pflege von älteren Personen und auch die Form der Betreuung in den letzten Jahren (in der Leader Region Kamptal, im Waldviertel) verändert und welche Auswirkungen hatte diese Veränderung?
 - Wie wird sich der Bedarf an und die Form von Betreuung von Alten in Zukunft verändern? Welche Maßnahmen zur Anpassung an die prognostizierten Veränderungen gibt es?
-
- Wie hat und wie wird sich der Bedarf an stationärer und mobiler Pflege verändern? Gibt es dafür Prognosen/Tendenzen/Konzepte der Caritas, um auf die Veränderungen zu reagieren?
 - Wie hat und wie wird sich in Zukunft die Situation im Bereich der pflegenden Angehörigen verändern? Welche Hilfestellungen gibt es bereits und was sollte Ihrer Meinung nach noch Angeboten werden?
 - Wie hat sich die Anzahl der BetreuerInnen verändert? Gibt es genügend Personal, um auch langfristig den Bedarf decken zu können?
 - Welche Rolle spielt das Ehrenamt für die Pflege?
 - Wie hat sich die Zahl der Ehrenamtlichen und die Art der Beteiligung in den letzten Jahren verändert und wie soll sie sich in Zukunft verändern, um dem Bedarf gerecht zu werden?
-
- Wie hat sich Ihrer Meinung nach das Bewusstsein der Bevölkerung in den letzten Jahren in Bezug auf den demographischen Wandel/die demographische Veränderung geändert?
 - Gibt es auch Initiativen Seitens der Bevölkerung, die den demographischen Wandel behandeln, um die Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu erhalten?
 - Gibt es Kooperationen unter den Gemeinden, zwischen der Caritas und anderen (sozialen) Einrichtungen oder der NÖ Landesregierung? Wenn ja, inwiefern und in welcher Form?
 - Inwiefern kann die Caritas positiv zur Gemeindeentwicklung beitragen und beispielsweise Abwanderung entgegenwirken?
 - Welche weiteren Auswirkungen/Probleme/Chancen/Maßnahmen bezüglich der demographischen Veränderung in Bezug zur Daseinsvorsorge/im Bereich der Pflege fallen Ihnen ein?